Nr. 254. 25. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen: Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 50 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Donnerstag, den 29. Oktober 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Kaiserliche Politik.

Der „Daily Telegraph" veröffentlicht eine Unterredung Wilhelms II. mit einem englischen Diplomaten, die kürzlich stattgefunden hat. Der Zweck der Veröffentlichung ist angeblich, das Mißtrauen, das in weiten englischen Kreisen gegen Deutschlands auswärtige Politik gehegt wird, zu zerstreuen. In dieser Unterredung wandte sich Wilhelm II. in schärfster Weise dagegen, daß man an seiner Freundschaft für England zweifle. Er empfinde diese Zweifel als persönliche Beleidigung. Ewig verkannt zu werden, seine wiederholten Freundschaftsanerbietungen mit Mißtrauen betrachtet zu sehen, sei eine harte Probe für seine Geduld. Immer wieder habe er seine Freundschaft für England betont. Die in weiten Kreisen der mittleren und unteren Klassen des deutschen Volkes vorherrschende Gesinnung sei keine freundschaftliche für England. Daher spreche er gewissermaßen im Namen der Minorität im eigenen Lande. Aber es sei eine Minorität aus den besten Elementen, gerade so, wie dies in England mit Beziehung auf Deutschland der Fall sei. Die Haltung der englischen Presse, klagte Wilhelm II., mache aber seine Aufgabe zu einer sehr schwierigen.

Der Kaiser verteidigte dann gegenüber der Bemerkung des Diplomaten, daß das letzte Stadium der deutschen Marokkopolitik in ganz Europa verurteilt wurde, das Vorgehen der deutschen Regierung und führte schließlich als besten Beweis für seine Englandfreundlichkeit sein Verhalten während des Burenkrieges an. Damals sei die öffentliche Meinung englandfeindlich gewesen. Er aber habe sich geweigert, die Abgesandten der Buren zu empfangen. Als der Burenkrieg auf seiner Höhe war, sei die Reichsregierung von Frankreich und Rußland eingeladen worden, gemeinsam England zur Beendigung des Krieges aufzufordern. Der Augenblick, sagten sie, sei da, nicht bloß die Republiken zu retten, sondern England bis in den Staub zu demütigen. Er aber habe geantwortet: „Deutschland werde nicht nur seine Hand nicht dazu leihen, auf England einen Druck auszuüben und dessen Sturz herbeizuführen, sondern sich überhaupt abseits von jeder Politik halten, die Verwickelungen mit England mit sich bringen könne. Die Nachwelt wird dereinst den Wortlaut der Depesche lesen, sie ruht im Schloßarchiv von Windsor, worin ich Englands Souverain die Antwort mitteilte, die ich den auf Großbritanniens Fall bedachten Mächten hatte zuteil werden lassen."

Der Kaiser erzählte dann, daß er im Dezember 1899 als Antwort auf einen sorgenvollen Brief der Königin Viktoria den seiner Meinung nach für England besten Feldzugsplan ausarbeiten, ihn vom Generalstab begutachten und nach England habe senden lassen. Sein Plan wäre zum großen Teil mit demjenigen zusammengefallen, nach dem dann Lord Roberts die englischen Waffen zum Siege geführt habe. Auch der deutsche Flottenbau sei keine Bedrohung für England. Deutschland blicke voraus. Es müsse seinen Handel schützen, auch in den entferntesten Meeren. Man blicke auf die vollendete Erhebung Japans, auf das nationale Erwachen Chinas. Nur Mächte im Besitz großer Kriegsflotten werden mitzureden haben, wenn das Schicksal des Pacifics sich entscheidet. Schon deshalb brauche Deutschland eine starke Kriegsflotte. England werde vielleicht einmal froh sein, ein flottenstarkes Deutschland neben sich zu haben und mit ihm in den großen Völkerdebatten der Zukunft auf derselben Stelle zu stehen.

Soweit die Mitteilungen, die der „Daily Telegraph", wie er sagt, von einer unantastbaren Autorität erhalten hat. Daß die Veröffentlichung mit Zustimmung Wilhelms II. erfolgt ist, ist wenig wahrscheinlich, obwohl ja der Kaiser in dem Glauben lebt, durch persönliches Eingreifen Erfolge erzielen zu können und es als „persönliche Verletzung" empfindet, wenn der Erfolg seiner Bemühungen vergeblich ist. Wir haben es wohl wieder mit einer Indiskretion zu tun, wie im Falle des Briefwechsels mit Lord Tweedmouth, wie bei der Affäre des letzten amerikanischen Botschafterwechsels und wie in so vielen anderen Fällen. Man kann da nur bedauern, daß solche Indiskretionen dadurch ermöglicht werden, daß Wilhelm II. allzuleicht seine politischen Ansichten Personen gegenüber äußert, die diese rein privaten Aeußerungen als politische bewerten und sie der Oeffentlichkeit übergeben.

Ueber den Inhalt dieser Mitteilungen ist zunächst zu sagen, daß der Kaiser offenbar „wieder einmal schlecht informiert" ist, wenn er glaubt, daß in weiten Kreisen des deutschen Volkes englandfeindliche Gefühle herrschen. Das Gegenteil ist richtig. Die deutsche Arbeiterklasse, also in der Tat die „besten Elemente des deutschen Volkes", ist nicht nur nicht englandfeindlich, sondern in dem Gefühl lebendigster proletarischer Solidarität dem englischen Proletariat verbunden. Die große Friedensdemonstration der Berliner Arbeiter, die im Namen des deutschen Proletariats gesprochen haben, bildete einen offenkundigen, auch in England freudig anerkannten Beweis für diese Tatsache. Diesmal also ist Wilhelm II. in Deutschland nicht in der Minorität.

Die Aeußerungen des Kaisers über die Absichten Frankreichs und Rußlands werden zwar das Einvernehmen dieser Mächte mit England, das durch die imperialistischen Interessen bedingt ist, nicht ändern. Immerhin wird die Auffrischung dieser Erinnerungen aus der Zeit des Burenkrieges in Frankreich und Rußland unangenehm empfunden werden. Dagegen wird man mit lebhaftem und keineswegs angenehmem Erstaunen in breiten Massen des deutschen Volkes die Kunde vernehmen, daß der deutsche Kaiser den Engländern einen Feldzugsplan gegen die Buren geliefert hat. Die deutsche sozialdemokratische Presse hat auch zur Zeit des Burenkrieges ebenso wenig wie Wilhelm II. die Hetze gegen England mitgemacht, die die „nationale" Presse damals veranstaltete. Selbstverständlich haben wir den kolonialen Raubzug verurteilt, wie wir die kapitalistische Kolonialpolitik überhaupt verurteilen. Aber außerordentlich verwunderlich bleibt es — und in diesem Falle war Wilhelm II. wohl nicht nur in der Minorität, sondern in Deutschland vollständig isoliert — daß der Kaiser nicht strenge Neutralität wahrte, sondern in der Sorge um die Befürchtungen seiner Großmutter, der Königin von England, so weit ging, den Engländern mit einem Feldzugsplan zu Hilfe zu kommen, wenn wir auch nicht beurteilen können, ob die hohe Einschätzung, die Wilhelm II. anscheinend dem von ihm ausgearbeiteten Feldzugsplan angedeihen läßt, völlig begründet ist.

Ganz unannehmbar und politisch schädlich scheinen uns schließlich die Schlußäußerungen des Kaisers über die Verhältnisse im fernen Osten. In ihnen lebt wieder jene gefährliche Illusion auf von der Aufgabe Europas, seine „heiligsten Güter" gegen die „gelbe Gefahr" schützen zu müssen. In Japan, dem Bundesgenossen Englands, werden diese kaiserlichen Aeußerungen die deutschfeindlichen Strömungen vermehren und unsere Stellung in Ostasien verschlechtern. Daß Deutschland sich der Entwickelung der ostasiatischen Mächte feindlich entgegenstellt, kann unsere Interessen in Ostasien außerordentlich schädigen. Diese Interessen können nicht in kriegerischen Unternehmungen — der Hunnenfeldzug hat uns ohnehin nicht wieder gut zu machenden Schaden bereitet — sondern nur durch eine absolut friedliche Politik guter Handelsverträge und freundschaftlichen Einvernehmens gewahrt werden. Alldeutsche Phantasien über die Rassenfrage, die man nach dem japanisch-russischen Krieg für die ernste Politik erledigt halten durfte, dürfen für unser Verhältnis zu Ostasien nimmermehr von Einfluß sein.

Wilhelm II. beklagt sich bitter, daß seine freundschaftlichen Absichten in England verkannt werden. Aber die Engländer sind eben nüchtern. Sie sehen das immer raschere Anwachsen der deutschen Flotte und sie erblicken darin, indem sie von allen subjektiven Stimmungen, die ja veränderlich sind, absehen, eine objektive Gefahr. Sie vertreten den Standpunkt, daß die deutschen Rüstungen sie auch ihrerseits zu immer kostspieligeren Ausgaben zwingen. Wollte Wilhelm II. in der Tat eine Verständigung mit England herbeiführen, so muß er auch die Vorbedingung erfüllen, und die sozialdemokratische Forderung einer Vereinbarung mit England über die Einschränkung des Flottenbaues unterstützen. Sonst, fürchten wir, werden seine Bemühungen, den deusch-englischen Gegensatz zu beseitigen, auch in Zukunft erfolglos bleiben.

Lehrerbesoldungen und Dreiklassen-Parlament.

Das preußische Abgeordnetenhaus begann am Mittwoch die Beratung des Lehrerbesoldungsgesetzes. Weder der konservative Abgeordnete von Dittfurth, der den Reigen eröffnete, noch der zweite Redner aus dem Hause, der Abgeordnete Glattfelter vom Zentrum verstanden es, die großen Gesichtspunkte der Lehrerbesoldung in den Vordergrund zu rücken, sie begnügten sich mit der Hervorkehrung von Einzelheiten. Herr Dittfurth zeigte sich dabei, wie sich das für einen Konservativen eigentlich von selbst versteht, als unbedingter Anhänger des Studtschen Bremserlasses, den die Regierung jetzt bekanntlich in die Sammlung reaktionärer preußischer Gesetze einzureihen beabsichtigt. Dem konservativen Redner erscheint es als etwas ganz selbstverständliches, daß es weniger auf die Hebung der Volksschule, als vielmehr auf die Beseitigung der Landflucht der Lehrer ankommt, und ein Mittel hierzu erblickt er mit der Regierung in den Bremsvorschriften, die die Gemeinden verhindern, ihre Lehrer so zu besolden, wie sie es für nötig erachten.

Im Gegensatz zu dem Redner der Konservativen vertrat der Nationalliberale Schiffer den Standpunkt des gegenwärtigen Systems der gesetzlich oktroyierten Mindestgehälter mit freier Bewegung der Gemeinden. Im großen ganzen sprach Herr Schiffer heute „liberal", so liberal, daß man Stein und Bein wetten kann, seine Freunde werden unter seiner Führung die Vorlage schlucken, selbst wenn sie noch reaktionärer gestaltet wird und wenn noch weitere gegen die Selbstverwaltung der Gemeinden gerichtete Bestimmungen hineinkommen. Seitdem Herr Schiffer der Regierung zur Freude des Zentrums das Schulverpfaffungsgesetz vom Jahre 1906 apportiert hat, hat er jeden Anspruch darauf verwirkt, daß er den reaktionären Gelüsten der Schwartzkopff und Genossen Widerstand entgegenzusetzen wagen wird.

Die Polemik des Ministerialdirektors Schwartzkopff, der eigentlichen Seele der Reaktion im Kultusministerium, gegen seinen Freund Schiffer, löste denn auch bei den Kundigen ein verständnisvolles Lächeln aus. Herr Schwartzkopff weiß, wenn Herr Schiffer gegen eine Vorlage spricht, dann wird sie gerade mit seiner Hilfe Gesetz.

Nachdem sodann Abg. Frhr. v. Zedlitz (fk.) sich im großen ganzen zustimmend zu der Vorlage geäußert und insbesondere der Bildung von Zweckverbänden zum Ausgleich der Interessen der leistungsstärkeren und der leistungsschwächeren Gemeinden das Wort geredet hatte, folgte eine scharfe Kritik des Gesetzentwurfs durch den Abg. Cassel (frs. Vp.), der mit Recht betonte, daß die Vorlage eine schwere Täuschung für die Lehrer bedeutet. Erfreulich war es, in wie scharfer Weise Herr Cassel das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden verteidigte. Hätten seine Freunde vom Kommunalfreisinn da, wo ihnen die Möglichkeit dazu geboten war, auch nur halb soviel Rückgrat zur Verteidigung dieses Rechtes an den Tag gelegt, so hätte sich die Regierung niemals zu so maßlosen Angriffen verstiegen. Aber eine schöne Rede zu halten ist leichter, als zu gegebener Zeit Mannesmut zu betätigen. Wenn Herr Cassel seine Ausführungen mit den Worten schloß, daß die Regierung mit dem neuen Gesetz keine moralischen Eroberungen in Deutschland machen und daß das Gesetz kein Ruhmesblatt für Preußen sein wird, so können wir uns dem nur anschließen. Wir fürchten nur, daß der Regierung gar nichts daran gelegen ist moralische Eroberungen zu machen. Im Gegenteil, die preußische Regierung kennt nur ein Ziel: in allen Kulturaufgaben an letzter Stelle zu marschieren! Dies Streben kommt auch in dem neuen Lehrerbesoldungsgesetz wieder drastisch zum Ausdruck.

Am Donnerstag wird die Beratung fortgesetzt. Als erster Redner ist Abg. Hoff (frs. Vg.) eingezeichnet, ihm folgt Borgmann. Die Sitzung beginnt schon um 10 Uhr vormittags.

Arbeiterinnenschutz in der Gewerbeordnungsnovelle.

Die Reichstagskommission zur Beratung der Gewerbeordnungsnovelle setzte am heutigen Mittwoch ihre Beratungen fort. Die Arbeitszeit der Arbeiterinnen war auch heute noch Gegenstand eingehender Beratungen, wobei teilweise Beschlüsse gefaßt wurden, die die gestrigen Beschlüsse überholen und außer Kraft setzen. Ein Antrag Hitze und Genossen (Zentrum) schlug für die verheirateten Frauen eine Maximalarbeitszeit von 9 Stunden und an den Vorabenden der Festtage von 6 Stunden vor. Begründend wurde ausgeführt, daß, wenn man das vollkommene Verbot der Fabrikarbeit verheirateter Frauen einmal nicht erreichen könne, man doch besondere Schutzbestimmungen für sie treffen müsse und daß man einen großen Fortschritt erzielen würde, wenn Deutschland in dieser Frage voranginge. Ein Regierungsvertreter sprach sich gegen den Antrag aus, weil er es für unmöglich hielt, daß in Betrieben, in denen Arbeiter und Arbeiterinnen zusammen arbeiteten, die verheirateten Arbeiterinnen eine besondere Arbeitszeit hätten. Genosse Molkenbuhr konnte sich gleichfalls der Befürchtung nicht verschließen, daß eine ungleiche Arbeitszeit für alle Tage für verheiratete und unverheiratete Frauen die verheirateten Frauen auf dem Arbeitsmarkt ungünstiger stellen würde. Wahrscheinlich würden infolge eines solchen Gesetzes die verheirateten Frauen nur noch mehr in die Heimarbeit gedrängt werden. Er hielt dem Zentrum vor, daß es gestern nur den Antrag der Sozialdemokraten auf Einführung des Achtstundentages für alle Arbeiterinnen hätte annehmen brauchen, um über diese Schwierigkeiten hinauszukommen. Der Abg. Manz (frs. Vp.) sprach sich gleichfalls gegen den Antrag aus. Der gesetzliche Maximalarbeitstag von 10 Stunden werde ohnedies die Gewerkschaften anregen, kürzere Arbeitszeiten zu bekämpfen und zunächst den Neunstundentag zu erreichen. Abg. Hitze (Z.) verteidigte den Zentrumsantrag und meinte, daß die Durchführung der besonderen Arbeitszeit für verheiratete Frauen ebensogut möglich sein werde, wie die der bereits bestehenden für Jugendliche. Für die Nationalliberalen lehnte Dr. Stresemann den Antrag wegen der Schwierigkeit der Durchführung ab. Genosse Stadthagen regte eine Bestimmung an, daß die Lohnzahlung in die Arbeitszeit fallen müsse. Die Arbeiterinnen beschweren sich jetzt vielfach mit Recht darüber, daß die Lohnzahlung auf mehrere Stunden nach Schluß der Arbeitszeit ausgedehnt wird. Damit wird es den Frauen unmöglich gemacht, sich am Sonnabend dem Haushalte früher zu widmen und die Absicht des Gesetzes zu verwirklichen. Für das tatsächliche Vorhandensein der gerügten Mißstände berief sich Redner in erster Linie auf Ausführungen des badischen Fabrikinspektors Bittmann. Abg. Hennig (k.) meinte, daß das Hineindrängen der Frauen in die Heimarbeit kein Unglück sei, denn die Kinder der Fabrikarbeiterinnen wiesen eine größere Sterblichkeit auf als die Kinder der Heimarbeiterinnen. Abg. Erzberger (Z.) trat lebhaft für den frühen Arbeitsschluß am Sonnabend ein, von dem er auch eine Einschränkung der Geschäftszeit an den Sonntagen und an den Wochentagen im Handelsgewerbe erwartete. Abg. Schmidt-Altenburg (k.) suchte den Zentrumsantrag da-

durch zu Fall zu bringen, daß er behauptete, in der Praxis träte schon jetzt meist ein früherer Arbeitsschluß am Sonnabend ein. Einen gesetzlichen Zwang lehnte er ab. Den antisozialsten Standpunkt nahm der nationalliberale Abgeordnete Bahn ein, der sich über die schon jetzt ungeheure Belästigung der Industrie mit sozialen Verpflichtungen bitter beklagte und gegen jede weitere Verkürzung der Arbeitszeit Protest erhob. Ein Glück, daß es Herr Bahn doch noch zum Kommerzienrat gebracht hat! Abg. Schack (Wirtsch. Vg.) erklärte sich für den Antrag des Zentrums, weil er einen besonderen Schutz der verheirateten Frauen für notwendig hielt und in ihrer Verdrängung aus der Fabrik kein Unglück sehen würde. Der Zentrumsgewerkschaftler Giesberts rühmte die katholischen Fabrikanten in München-Gladbach, die überhaupt keine verheirateten Frauen beschäftigten, ohne daß ihre Konkurrenzfähigkeit darunter litte. Genosse Molkenbuhr erklärte unsere Zustimmung zu dem Zentrumsantrage, für den Sonnabend die sechsstündige Arbeitszeit der verheirateten Frauen vorzuschreiben, weil hier eine Differenzierung ohne Nachteile möglich und zu erhoffen sei, daß die Freiheit des Sonnabendnachmittags durch den Antrag Förderung erfahren werde. Er fertigte dann die Redensarten des hyperkapitalistischen Herrn Bahn gründlich ab und wies darauf hin, daß die Ueberlegenheit der englischen und amerikanischen Industrie mehr darauf beruhe, daß sie ihre Arbeiter besser bezahle und nähre, als auf dem mangelnden Arbeiterschutz. Schlechtgestellte Arbeiter seien in ihrer Leistungsfähigkeit stets minderwertig.

In der Abstimmung wurde der Antrag des Zentrums, allgemein die neunstündige Arbeitszeit für verheiratete Frauen einzuführen, mit 13 gegen 11 Stimmen abgelehnt, dagegen der andere Antrag Hitze, für den Sonnabend die sechsstündige Arbeitszeit für verheiratete Arbeiterinnen festzusetzen, mit 14 gegen 10 Stimmen angenommen. Auch ein gestern von den Sozialdemokraten gestellter Eventualantrag (prinzipiaiter waren 7 Stunden verlangt), heute vom Abg. Schmidt-Altenburg gestellter Antrag, für alle Arbeiterinnen die Arbeitszeit am Sonnabend auf 8 Stunden (bislang 9) festzusetzen, fand mit großer Majorität Annahme.

Zu demselben Paragraphen wurde ein sozialdemokratischer Antrag, für Arbeiterinnen die Nachtarbeit, d. h. die Arbeit in der Zeit von 8 Uhr abends bis 6 Uhr morgens zu verbieten, und für die Vorabende der Festtage ihre Arbeitszeit spätestens um 5 Uhr nachmittags enden zu lassen, nach kurzer Debatte angenommen. Dadurch ist die Ruhezeit um 1 Stunde verlängert, der Sonnabendschluß um ½ Stunde verkürzt.

Der Antrag, in die Arbeitszeit die Lohnzahlungszeit einzureihen, wurde allseitig sympathisch begrüßt, aber gebeten, den Antrag zu einer anderen Stelle des Entwurfs zurückzustellen. Die Antragsteller trugen diesem Wunsche Rechnung.

Bei den folgenden Paragraphen nahm ein Zentrumsantrag eine Bestimmung wieder auf, die schon in der Regierungsvorlage gestanden hatte und die dem Arbeitgeber verbot, Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern Arbeit zur Verrichtung außerhalb des Betriebes zu übertragen oder auf Rechnung Dritter zu überweisen. Gegen diesen Vorschlag erhoben die Regierungsvertreter zunächst formale Bedenken. Es wäre danach z. B. der Arbeiterin nicht verboten, Arbeit von einem anderen Arbeitgeber abzuholen oder Familienangehörige mit der Entgegennahme der Arbeitsaufträge zu betrauen. Damit würde die Absicht des Antrages illusorisch werden. Abg. Schmidt-Altenburg (k.) widersprach dem Antrag mit Rücksicht auf die Verhältnisse in der Zigarrenfabrikation. Die verheirateten Arbeiterinnen arbeiteten dort nur oft 7 Stunden in der Fabrik, um früher ihre Wirtschaft in Ordnung bringen zu können. Die freie Zeit im Hause verwendeten sie dann auf die Erledigung der mitgenommenen Arbeit. Das zu verbieten, wäre eine ungerechtfertigte Schädigung der Arbeiterinnen. Demgegenüber führten unsere Genossen Stadthagen und Molkenbuhr aus, daß theoretisch ja möglicherweise ein Arbeiter mehrere Arbeitgeber haben könnte, aber praktisch würden die Fälle selten sein, von denen die Regierungsvertreter gesprochen hätten. Das Verbot der Mitgabe von Arbeit nach Hause lasse sich sehr wohl durchführen, die Regierung habe selbst 1897 ja diesen Vorschlag gemacht, und seitdem habe sich an den Verhältnissen nicht das geringste geändert. Das Zentrum änderte die Fassung des Antrages Hitze dahin, daß die Mitgabe von Arbeit nach Hause nur in dem Umfange gestattet sein solle, als die Arbeiterin in der Fabrik nicht bereits die gesetzlich zulässige Arbeitszeit hindurch beschäftigt gewesen sei. Auch hiergegen wandte sich der Regierungsvertreter: es sei für den Arbeitgeber unmöglich, zu kontrollieren, wie lange die Arbeiterin zu der Arbeit gebrauchen würde, die sie nach Hause mitnähme. Demgegenüber berief sich der Abg. Hitze auf die Gesetzgebung der Schweiz und anderer ausländischer Staaten. Von einigen bürgerlichen Rednern wurde der Grundgedanke der Anträge gebilligt, aber die genaue Durchführbarkeit des Vorschlages bezweifelt. Unsere Genossen schlugen an Stelle des Antrages Hitze die folgende Formulierung vor: Als Arbeitszeit gilt auch die Zeit, die zur Herstellung solcher gewerblicher Arbeit erforderlich ist, welche von dem Arbeiter außerhalb der Betriebsstätte für den Arbeitgeber zu verrichten ist. Der Arbeiter soll für die Uebertretung dieser Bestimmung nur dann strafbar sein, wenn er wußte oder wissen mußte, daß die gesetzliche Maximalarbeitszeit überschritten werde. Sie betonten, daß die redaktionelle Fassung doch für die erste Lesung nicht ausschlaggebend sein könne.

Zu einer Abstimmung kam es noch nicht, die Beratung wird Donnerstag fortgesetzt.

Automobilgesetzentwurf.

Dem Reichstage ist jetzt der Entwurf eines Gesetzes über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen zugegangen. Der Entwurf bedeutet eine völlige Kapitulation vor dem Ansturm des Kaiserlichen Automobilklubs gegen ein Gesetz, das geeignet wäre, das Publikum gegen die Gefahren des Automobils zu schützen. Der Entwurf ist weit davon entfernt eine Haftpflicht nach Art des Eisenbahngesetzes oder auch nur des Haftpflichtgesetzes und eine Zwangshaftpflicht-Genossenschaft der Automobilbesitzer vorzuschreiben. Es wird lediglich eine außerordentlich beschränkte, durch viele Ausnahmen durchbrochene Haftung des Automobilhaltens vorgeschrieben. Die Haftpflicht zugunsten der durch das Automobil beförderten Personen und des Chauffeurs ist abgelehnt, die Haftsumme beschränkt — durchweg Vorschläge, die für das Publikum weit ungünstiger als die des österreichischen Automobilgesetzes sind. Hingegen soll der Führer des Automobils einer Erlaubnis der Polizeibehörde bedürfen, deren Ermessen ein weiter Spielraum gelassen ist und sind für den Automobilführer eine Reihe von Strafvorschriften vorgeschlagen:

Der grundlegende § 1 des Entwurfs bestimmt über die Haftpflicht: „Wird durch ein im Betriebe befindliches Kraftfahrzeug ein Mensch getötet, der Körper oder die Gesundheit eines Menschen verletzt oder eine Sache beschädigt, so ist der Halter des Kraftfahrzeuges verpflichtet, dem Verletzten den daraus entstehenden Schaden zu ersetzen. Die Ersatzpflicht ist ausgeschlossen, wenn der Schaden weder durch ein Verschulden des Fahrzeughalters oder einer von ihm zur Führung des Fahrzeuges bestellten oder ermächtigten Person, noch durch fehlerhafte Beschaffenheit des Fahrzeuges oder Versagen seiner Verrichtungen verursacht worden ist. Wird das Fahrzeug ohne Wissen und Willen des Fahrzeughalters von einem anderen in Betrieb gesetzt, so ist dieser an Stelle des Halters zum Ersatz des Schadens verpflichtet. Als Kraftfahrzeuge im Sinne dieses Gesetzes gelten Wagen oder Fahrräder, welche durch Maschinenkraft bewegt werden, ohne an Bahngleise gebunden zu sein."

Nach § 2 finden die Vorschriften des § 1 keine Anwendung: 1. wenn zur Zeit des Unfalles der Verletzte oder die beschädigte Sache durch das Fahrzeug befördert wurde oder der Verletzte bei dem Betriebe des Fahrzeuges tätig war; 2. wenn der Unfall durch ein Fahrzeug verursacht wurde, das auf ebener Bahn eine begrenzte Geschwindigkeit nicht überschreiten kann und hierauf amtlich geprüft ist. Die Geschwindigkeitsgrenze wird durch den Bundesrat bestimmt.

Durch § 6 des Entwurfes ist der Umfang der Haftung durch die Festsetzung bestimmter Beträge beschränkt worden. Der Ersatzpflichtige haftet nämlich: 1. im Falle der Tötung oder Verletzung eines Menschen nur bis zu einem Kapitalbetrage von 50 000 M. oder bis zu einem Rentenbetrage von jährlich 3000 M.; 2. im Falle der Tötung oder Verletzung mehrerer Menschen durch dasselbe Ereignis, unbeschadet der in Nr. 1 bestimmten Grenze, nur bis zu einem Kapitalbetrag von insgesamt 150 000 M. oder bis zu einem Rentenbetrag von insgesamt 9000 M.; 3. im Falle der Sachbeschädigung, auch wenn durch dasselbe Ereignis mehrere Sachen beschädigt worden, nur bis zum Betrage von 10 000 M."

Nach § 9 soll der Ersatzberechtigte seine Rechte verlieren, wenn er ohne Verschulden unterlassen hat, innerhalb eines Monats den Schaden dem Ersatzpflichtigen anzuzeigen.

Nach § 14 bedarf, wer ein Kraftfahrzeug führen will, der Erlaubnis der zuständigen Behörde. Die Erlaubnis gilt für das ganze Reich und darf nur erteilt werden, wenn der Nachsuchende seine Befähigung dargetan hat. Den Nachweis der Erlaubnis hat der Führer durch eine Bescheinigung (Führerschein) nachzuweisen. Die Fahrerlaubnis kann nachträglich wieder entzogen werden, wenn Tatsachen vorliegen, welche die Annahme rechtfertigen, daß die betreffende Person zum Führen von Kraftfahrzeugen ungeeignet ist.

Die Strafen, die über Automobilfahrer verhängt werden können, sollen folgende sein: Zunächst ist im § 18 als Strafe für Zuwiderhandlungen gegen polizeiliche Anordnungen über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen 150 M. oder Haft vorgesehen. Die Zuwiderhandlung gegen die Bestimmungen über die Fahrerlaubnis und über die Zulassung der Kraftfahrzeuge soll mit Geldstrafe bis zu 300 M. oder mit Gefängnis bis zu zwei Monaten bedroht werden.

Die bayerischen Gemeindewahlen.

Aus München wird uns von unserem St.-Korrespondenten geschrieben:

Im Laufe des Monats November finden in Bayern die Gemeindewahlen statt. Zum ersten Male kommt in allen Orten mit mehr als 4000 Einwohnern das System der Verhältniswahl zur Anwendung. Die Einführung des Proporzes ist ein Erfolg der Sozialdemokratie. Einzig und allein ihren Vertretern im bayerischen Landtage ist es zu danken, daß jetzt in mehr denn 115 Gemeinden nach dem Proporzsystem gewählt werden kann.

Schon im Jahre 1893, als zum ersten Male Sozialdemokraten in den Landtag einzogen, brachte unser alter Genosse Löwenstein einen Antrag auf Abänderung der Gemeindeordnung ein. Liberale und das Zentrum gingen kurzerhand zur Tagesordnung über. Besonders die Liberalen wollten von dem Antrag nichts wissen. Waren sie es doch, die Väter der bisher geltenden Gemeindeordnung, die den damaligen Regierungsentwurf verschlechterten, indem sie eine Bestimmung hineinpraktizierten, nach der das Wahlrecht nicht allein von der Entrichtung direkter Steuern, sondern von der käuflichen Erwerbung des Bürgerrechts abhängig gemacht wurde, eine Leistung, die man den Heldentaten unserer heutigen Blockliberalen würdig zur Seite stellen kann. Schon damals hatten es die Liberalen darauf abgesehen, die Besitzlosen möglichst von der Verwaltung der Gemeinden ganz auszuschließen. Gibt doch das Gesetz von 1869 den Gemeinden mit mehr als 1500 Einwohnern das Recht, 85,71 M., denen mit 5000 Einwohnern 128,57 M. und denen mit 20 000 Einwohnern und mehr bis zu 174,43 M. für die Verleihung des Bürgerrechtes zu erheben. Um dieser Bestimmung willen wollten die Liberalen unter allen Umständen das bisherige Gesetz aufrechterhalten. Denn mit diesem Gesetz konnten sie in vielen Orten, von denen nur Augsburg, Nürnberg, Regensburg und Erlangen genannt seien, die Sozialdemokratie aus dem Rathause fernhalten. Ueberall, wo sie die Herrschaft inne haben, weigern sie sich zudem beharrlich, die Gemeindewahlen nach Bezirken vorzunehmen. So nur war es möglich, daß Minoritäten von 40 bis 48 Proz., wie z. B. in Nürnberg, Augsburg und anderen mehr, von der Mitarbeit im Rathaus ausgeschlossen wurden.

Diese schreiende Ungerechtigkeit dem Volke vor Augen zu führen haben die bayerischen Genossen nicht versäumt. Die rücksichtslose Kritik und die stetigen Hinweise unserer Vertreter im Parlament brachten es schließlich doch so weit, daß auch die Liberalen und das Zentrum Forderungen auf Reform der Gemeindeordnung in ihr Wahlprogramm aufnehmen mußten. An reaktionären Stimmen, die an dem bestehenden Zustande nichts geändert wissen wollten, fehlte es besonders im liberalen Lager freilich nicht. Noch im Jahre 1906 erklärte der glorreiche Führer der bayerischen Liberalen, Dr. Casselmann, im Landtage, daß er das Bedürfnis nach Abänderung der Gemeindeordnung nicht einzusehen vermöge. Und dies trotz des liberalen Nürnberger „Einigungsprogramms" vom Jahre 1905, worin freiheitlicher Ausbau der Gemeindeordnung gefordert wird.

Im Jahre 1907 nun, als die Sozialdemokraten in fast doppelter Stärke in den Landtag einzogen, versuchten sie mit einem etwas modifizierten Antrage, den der Abgeordnete Genosse E. Schmid einbrachte und wirkungsvoll begründete, wenigstens einige Verbesserungen noch bis zu den Gemeindewahlen 1908 zu erreichen. Genosse Schmid konnte auf Grund authentischen Materials, das er durch eine Privatenquete gewonnen hatte, schlagend die brutalen Ungerechtigkeiten des bisherigen Systems nachweisen. Die drei Tage währende Debatte in der Kammer endigte mit der Verweisung des sozialdemokratischen Antrages an einen besonderen Ausschuß. Hier versuchte nun der blockliberale Professor Quidde, der als Referent fungierte, die Sache zu verschleppen. Es bedurfte energischer Rippenstöße, um den „Demokraten" Quidde an seine Pflicht zu erinnern. Im Ausschuß einigte man sich, dann zum Schluß, die Regierung zu ersuchen, noch in der laufenden Session einen Gesetzentwurf einzubringen, der bestimmt, daß Orte mit mehr als 4000 Einwohnern auf der Grundlage des Proportional-Wahlsystems die Vertreter zu den gemeindlichen Körperschaften zu wählen haben. Die Forderung der Sozialdemokratie, das Wahlrecht lediglich vom Heimatrecht und nicht vom erkauften Bürgerrecht abhängig zu machen, mußten im Ausschuß fallen gelassen werden. Die Abgeordnetenkammer stimmte dem Ausschußantrag zu. Die Regierung brachte darauf einen entsprechenden Entwurf ein, trotzdem die liberale Reichsratskammer über den Antrag der unteren Kammer zur Tagesordnung überging.

Im Juni dieses Jahres kam der Regierungsentwurf zur Beratung. Sozialdemokratie und Zentrum drängten darauf, daß die Erledigung der Vorlage unter keinen Umständen verschleppt werden dürfte. Die Liberalen hingegen hätten es gern gesehen, wenn die Fertigstellung des Entwurfs durch eine Kommissionsberatung verzögert worden wäre. Nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte, in der unsere Genossen auf die durchsichtige Taktik der Liberalen hinwiesen und gegen jede Verschleppung energisch protestierten, gaben die Liberalen ihren Widerstand auf und so konnte das Gesetz noch am gleichen Tage erledigt werden.

Dieser einmütigen Kundgebung der Volksvertreter ist es wohl auch zu danken, daß es die hohe Reichsratskammer nicht gewagt hat, dem Gesetze die Zustimmung zu versagen.

Die Reform des Gemeindewahlrechts bedeutet einen Schritt vorwärts auf dem Wege zur Demokratisierung der Gemeinden. Die Sozialdemokratie Bayerns hat umfassende Vorbereitungen für den bevorstehenden Wahlkampf getroffen. Das vom Landesvorstand herausgegebene instruktive Handbuch für sozialdemokratische Gemeindewähler wird dabei den Genossen in der Agitation gute Dienste tun. Und so ziehen die bayerischen Genossen zuversichtlich in den Wahlkampf.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 28. Oktober 1908.

Sinekuren und Junkerstipendien!

Bei der Verhandlung des Beamtenbesoldungsgesetzes in der preußischen Duma wies der Redner der sozialdemokratischen Fraktion nach, daß mehrere hunderttausend Mark einfach dadurch erspart und den schlechtgestellten Beamten zugelegt werden könnten, wenn man die Posten der preußischen Legationssekretäre in Rom, München, Dresden, Stuttgart, Karlsruhe, Hamburg und Oldenburg, deren Gehalt sich auf 24 000 bis 75 000 M. belaufe, einfach eingehen lasse. Nun weist Oberst Gädke in einem lesenswerten Artikel im „Berl. Tagebl." nach, daß dergleichen ebenso hochbezahlte wie völlig überflüssige Sinekuren auch im Reiche vorhanden sind, und zwar gerade in dem Rührmichnichtan des Reichs, der angeblich so wundervoll organisierten Armeeverwaltung!

„Die Sparsamkeit aber sollte auch darin zum Ausdruck kommen, daß der Reichstag es endlich wagt, überflüssige Stellen zu streichen, ohne sich durch das Jammern der Militärverwaltung erweichen zu lassen.

Dahin gehören die Kommandantenposten in offenen Städten, deren geringe Tätigkeit durch einen Brigadekommandeur oder Divisionskommandeur mit Hilfe eines Platzmajors mitversehen werden könnte. Schon die völlige Systemlosigkeit, mit der sie hier bestehen und an anderen Orten mit gleichartigen Verhältnissen nicht, zeigt, daß wir es nur mit atavistischen Residuen zu tun haben, die fremdartig in unsere Zeit hineinragen und nur dazu dienen, einige Günstlinge des Schicksals, will sagen des Militärkabinetts, fein zu versorgen. Warum hat Dresden einen Kommandanten, Leipzig aber keinen? Warum geht es in Stettin, in Hannover, in Münster, in Erfurt, in Kassel, in Würzburg ohne besondere Kommandanten?

In erster Linie kann der Gouverneur von Berlin, der dem Staate, ohne die Rationen zu rechnen, 61 000 Mark kostet, fortfallen. Das gleiche gilt von den Kommandanten von Dresden, Karlsruhe, Stuttgart, Altona und Spandau, die je 12 000, im ganzen also 60 000 M. verschlucken. Der Kommandant von Glogau — wo man ein Paar ganz wertlose, völlig veraltete Festungswerke hat stehen lassen, die der Stadt den Charakter als offenen Ort in keiner Weise nehmen können, nur um dort einen Kommandanten halten zu können — ist gleichfalls überflüssig; für Glatz genügt ein Stabsoffizier mit Bataillonskommandeurrang.

Daß die Zahl der Fürsten- und Prinzenadjutanten eine erschreckend hohe ist, habe ich schon früher nachgewiesen; der Kaiser allein hat 12 Adjutanten, die dem Staate — ohne Wohnungsgeldzuschuß und ohne Pferdegelder — 118 164 Mark kosten und dabei zum Teil rein höfische Funktionen ausüben; in Württemberg sind zehn mit einem Gesamtgehalt von 68 894, in Sachsen acht mit etwas weniger als 60 000 Mark Gehalt, im übrigen Deutschland (ohne Bayern) noch 65 solcher Hofstellungen mit einer Besoldung von rund 340 000 Mark vorhanden. Im ganzen werden die 95 höfischen Adjutanten dem Reiche rund 750 000 Mark kosten, ohne Bayern und ohne die außeretatsmäßigen zu rechnen, die aus dem Aggregiertenfonds bezahlt werden, sowie die, die aus der Front als „Gouverneure" und dergleichen abkommandiert sind. Man kann annehmen, daß mehr als die Hälfte davon überflüssig sind. Wollen die Höfe den Glanz ihrer Uniformen nicht missen, so mögen sie aus den Zivillisten der Fürsten bezahlt werden."

Es sind also auch im Reiche zahllose Millionen verschwendet worden, die für Posten bezahlt wurden, die nicht mehr darstellen als Sinekuren für die Junker und Junkergenossen! Trotzdem ist es noch sehr die Frage, ob man nun wenigstens in dieser Zeit der Finanzkalamitäten mit diesem System brechen wird! Unsere Junker erwarten für ihre „Königstreue" doch auch entsprechende Gegenleistungen! —

Kronsbein strapaziert sich.

Die „Post" widmet den Eröffnungsformalitäten der Dienstagssitzung des Abgeordnetenhauses folgende Epistel:

„Im Abgeordnetenhause wurde gestern von den noch unvereidigten Abgeordneten der Treu- und Verfassungseid geleistet. Auch die beteiligten Sozialdemokraten leisteten den Eid, wodurch sie dem Könige den Eid der Treue und des Gehorsams schwören und gewissenhafte Beobachtung der Verfassung eidlich zusagen. Die Sozialdemokraten haben schon wiederholt solche Eide geschworen, welche für sie nur eine leere Formalität bedeuten, aber immer wieder muß die zum Parteigrundsatz erhobene zynische Gewissenlosigkeit, mit der die Sozialdemokraten Verfassungseide schwören, Abscheu erregen. Denn selbst wenn man auch von dem religiösen Charakter des Eides ganz absieht, so wirkt schon der Eindruck, wie wenig unter Umständen ein feierlich gegebenes Manneswort gelten kann, direkt niederdrückend. Die Sozialdemokratie liebt es, ihre Anhänger als Märtyrer ihrer Ideen hinzustellen. Vorsichtiger wie die sechs Sozialisten, welche gestern den Verfassungseid geschworen haben, kann man sogar dem Anfluge eines „Märtyrertums" nicht aus dem Wege gehen."

Das könnte Junkern und Scharfmachern passen, daß die Sozialdemokratie die eroberten sieben Landtagsmandate durch Verweigerung des Verfassungseides wieder preisgäbe! Aber Herr Kronsbein muß sich eben sehr strapazieren. Auch nach der Ver-

eintgung der „Post“ mit der „National-Zeitung“ ist die Pleite des weiland Stummschen Unternehmens keineswegs abgewendet. Deshalb muß Kronsbein die verzweifeltsten Anstrengungen machen, um die Existenzberechtigung dieses Blattes durch die blödsinnigste Begeiferung der Sozialdemokratie nachzuweisen. Und Herr Kronsbein liefert nicht nur durch seine redaktionellen Leistungen den Beweis konkurrenzlosen Scharfmacherstumpfsinns, sondern er läuft auch, wie man erzählt, bewaffnet mit einer empfehlenden Visitenkarte des Chefs der Reichskanzlei, des Herrn v. Loebell umher, um von interessierten Kapitalistenkreisen Subsidien für das gefährdete Zeitungsgeschwister „Post“ — „National-Zeitung“ loszumachen! —

Zur Reichsfinanzreform.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ teilt an leitender Stelle mit:

Der Bundesrat hat in seiner gestrigen Plenarsitzung die Vorlagen zur Reichsfinanzreform angenommen. Sie sind alsbald zum Druck gegeben und werden dem Reichstag unmittelbar bei seinem Zusammentritt zugehen. Den Vorlagen ist eine allgemeine Begründung beigegeben, welche die der neuen Reichsfinanzreform zu Grunde liegenden Gesichtspunkte zusammenfaßt, die mit ihr verbundenen Zwecke klarlegt und die als Grundlage der neuen Forderungen festgestellten Bedarfsrechnungen enthält. Der Begründung soll eine Reihe von Zusammenstellungen beigefügt werden, die sich beziehen auf die Entwickelung und den derzeitigen Stand der Finanzen im Reich, Bundesstaaten, Kommunalverbänden, Gemeinden und sonstigen für die Erfüllung öffentlicher Zwecke geschaffenen oder zur Erhebung von öffentlichen Abgaben sowie zur Kontrahierung von Schulden berechtigten Körperschaften, ferner auf die Finanzen einer Reihe von anderen Staaten, die Entwickelung des Wohlstandes und der Steuerkraft und schließlich auf die Zusammenhänge zwischen dem Geldmarkt und der öffentlichen Finanzgebarung, speziell im Schuldenwesen. — Die „Nordd. Allg. Ztg.“ hofft, morgen mit Auszügen aus der allgemeinen Begründung beginnen zu können. Der Text der Steuervorlagen wird sonach noch ein paar Tage hindurch verheimlicht. —

Wieder einer aus der Sippe.

Der Dr. Boesser, der, wie vor Gericht festgestellt wurde, für den Erpresser Amandus Schubert die Sudelschrift gegen die Chemnitzer Parteigenossen verfaßt hat, ist durch Ratsschiedsspruch auf drei Jahre als Arzt aus der Chemnitzer Ortskrankenkasse ausgeschlossen worden. Boesser ist Vorsitzender der Chemnitzer Reichsverbandsfiliale und gibt Unterricht in den vom Reichsverband veranstalteten Kursen. —

Sydow dementiert.

Das Reichsschatzamt dementiert, daß es neben dem Branntweinmonopol-Entwurf einen Branntweinsteuer-Entwurf hat ausarbeiten lassen und die Gas- und Elektrizitätssteuer nur als eine Art Drohung betrachte, um den Reichstag für die anderen Steuervorlagen gefügig zu stimmen. Die „Berl. Pol. Nachr.“ sind nämlich zu folgender Erklärung ermächtigt worden:

„1. Die Behauptung, regierungsseitig seien zwei verschiedene Entwürfe bezüglich der stärkeren Besteuerung des Branntweins vorbereitet worden und es werde dem Reichstage anheimgestellt werden, ob er das Zwischenhandelsmonopol oder den anderen Entwurf annehmen wolle, entspricht nicht den Tatsachen. Es liegt nur ein Entwurf vor und ist auch kein anderer in Aussicht genommen, vielmehr beruht die vom Bundesrat angenommene Vorlage auf der sorgfältigsten Prüfung aller in Frage kommenden Interessen.

2. Es ist selbstverständlich durchaus unwahr, daß die Regierung die Gas- und Elektrizitätssteuer lediglich als Reserve vorschlage oder um für andere Vorlagen damit einen günstigeren Boden zu schaffen. Ganz abgesehen davon, daß ein solches Vorgehen den Gepflogenheiten der verbündeten Regierungen in keiner Weise entspräche, handelt es sich gerade bei der Elektrizitäts- und Gassteuer um eine Einnahmequelle, die bei einem niedrigen Steuersatze und ohne jedwede Schädigung oder schwere Belastung durch das natürliche und rasche Wachstum der in Frage kommenden Industrien in stetig steigendem Ausmaße Ergiebigkeit verheißt.

3. Die von einer hiesigen Korrespondenz gebrachten Mitteilungen über den Inhalt der Anzeigen- und Reklamesteuer sind apokryph, sie decken sich nicht mit der Vorlage des Bundesrats.“ —

Gegen die preußische Ausweisungspraxis.

In der österreichischen Delegation wandte sich gestern Genosse Seliger in scharfer Weise gegen die Ausnahmebestimmungen, die Preußen gegen die österreichischen Arbeiter in Anwendung bringe. Der Redner erklärte, daß der Legitimationszwang mit den Bestimmungen des Handelsvertrages in offenkundigem Widerspruch stehe, und forderte schließlich ein energisches Einschreiten des Auswärtigen Amtes, um die Ausweisungen österreichischer Arbeiter zu verhindern.

Minister v. Aehrenthal besprach eingehend diejenigen Maßnahmen der preußischen Regierung bezüglich der österreichisch-ungarischen Arbeiter, wodurch den Einwendungen der österreichischen Regierung zum Teil Rechnung getragen worden sei. Eine differenzielle Behandlung unserer Arbeiter, so führte der Minister aus, wird künftig nicht mehr stattfinden. Auch hinsichtlich der Ausweisungen wurde ein milderes Vorgehen zugesichert. So dankenswert das bisher bekundete Entgegenkommen der preußischen Regierung auch ist, erscheint es doch nicht weitgehend genug. Deshalb finden weitere Besprechungen mit der preußischen Regierung statt.

Hoffentlich hat die österreichische Intervention wirklich Erfolg. Die österreichische Regierung würde damit nicht nur den österreichischen, sondern auch den deutschen Arbeitern einen Dienst erweisen. Denn der Legitimationszwang und die Ausweisungspraxis der preußischen Regierung haben nur den Zweck, die ausländischen Arbeiter zu Lohndrücker- und Streikbrecherdiensten zu zwingen. —

Der Wahlrechtskampf in Sachsen.

Der 1. November wird ein Tag der Wahlrechtsdemonstrationen in ganz Sachsen sein. Außer in der Landeshauptstadt Dresden — über den dort angesetzten Umzug haben wir bereits berichtet — finden auch in Leipzig, Plauen, Zwickau und vielen anderen Städten große Kundgebungen statt. In Leipzig soll die Demonstration auf einem großen öffentlichen Platze stattfinden. Von fünf Rednern sollen Ansprachen gehalten werden. In Zwickau und Plauen sollen Umzüge stattfinden.

Die Polizei hat die Genehmigung für diese Demonstrationen nicht verweigern können. Das Reichsvereinsgesetz erlaubt das Verbot nur für den Fall, daß die öffentliche Sicherheit gefährdet wird. Von den friedlichen Demonstrationen der sächsischen Arbeiterschaft kann natürlich nicht behauptet werden, daß sie die öffentliche Sicherheit in Gefahr bringen. Obgleich die bürgerliche Presse das ebenso gut weiß wie wir, sieht sie doch sehr sauer zu dem pflichtgemäßen Verhalten der sächsischen Polizei und tut, als sei am 1. November in Sachsen die heilige Ordnung aufs schlimmste bedroht und als habe die Polizei ihre Pflicht verletzt, indem sie die Umzüge genehmigte. Die sächsische Polizei ist also plötzlich den sächsischen Reaktionären noch nicht reaktionär genug. Nicht weil sie wirklich für ihr lostbares Leben und ihr Eigentum fürchten, sondern weil sie den Eindruck der großen Demonstrationen fürchten. Es ist ihnen begreiflicherweise höchst unangenehm, daß die Entrechteten sich auf der Straße zeigen, daß sie zeigen dürfen, wie groß die Zahl derer ist, die gegen die neuen Wahlentrechtungspläne protestieren und das allgemeine, gleiche Wahlrecht fordern. Das wird für die sächsischen Genossen nur noch ein Anreiz mehr sein, dahin zu arbeiten, daß die Demonstrationen so imposant wie nur irgend möglich werden.

Die Landtagswahlen in Hessen.

Mainz, 28. Oktober.

(Privatdepesche des „Vorwärts.“)

Bei den heutigen Landtagswahlen erhielten hier die Kandidaten des Kartells der Nationalliberalen und des Zentrums 4506, die der Sozialdemokratie 3969 Stimmen.

Die Sozialdemokratie hatte in Mainz die Mandate der Genossen Dr. David und Adelung zu verteidigen. —

Offenbach, 28. Oktober. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) In Offenbach-Stadt ist der Genosse Ulrich, in Offenbach-Land der Genosse Orb gewählt.

Reichsverbandspraktiken.

Die ehrsame Korrespondenz des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie berichtete im Sommer 1906, daß die Gemeindevertreter Bants (Oldenburg) die Sitzungen absichtlich lange hinzögen, weil sie pro Sitzungsstunde 75 Pf. bekämen. Die Seßhaftigkeit rentiere sich gut, denn bei Bier, Schnaps und Wein würde das Wohl und Wehe von reichlich 25 000 Menschen beraten.

Auch das „Wilhelmshavener Tageblatt“ hatte diese Schmähnotiz abgedruckt. Am 23. August 1906 nahm es jedoch seine Lügenmär zurück, nachdem es vom Gemeindevorsteher Bants, einem Herrn Brust, eine berichtigende Mitteilung erhalten hatte. Das „Wilhelmshavener Tageblatt“ bemerkte dazu:

„Wir hatten den erwähnten Artikel mit genauer Quellenangabe dem Organ des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie entnommen, von dem wir annehmen mußten, daß seine Angaben den Tatsachen entsprechen. Leider haben wir uns in dieser Annahme getäuscht und können die Wiedergabe des Artikels nur lebhaft bedauern.“

Die Erwartung, daß dieser Vorfall der Reichsverbands-Korrespondenz die Pflichten des Anstandes begreiflich machen werde, hat sich nicht gerechtfertigt. Ende April 1908 brachte die Korrespondenz wieder die folgende Notiz, die unter anderem auch von der „Wiesbadener Zeitung“ übernommen wurde:

„Direkt spießbürgerlich muten die Gründe an, mit denen in Bant und Stockelsdorf die zielbewußten Umstürzler und überzeugten Materialisten ihren Antrag auf Diäten zu rechtfertigen suchen. Anton Brust verzehrt nämlich seine Pauschaldiäten von 1,50 M. pro Sitzung „nach altem Herkommen und Brauch“ beim Rathauswirt, er verschweigt nur, daß jeder, der dieser Oldenburger Sitte (!) frönen will, in die eigene Tasche greifen muß, und nicht in den Stadtsäckel; die Stockelsdorfer Genossen fühlen sich sogar „moralisch verpflichtet, in dem Wirtshause, das den Gemeindevertretern als Sitzungslokal dient, einige Groschen zu verzehren“, und belasten mit ihrer Moral die Dorfkasse. Immerhin fällt die ländliche Bescheidenheit der Stockelsdorfer angenehm auf gegen die städtische Großartigkeit der Banter.“

Wie man sieht, ließ die Reichsverbands-Korrespondenz den Gemeindevorsteher Anton Brust, einen Gegner der Sozialdemokratie, der der Zentrumspartei angehört, zum „zielbewußten Umstürzler“ und „überzeugten Materialisten“ avancieren. Ebenso ließ sie den Gemeindevorsteher, der keinen Pfennig Diäten erhält, gleich den Gemeindeverordneten 1,50 M. Zehrgeld beziehen.

Um den Verfasser der Notiz kennen zu lernen, stellte der Gemeindevorsteher Brust auf Anregung des Gemeinderates Strafantrag gegen die „Wiesbadener Zeitung“. Die Staatsanwaltschaft nahm die Angelegenheit in die Hand und trat in eine Strafverfolgung ein. Der verantwortliche Redakteur hat nunmehr den Gemeindevorsteher Brust gebeten, den Strafantrag zurückzuziehen. Dabei teilte er in seiner Entschuldigung mit, er habe die Notiz der Korrespondenz des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie entnommen und sie für wahr gehalten. Eine böse Absicht habe er bei dem Abdruck nicht gehabt. Der Banter Gemeinderat hat der Zurückziehung des Strafantrages zugestimmt unter der Bedingung, daß der Redakteur der „Wiesbadener Zeitung“ in dieser und in der Reichsverbands-Korrespondenz und in den hiesigen vier Blättern einen Widerruf veröffentlicht und in die Banter Armenkasse 25 M. zahlt.

Es ist gewiß anerkennenswert, wenn eine amtliche Körperschaft es bei beleidigenden Mitteilungen einer Zeitung an einem einfachen Widerspruch genug sein läßt; in diesem Falle scheint uns aber doch die Langmut etwas zu weit getrieben, denn man bedenke, daß derselbe Reichsverband, der systematisch die Gerichte in Bewegung setzt, wenn Sozialdemokraten sein Treiben kennzeichnen, in diesem Falle sein Verleumdungshandwerk unter Umständen getrieben hat, für die bei noch so großer Rücksicht keine Entschuldigung ins Feld geführt werden kann.

Auf der Wanderversammlung der nationalliberalen Partei Württembergs in Sulz am 25. Oktober hat der Reichstagsabgeordnete Hieber sich auch über die Reichsfinanzreform ausgelassen. Er versprach, den Reichskanzler daran zu erinnern, daß letzterer mal an Sparsamkeit gedacht habe. Die nationalliberale Partei werde auch prüfen, wo und wie an den Ausgaben für Heer und Flotte gespart werden könne. „Selbstverständlich ohne Schädigung der Wehrkraft unseres Volkes.“ Den Bedarf an neuen Steuern berechnet Herr Hieber auf rund 400 Millionen Mark. Um eine gewisse Erhöhung der Matrikularbeiträge werde man nicht herumkommen. Das ganze System von Matrikularbeiträgen und Ueberweisungen müsse übrigens geändert und verbessert werden. Womöglich müsse die Franckensteinsche Klausel von 1879 beseitigt werden. Eine Erhöhung der Tabak- und Branntweinsteuer werde sich gleichfalls nicht vermeiden lassen. Schwere Bedenken beständen gegenüber einer Steuer auf Gas und Elektrizität. Die Vermögenssteuer sei einer Nachlaßsteuer vorzuziehen, weil gegen letztere sehr erhebliche Bedenken aus den Kreisen der Landwirtschaft und des Gewerbes laut geworden seien. An eine Reichseinkommensteuer denke heute offenbar auch in den Kreisen des Freisinns und der Demokratie kaum jemand mehr. „Es kommen somit als direkte Steuern nur diese beiden vor allem in Betracht.“ Herr Hieber hätte sagen müssen: nur diese eine Steuer! Die Nachlaßsteuer hat er ja bereits ausgeschaltet, wie die Reichseinkommensteuer. Nachdem er so jede Besorgnis seiner Parteifreunde vor einer gerechten Belastung des Besitzes zerstreut hatte, konnte er sich, ohne auf Widerspruch zu stoßen, die Behauptung leisten: „Soviel kann ich als unsere Ueberzeugung heute schon bekannt geben: eine Steuerreform, welche die Lasten nur den unteren und mittleren Schichten in Form indirekter Steuern auflegen will, machen wir nicht. Wir verlangen, daß beide Gewichte gegen einander abgewogen werden, keines ohne das andere.“ —

Die Balkankrise.

In der österreichischen Delegation erklärte Freiherr v. Aehrenthal gestern die Bereitwilligkeit Oesterreichs, an einer Konferenz teilzunehmen und erklärte, daß Oesterreich keineswegs auf dem Standpunkt stände, daß etwa Bosnien ganz aus dem Konferenzprogramm ausgeschaltet sein müsse. Allerdings dürfe über die vollzogene Tatsache nicht diskutiert, sondern diese nur zur Kenntnis genommen werden. Dagegen wandte sich der Minister sehr entschieden gegen das Recht Serbiens und Montenegros, zur Annexion Stellung zu nehmen. In der Debatte erklärte Genosse Seliger, die Annexion Bosniens sei weder für die österreichischen Völker, noch für den Staat vorteilhaft. Insbesondere leide die Arbeiterschaft unter den Feindseligkeiten mit den Balkanvölkern. Genosse Nemec wandte sich gegen die panslavistische Hetze, bestritt die Berechtigung der serbischen Ansprüche und protestierte nochmals dagegen, daß die Annexion ohne Befragen der gesetzgebenden Körperschaften erfolgt sei.

Unterdessen haben England, Frankreich und Rußland neuerlich in Sofia Schritte gemacht, um Bulgarien zur Abgabe einer Versicherung zu bewegen, daß es seine Armee nicht mobilisieren, sondern die Resultate der Balkankonferenz abwarten werde. Die Türkei hätte bereits eine solche Versicherung gegeben. Ferner rieten die drei Mächte Bulgarien, offizielle Verhandlungen mit der Türkei wieder aufzunehmen. Wie es heißt, wird die bulgarische Regierung die verlangte Versicherung erteilen. In der Türkei sind die Festtage in Ruhe verlaufen. Die befürchteten Zusammenstöße zwischen Türken und Christen sind ebenso unterblieben, wie die angesagten reaktionären Vorstöße. Auch die Finanznöte der Türkei sollen demnächst durch eine Anleihe von 35 bis 40 Millionen Frank gedeckt werden, an der deutsche, französische und englische Banken beteiligt sind. Die Wünsche Serbiens und Montenegros, mit der Türkei ein militärisches Bündnis abzuschließen, dürften nicht in Erfüllung gehen. In der Türkei hat man keine Lust, sich mit den serbischen Phantasten zu kompromittieren. Das überläßt man der russischen Regierungsweisheit.

In Sofia wurde heute die Sobranje mit einer Thronrede des neugebackenen Zaren Ferdinand eröffnet. Sie schließt mit einem Appell an das Volk, es möge die Ausgaben und Handlungen, die durch die ernsten politischen Ereignisse geboten waren, genehmigen. Ungeteilte Zustimmung wird aber dieser Appell kaum finden. Wie es heißt, steht eine demokratische Gruppe auf dem Standpunkt, daß die Prestigepolitik des Fürsten die Ausgaben durchaus nicht verlohne. —

Oesterreich.

Die niederösterreichischen Landtagswahlen.

Wie infam die Christlichsozialen die Wahlkreiseinteilung gestaltet haben, zeigt ein Vergleich der in Wien abgegebenen Stimmen mit der Mandatszahl. Es erhielten die Christlichsozialen 168 941, die Sozialdemokraten 107 986, die Liberalen 19 932 Stimmen. Auf die 168 000 christlichsozialen Stimmen entfallen aber 43 Mandate, während auf die 127 000 ihrer Gegner nur 5 Mandate kommen. Man sieht also, durch welch schändliche Wahlgeometrie sich die Christlichsozialen die Majorität im Landtag sichern. —

Die nationalistischen Ausschreitungen.

Prag, 28. Oktober. Als sich gestern abend die Demonstrationen erneuerten, wurde der Wenzelsplatz von Gendarmerie und Militär geräumt. Die angesammelte Volksmenge bewarf das Militär mit Steinen, löschte die Straßenlaternen aus und legte Bänke quer über die Straße, wurde aber schließlich auseinandergetrieben. Um 11 Uhr nachts wurde das Militär zurückgezogen. Die Polizeidirektion erließ eine Bekanntmachung, in der es heißt, daß sich die Staatsgewalt veranlaßt sehe, gegen alle Störungen der öffentlichen Ruhe und Ordnung fortan mit den schärfsten Mitteln, gegebenenfalls mit Waffengewalt vorzugehen. Außerdem wird die Bevölkerung aufgefordert, allen Ansammlungen aus dem Wege zu gehen und darauf hingewiesen, daß eine Wiederholung der Ausschreitungen unzweifelhaft zur Verhängung des Belagerungszustandes führen würde. Auch der Stadtrat hat eine Aufforderung zur Bewahrung der Ruhe an die Bürgerschaft gerichtet.

Prag, 28. Oktober. Die amtlichen Blätter melden in Extraausgaben, daß die Regierung nicht anstehen werde, die schärfsten Maßnahmen zu ergreifen, welche ihr verfassungsmäßig gewährt werden und den Ausnahmezustand erklären, wenn nicht Ordnung und Ruhe eintreten. Die Regierung würde sich allerdings schwer zu einem derartigen Schritt entschließen, sie gibt sich der zuversichtlichen Erwartung hin, daß es den besonnenen Kreisen gelingen werde, diese Gefahr abzuwenden. —

Die Ministerkrise.

Wien, 28. Oktober. (Eig. Ber.)

Allmählich kann man erkennen, was sich vorbereitet. Daß die durch die Demission der tschechischen Minister akut gewordene Krise mit einer bloßen Nichtannahme der Demission, wie Herr v. Beck zuerst hoffte, nicht beschworen werden kann, ist nun zweifellos. Ebenso sicher dürfte die Gesamtdemission des Kabinetts Beck nicht umgangen werden; sie wird wohl nach Abschluß der Delegation erfolgen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß Herr v. Beck mit der Neubildung eines Kabinetts betraut werden kann — von seinem jetzigen Kabinett bliebe dann blutwenig übrig —, aber eine große Wahrscheinlichkeit hat das gerade nicht. Vielmehr wird die Tendenz immer deutlicher, die neue parlamentarische Regierung christlichsozialer zu färben, und der Herr, der das christlichsoziale Regime in seiner Person auszudrücken haben würde, wäre unzweifelhaft Herr v. Bienerth, der jetzige Minister des Innern, der schon heute ein, freiwilliger oder unfreiwilliger, Dienstmann der Christlichsozialen ist. Daß seine Verwaltung die Dinge zu verantworten hat, die Becks Sturz herbeiführen (Bergreichenstein, Laibach, Prag), wird die böhmischen Obstruktionshelden natürlich nicht genieren; für ihre bescheidenen Ansprüche wird ein Personenwechsel ausreichen. Sicher ist, daß für Bienerth die christlichsozialen Macher sehr tätig sind.

Rußland.

Die Duma.

Petersburg, 28. Oktober. Die Reichsduma wurde heute eröffnet. Die Sozialdemokraten blieben der Eröffnungssitzung fern, um der Zarenhuldigung zu entgehen. Es sind 204 Gesetzentwürfe eingegangen. Hierauf wurde eine von 87 Abgeordneten unterzeichnete Interpellation verhandelt, die das aus Anlaß des gestrigen Vortrages des Professors Pogodin ergangene Verbot des Stadthauptmanns, über die Annexion Bosniens zu debattieren, zum Gegenstand hatte. Maklakow (Kadett) bezeichnete dieses Verbot in jeder Hinsicht als unerklärlich und als eine Beleidigung des russischen Nationalgefühls. Er beantragte die Dringlichkeit der Interpellation, die einstimmig angenommen wurde. Die weiteren Dumasitzungen wurden auf Montag, Mittwoch und Freitag festgesetzt. —

Russifizierung.

Warschau, 28. Oktober. Auf Anordnung des Generalgouverneurs wurde ein Teil der hiesigen polnischen Schulen geschlossen. Der Generalgouverneur droht im Falle einer weiteren Boykottierung der russischen Reichsschule allmählich auch die noch bestehenden polnischen Schulen in Warschau und sodann im übrigen Polen zu schließen.

Eine Niederlage Stolypins.

Der „Russischen Korrespondenz" wird aus Petersburg vom 27. Oktober telegraphiert:

Der russische Premierminister, dessen Autorität infolge überhandnehmender völliger Insubordination der Generalgouverneure schon lange untergraben ist, hat jetzt durch eine Entscheidung des sogenannten regierenden Senats in der Klagesache eines der Hauptführer des Schwarzen Hunderts, des berüchtigten Hofgünstlings Grafen Konownitzyn kontra Stolypin einen höchst kompromittierenden Schlag erlitten. Klagegegenstand war ein Zirkular Stolypins vom Mai 1907 an die Gouverneure, das sie anwies, bei Ausweisung von Juden aus Gebieten, in denen sie „nichtwohnberechtigt" sind, in gewissen Fällen Nachsicht zu üben. Der Kläger Konownitzyn behauptete, dadurch geschädigt zu sein. Die jüdische Ausbeutung sei für ihn ein materieller Schaden, während „die Gefahr eines Ritualmordes" seine persönliche Sicherheit treffe. Die Verpflichtung der Gouverneure, alle Umstände genau zu prüfen, biete dagegen keine Gewähr, da die Gouverneure unzuverlässig seien.

Der Kläger Konownitzyn forderte deshalb: die Aufhebung der allgemeinen Ministerialverfügung und die gerichtliche Verfolgung des Premierministers ob seines widergesetzlichen Zirkulars. Der Senat bezeichnete zwar den Kläger als nicht befugt zu solchen Anträgen, ging aber trotzdem auf die Sache selbst ein und erklärte die Verfügung des Premierministers für ungesetzlich. Dies Verhalten des regierenden Senats, der sonst ein willenloses Werkzeug in den Händen der Regierung ist, zeugt vom Zusammenbruch der Autorität Stolypins in den oberen Regierungskreisen. In der Sache selbst bedeutet es neben dem Sieg des Antisemitenhäuptlings einen neuen Ansturm gegen die Juden und die bevorstehende schärfste Durchführung aller antisemitischen Gesetze und Bestimmungen.

Aus der Partei.

Der Nürnberger Parteitag in den Organisationen.

Im 1. hessischen Wahlkreis Gießen-Grünberg haben Parteiversammlungen in Gießen, im Busecker Tal und in Steinberg sich mit den Beschlüssen des Parteitages sowie mit der Tätigkeit ihres Delegierten einverstanden erklärt. Die Versammlungen verurteilten die Stellung der süddeutschen Abgeordneten in der Budgetfrage, insbesondere ihre am Schlusse der Verhandlung abgegebene Erklärung.

Der 8. Kongreß der sozialistischen Gemeinderäte Belgiens wurde am Sonntag in Brüssel abgehalten. Er beschäftigte sich in erster Linie mit der Errichtung von Schulkantinen. Es bestehen solche bereits in einer Anzahl von Gemeinden, unter anderem auch in einigen Vorstädten der Hauptstadt. Diese Kantinen sind zum Teil nur im Winter geöffnet und verabreichen gratis oder gegen geringe Bezahlung (15 Centimes = 12 Pf.) warmes Mittagessen an die Schulkinder. Der Sekretär des Verbandes der sozialistischen Gemeinderäte, der Genosse Vinck, hatte über diese Frage eine umfangreiche Denkschrift ausgearbeitet. Er stellt darin folgende Grundsätze auf: Die Hilfe ist des Kindes wegen, nicht der Eltern wegen zu leisten. Sie hat sich deshalb auf alle Schulkinder zu erstrecken, gleichgültig, ob sie die kommunale oder die sogenannte freie (konfessionelle) Schule besuchen. Das Bedürfnis des Kindes soll die einzige Voraussetzung für die Zulassung zur Kantine sein. Die sozialistischen Gemeinderäte haben deswegen dahin zu wirken, daß die Kommunen öffentliche Schulkantinen für alle Kinder errichten. Diesen Grundsätzen wurde nach längerer Diskussion zugestimmt.

Ueber die Wohnungsfrage referiert der Genosse Huysman. Er fordert die Revision des Gesetzes über die Errichtung von Arbeiterwohnungen. Diese von den Kommunen errichteten Häuser sollen in Zukunft nicht mehr zu verkaufen, sondern nur zu vermieten sein. Die kapitalistische Entwickelung zwinge die Arbeiter, ihren Wohnsitz häufig und meist sehr plötzlich zu verändern. Das könne der proletarische Besitzer eines Hauses weniger schnell, oft gar nicht oder nur unter großen Verlusten. Häufig beuten die Inhaber solcher Häuser die Untermieter aus. Um die nötigen Gelder zur Errichtung von Arbeiterwohnungen zu erhalten, schlägt Huysman die Erhebung einer Wertzuwachssteuer vor. Seine Thesen werden nach kurzer Diskussion angenommen. — Bezüglich der Schularztfrage wurde den Forderungen des Dr. Ensch zugestimmt, der eine eingehende individuelle Untersuchung und ständige Ueberwachung des Gesundheitszustandes aller Schulkinder verlangt. — Nachdem noch eine Resolution angenommen ist, in der die Ausdehnung des Gewerbegerichtsgesetzes auf die Angestellten, Kaufleute, Reisenden usw. gefordert wird, werden die Beratungen geschlossen.

Gewerkschaftliches.

Aus der Hexenküche des Scharfmachertums.

Die drei Firmen der chemischen Industrie: Farbenfabriken vorm. Friedr. Bayer u. Co., Elberfeld, Badische Anilin- und Sodafabrik, Ludwigshafen a. Rh., und Aktiengesellschaft für Anilinfabrikation, Berlin, gründeten im Jahre 1905 eine Interessengemeinschaft auf 50 Jahre. Bereits im März 1905, also noch nicht ganz drei Monate nach der Gründung, faßten diese drei Firmen folgenden Beschluß:

„Die Firmen des Zweibundes (Leopold Cassella u. Co. in Frankfurt a. M. und vorm. Meister, Lucius u. Brüning in Höchst a. M.) und die der Interessengemeinschaft (also vormals Friedr. Bayer u. Co., Badische Anilin- und Soda-Fabrik und Aktiengesellschaft für Anilinfabrikation) sollen dahin übereinkommen, Angestellte und Arbeiter nur mit gegenseitiger Verständigung in ihre Betriebe oder Verkaufsorganisationen aufzunehmen."

Dieser Beschluß Nr. 20 wurde dann in Beschluß 20a weiter so formuliert und akzeptiert:

„daß bei dem anderen Teil ausgetretene Beamte und Arbeiter nicht ohne vorherige Mitteilung und Aussprache mit der Firma, bei welcher dieselben vorher beschäftigt waren, angestellt werden dürfen."

Dieser Vereinigung zwischen den fünf genannten größten chemischen Firmen Deutschlands traten dann weiter bei Kalle u. Co., Weiler ter Meer usw. und selbstverständlich gehörten ipso facto sämtliche Zweigniederlassungen in Deutschland, wie im Auslande, in Rußland, Frankreich, England und Amerika dazu, New York, Boston, Philadelphia, wie Flers, St. Fons, Riga, Warschau, Mailand, Barcelona usw.

Daß diese, allgemein „Beamten- und Arbeiterknebelungsbeschluß" genannte Abmachung nicht blos auf dem Papiere steht, hat schon mancher Chemiker und Beamte sowie Arbeiter verspürt. Was derselbe zum Beispiel für einen Chemiker bedeutet, der die Fabrikkarriere eingeschlagen hat und dem mit einem Schlage die größten chemischen Fabriken verschlossen werden, ist überflüssig des weiteren zu beleuchten.

Das Spaßhafte bei der sonst sehr traurigen Begebenheit ist, daß dieser Beschluß auch auf die meist ungelernten Arbeiter ausgedehnt wird, die in chemischen Fabriken verwendet werden und die naturgemäß vollständig erkenntnislose Zuschauer bleiben bei den sich in einer allenfalls etwas wallenden meist dunkelfarbigen Brühe sogar meistens in verschlossenen Gefäßen vollziehenden, sinnlich in keiner Weise wahrzunehmenden chemischen Reaktionen, bei denen es nur auf eine gewisse Zeit und eine bestimmte Temperatur ankommt und deren bester Verlauf nur durch eine ganz subtile Empirik festgestellt wird. Man schaudert, wenn man bedenkt, was der Arbeiter Müller den zu diesem schönen Zweck geeinigten Fabriken mit ihren 500 Millionen Kapital für Schaden zufügen kann, wenn er einer Konkurrenzfirma verrät, daß er bei der Herstellung von Para-Toluidin in die ihm natürlich dem Gewicht nach unbekannte Menge von 1000 Kilogramm Para-Nitrotoluol die ihm ebenfalls unbekannte Menge von 1100 Kilogramm gemahlenes Eisen wirft, später 25 Kilogramm denaturiertes Salz hinzutut und schließlich 60 Kilogramm Eisenvitriol beifügt, worauf 742 Kilogramm Para-Toluidin, d. i. 95 Proz. der Theorie, entstehen usw. Ein drastisches Beispiel sei der Originalität wegen erzählt:

Die Badische Anilin- und Sodafabrik hatte einen Arbeiter eingestellt, ohne sich darüber zu vergewissern, daß derselbe vorher bei den Farbenfabriken von Friedr. Bayer u. Co. (aber nicht einmal direkt vorher!) beschäftigt gewesen war. Aber dem Oberscharfmacher der chemischen Industrie, Herrn Professor Duisberg, kommt es bei der Ueberwachung der strikten Ausführung „seiner" Beschlüsse nicht auf das Geld bezw. einige Tintenkulis für monatlich 75 M. an. Schon war der gefährliche Arbeiter ermittelt und Ludwigshafen wird gebeten, denselben zu entlassen resp. anzugeben, warum es diesen Arbeiter eingestellt hat, ohne sich an den gefaßten Beschluß zu kehren. Der gefährliche Arbeiter wurde in L. mit Kohlenbefördern!!! beschäftigt.

Man sieht, die chemische Industrie ist viel schlauer vorgegangen, als etwa die schwere Industrie. Warum die Koalitionsfreiheit bekämpfen und Staub aufwirbeln, noch dazu wo man lästigen Aufpassern gegenüber so billig den Schein der Arbeiterfreundlichkeit wahren kann?

Daß das Geschäft billig ist, geht daraus hervor, daß die Aktiengesellschaft für Anilinfabrikation in Berlin den Farbenfabriken vormals Bayer in Elberfeld mit Stolz vorreden kann, die erstere bezahle nach der geführten Statistik pro Arbeiter nur 2,50 M. pro Tag, während die letzteren dafür 3,40 M. verschwendeten.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Metallarbeiter!

Der Streik bei Schwieger u. Frankfurter ist beendet, die Sperre aufgehoben.

Die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

Achtung, Zigarettenarbeiter und Arbeiterinnen Berlins!

Der Zigarettenarbeiter Edid Hurwitz und die Zigarettenarbeiterin Frau Esther Hurwitz, geb. Troyna, wohnhaft Neue Königstraße 72, haben für die Zigarettenfabrik Lypstadt u. Co. in Frankfurt a. M., die ihren Arbeitern, um Lohnabzüge vorzunehmen, vor drei Monaten den bestehenden Lohntarif gekündigt hat und deren Arbeiter sich bereits in einem erbitterten wirtschaftlichen Abwehrkampf befinden, Streikarbeit übernommen. Die beiden Eheleute bekommen von Frankfurt a. M. den Tabak und die Hülsen zugeschickt und lassen die Zigaretten in ihrer Privatwohnung, die gar nicht zur Tabakverarbeitung eingerichtet ist, herstellen. Auch geben die Betreffenden in Masse Hausarbeit aus.

Kollegen und Kolleginnen! Bisher war es unser Stolz, den kämpfenden auswärtigen Kollegen den Kampf dadurch zu erleichtern, daß wir sie moralisch sowohl wie auch materiell unterstützten. Darum weist ein solches Angebot von Streikarbeit zurück. Dann wird auch der Sieg unseren Frankfurter Kollegen nicht ausbleiben.

Deutscher Tabakarbeiterverband, Verwaltungsstelle Berlin.

Verband der Schneider.

Die Damenschneider der Firma Fabian u. Hrich, Unter den Linden 71, sind wegen Lohnforderung in den Ausstand getreten. Wir bitten die Kollegen, etwaige Arbeitsangebote von obiger Firma zurückzuweisen. Die Ortsverwaltung.

Zur Lohnbewegung in der Veltener Ofenindustrie.

Ueber die Unterhandlungen mit den Unternehmern erstattete der Obmann der Kommission, Altendorf, in der letzthin abgehaltenen Versammlung Bericht. Redner führte aus, daß die Unternehmer an der dreijährigen Tarifdauer festhalten; die Bedingung der Arbeiter hierzu, daß in solchem Falle nach Verlauf von 1½ Jahren eine zehnprozentige Lohnerhöhung eintreten solle, lehnten die Unternehmer ab. Ueberhaupt erklärten sie, für Lohnerhöhungen jetzt und während der dreijährigen Tarifdauer nicht zu haben zu sein. Von der „Regulierung" der Ueberstunden, wonach die erste Stunde nach Feierabend noch nicht als Ueberstunde bezahlt werden soll, werden jedoch die Unternehmer, nach ihren Aeußerungen in der Kommissionssitzung zu schließen, dem Anschein nach, Abstand nehmen. Die Löhne der Akkordarbeiter (Schleifer, Tonzurichter usw.), wie sie innerhalb der letzten zwei Jahre in den einzelnen Fabriken bezahlt worden sind, sollen bestehen bleiben und schriftlich festgelegt werden. Die Tonzurichter haben zweimal 5 Proz. Zulage erhalten. Dies war vor zwei Jahren und innerhalb dieser Zeit sind dann in den einzelnen Fabriken diese 10 Proz. immer mehr verringert worden, so daß in den meisten Fabriken jetzt davon nichts mehr übrig ist. Weil aber die Lösung der Lohnfrage bei dieser Arbeiterkategorie eine besonders schwierige ist, muß die Arbeiterkommission dies mit in Betracht ziehen und an dem Zuschlag festhalten, der von den Unternehmern willkürlich abgezogen worden ist. Weiter erklärte Altendorf, daß die Kommission der Hilfsarbeiter die Festlegung der Preise für gepreßte Gitter, gemusterte Kacheln und Ecken abgelehnt und diese Angelegenheit der Töpferkommission überwiesen habe, weil diese Arbeit nicht ins Fach der Hilfsarbeiter falle und nur von Töpfern richtig taxiert werden könne. Dieses wüßten die Unternehmer recht gut, sie glaubten aber dabei im Trüben fischen zu können. Neumann ergänzte den Bericht, indem er ausführte, daß es ordentlich rührend gewesen sei, wie gerade in der letzten Frage die Unternehmer ihr warmes Herz für die Hilfsarbeiter entdeckten, während sie eingangs der Sitzung, als an ihr Mitgefühl appelliert worden wäre, sie erklärten, ihr Herz zu Hause gelassen zu haben. Als alle Vorstellungen der Arbeiterkommission nichts halfen, erklärten die Unternehmer, „wenn die Kommission die vorgeschlagenen Preise nicht festsetzen wolle, dann würden die an den Pressen beschäftigten Arbeiter entlassen und andere dafür angestellt werden." Diese Drohung der Unternehmer sei ein Grund mehr, die Festlegung der Preise an der Presse den Töpfern zu überlassen.

Alle Diskussionsredner stellten sich rückhaltlos auf die Seite der Kommission und die Versammlung stimmte dem zu. — Wenn die Unternehmer die Brandfackel entzünden wollen, die Folgen fallen einzig und allein auf sie zurück. Der Veltener Arbeiterschaft, deren größere Hälfte bereits jetzt außerhalb arbeitet, während die kleinere Hälfte in den Ofenfabriken nur noch vegetiert, kann es ziemlich gleichgültig sein, was die Unternehmer aus der Veltener Ofenindustrie noch machen werden.

Deutsches Reich.

Etwas von den Gelben.

Zu den hervorragendsten Stützpunkten der deutschen Streikbrecherbewegung zählt unzweifelhaft das Waldenburger Kohlenrevier. Nicht als ob die Reichstreuen, wie sich dort die „Gelben" zu nennen pflegen, über großen Anhang verfügen (zu einem solchen werden sie in dieser sozialdemokratischen Hochburg auch nie gelangen), wohl aber im Hinblick auf die Energie, die dort in der Bekämpfung der modernen Arbeiterbewegung entfaltet wird. Die Grubenmillionäre lassen sich den Kampf wider das „rote Gespenst", das ihren Profit bedroht, schon etwas kosten. Aus ihren Taschen wird der reichstreue Agitator Ermert bezahlt, der seinerzeit bei den Christlichen hinausgeworfen wurde und der jetzt bereits seit Jahren gegen ein Gehalt von 6000 Mark im Weinberge der Grubenherren unfruchtbare Arbeit leistet. Ferner erscheint in ihrem Auftrage allwöchentlich ein Blatt, der „Feierabend", dessen Spalten aus dem Reichsverband gespeist werden und das in Tausenden von Exemplaren an Gruben- und Fabrikarbeiter gratis abgegeben wird. Außerdem haben die Herren einen „Verein zur Förderung des Wohles der arbeitenden Klassen" gegründet, den die Arbeiter spöttisch den Verein mit dem langen Namen nennen und aus dessen Mitteln besonders willfährigen Leuten gelegentlich kleine Wohltaten bereitet werden. Also am guten Willen, die Arbeiterbewegung unterzukriegen, fehlt es den Grubenmagnaten wahrlich nicht und wenn trotzdem Partei und Gewerkschaften im Waldenburger Revier sich immer kräftiger entwickeln, so liegt es nicht daran, daß zu ihrer Bekämpfung zu wenig getan würde.

Wie sieht es aber in den „Kämpferreihen" aus, die die Grubenmagnaten gegen den Geist der Unzufriedenheit ins Feld zu führen haben? Schon seit Monaten ist das im Waldenburger Kreise verbreitete Parteiblatt der Arbeiter, die Breslauer „Volkswacht", fortgesetzt in der Lage, Enthüllungen über die Verhältnisse in den reichstreuen Vereinen zu veröffentlichen und zwar auf Grund von Akten, die aus dem fürstlich Pleßschen Schlosse in Waldenburg stammen und angeblich gestohlen sein sollen. Mysteriöses Dunkel schwebt über der ganzen Affäre, in die weder Haussuchungen in der Redaktion der „Volkswacht" noch in Bochum beim Abgeordneten Sachse für die Grubenherren Licht zu bringen vermochten. Auch ein eingeleitetes Strafverfahren gegen Unbekannt wegen des angeblichen Diebstahls hat ebenso wenig einen Erfolg gehabt, wie die Aussetzung einer Belohnung von 500 M. für denjenigen, der den „Unbekannt" ermittelt. Wie Keulenschläge haben aber diese Veröffentlichungen im reichstreuen Lager gewirkt, insbesondere gibt es heute im Waldenburger Revier kaum noch einen Arbeiter, der sich noch offen seiner Zugehörigkeit zu einem reichstreuen Verein zu rühmen wagte.

Ein besonders grelles Schlaglicht warf der Inhalt der veröffentlichten Aktenstücke auf die Buch- und Kassenführung in diesen Vereinen. Steiger Viertel, der, von der fürstlichen Verwaltung vorgeschoben, zum Kassierer gewählt worden war, sagt in einem geheimen Bericht über die Buch- und Kassenführung seines Vorgängers u. a. folgendes:

„Zahlen mit Bleistift geschrieben — ausradiert, mit Tinte geschrieben — ausradiert ... Für gezahlten Sekretariatsbeitrag a 20 Pf. waren statt Zahlen nur Punkte gemacht. Gelder zum Fahnenfonds wurden eingezogen, trotzdem die Fahne geschafft und bezahlt war. Im Kassenbuche war das eingenommene Geld aber nicht vermerkt. Die Quittungsbücher wiesen zahlreiche fehlende Abstempelungen für bezahlte Monatsbeiträge auf. Bei Kassenrevisionen wurden von den Revisoren nach dem vorhandenen Gelde die Zahlen umgeändert."

Von einer Abrechnung der Verbandskasse der reichstreuen Vereine, etwa gleichlautend mit der Abrechnung in einem Gewerkschaftskartell, erzählte der Hilfsrevisor in bezug auf den Kassierer Schmidt:

„daß sie schon mehrere Tage rechneten, die Kasse aber nicht stimmend bekämen. Herr Schmidt, der heutige Kläger, ließe auf Kosten der Verbandskasse ganze Lagen Bier und Zigarren auffahren" usw.

Weiter wurde ihm in den Akten zur Last gelegt, daß er anstatt Streitigkeiten in den einzelnen Vereinen zu schlichten, oftmals noch Oel ins Feuer gegossen und den Unfrieden tüchtig gefördert habe. Mit unglaublichem Absolutismus seien von ihm einzelne Vereine und deren Delegierten in den Verbandssitzungen bevorzugt, andere dagegen benachteiligt werden. In den Protokollbüchern seien falsche Eintragungen erfolgt und Anträge unterschlagen werden.

Konnte man nun des Verräters in den eigenen Reihen nicht habhaft werden, so glaubte man wenigstens die „Volkswacht" durch einen Bagatellprozeß zum Schweigen bringen zu können. Der in den Akten schwer kompromittierte Wettersteiger Schmidt wurde dazu ausersehen, sich „beleidigt" zu fühlen, und den Verantwortlichen unseres Parteiblattes, Genossen Wolff, zu verklagen. Am Montag hat nun vor dem Schöffengericht in Waldenburg Termin angestanden. Als Zeugen über die Richtigkeit der in den Akten behaupteten Tatsachen wurden Bergwerksdirektor Eckert, Maschinenmeister Gläser, Grubensteiger Viertel, Wiegemeister Baumann, Hilfswiegemeister Seidel, Grubenaufseher Spitzer, sowie der Reichstreue Sekretär Ermert vernommen, während Bergrat Pistorius, der gegenwärtig seinen Wohnsitz in Kattowitz hat, kommissarisch vernommen worden war.

Die Echtheit des Aktenmaterials mußte von den Zeugen zugegeben werden, dagegen verlegten sich sämtliche Zeugen in bezug auf die behaupteten Tatsachen auf die Taktik, sich auf nichts mehr erinnern zu können. Sekretär Ermert schilderte den Wettersteiger Schmidt als einen äußerst brauchbaren Vereinsbeamten, dem in den Akten Unrecht geschehen sei. Bergrat Pistorius hat ausgesagt, unter der Leitung des Schmidt hätten die reichstreuen Vereine ihren Hauptzweck, die Lage der Bergarbeiter zu heben und der Sozialdemokratie entgegen zu arbeiten, immer mehr in den Hintergrund treten lassen und seien zu bloßen Vergnügungsvereinen geworden. Er hege die Vermutung, daß Bergwerksdirektor Gruneberg bei passender Gelegenheit mit Schmidt Rücksprache genommen habe und ihn veranlaßt haben dürfte, sein Amt niederzulegen.

Das Gericht erkannte auf 500 M. Geldstrafe. Die „Volkswacht" habe sich bei ihrer Veröffentlichung die in den Akten behaupteten Tatsachen zu eigen gemacht, die Verhandlung habe aber nicht ergeben, daß diese Tatsachen erweislich wahre seien.

Demnach steht fest, daß die Reichstreuen untereinander sich die größten Schlampereien vorzuwerfen haben, daß aber Fernstehende diese Schlampereien nicht als feststehend anzusehen das Recht haben.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Ein politisches Bombenattentat.

Täbris, 28. Oktober. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) In Maranda, im Hause des Gouverneurs Schuds-hanissams, der in Täbris an der Spitze der Anhänger des Schahs gekämpft hat, explodierte gestern abend beim Oeffnen einer aus Täbris eingetroffenen Postsendung eine Bombe. 11 Personen wurden verwundet. Der Gouverneur und sein Sohn sind ihren Verletzungen erlegen.

Verantw. Redakt.: Georg Davidsohn, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Abgeordnetenhaus.

4. Sitzung. Mittwoch, den 28. Oktober 1908, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertische: Frhr. v. Rheinbaben.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die

erste Beratung des Lehrerbesoldungsgesetzes.

Abg. v. Dittfurth (k.): Eine Aufbesserung der Lehrerbesoldung war eine dringende Notwendigkeit geworden, da die jetzige Art der Besoldungen eine der wesentlichsten Ursachen der Landflucht der Lehrer war. Es ist zu begrüßen, daß die neue Vorlage die ländlichen Lehrer den städtischen ungefähr gleich stellt. Ein Einheitsgehalt in Stadt und Land muß unser Ziel sein. Dann werden wir auch eine bodenständige Lehrerschaft auf dem Lande erhalten.

Abg. Glattfelder (Z.): Wir halten die Aufbesserung der Lehrer- und Lehrerinnengehälter, wie sie die Vorlage vorsieht, nicht für ausreichend. Wir müssen endlich dafür sorgen, daß die Volksschule Ruhe bekommt. Auch die Wartezeit der Lehrer sollte herabgesetzt werden.

Abg. Schiffer (natl.): Wir heißen grundsätzlich eine Gleichstellung aller Lehrer in Stadt und Land gut. Leicht ist uns diese Entschließung nicht geworden, da sie im Gegensatz zu der ganzen bisherigen Entwickelung steht. Aber wir sind zu der Ueberzeugung gelangt, daß die Verhältnisse sich so verändert haben, daß eine tiefgreifende Umgestaltung der Besoldungsverhältnisse notwendig geworden ist. Die Kommune muß die Trägerin des Schulunterrichts bleiben. Aber die Tätigkeit des Lehrers erfolgt im Interesse des Staates; deshalb muß der Staat alle Lehrer gleichstellen. Macht man die Kreise und eventuell weitere Kommunalverbände zu Trägern der Schullasten, dann wird das ohne größere Belastung des Staates möglich sein. Die Forderung der Lehrer, mit den Sekretären der Verwaltung gleichgestellt zu werden, ein Anfangsgehalt von 1800 M. ist durchaus berechtigt. Freilich dem Staate darf man diese Mehrausgabe von 70 Millionen nicht auferlegen, wir werden andere Wege suchen müssen. Wir vertreten weder Landlehrer noch Stadtlehrer, sondern die gesamte Lehrerschaft. (Lebhafter Beifall bei den Nationalliberalen.) Die Vorlage beseitigt die Landflucht der Lehrer nicht, ein Drittel, wenn nicht zwei Drittel aller Lehrer sollen erhöhte Bezüge bekommen, ist das Gleichstellung? Das ist doch die Schaffung einer Ausnahmestellung für die Mehrheit der Lehrer. Darauf können wir uns nicht einlassen. Man hätte bei der Vorbereitung dieser Vorlage die Lehrerschaft mehr hören sollen. Ich schließe mit dem Worte unseres verewigten Kardorff: die Volksschule muß politisch neutralisiert werden. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Nationalliberalen.)

Präsident v. Kröcher: Das Händeklatschen ist im Parlament ganz etwas Neues. (Heiterkeit.)

Ministerialdirektor Schwartzkopff: Herr Schiffer hat selbst zugegeben, daß sein Ideal von 1800 Mark Anfangsgehalt für heute nicht zu erreichen ist. Mit diesem Wechsel auf die Zukunft ist uns hier aber wenig geholfen, es kommt darauf an, was jetzt zu leisten möglich ist. Herr Schiffer steht auf dem Standpunkte des gegenwärtigen Systems: gesetzlich oktroyierte Mindestgehälter und im übrigen freie Bewegungen der Gemeinden. Die Vertreter der anderen Parteien wünschen dagegen für jetzt ein Einheitsgehalt für Stadt und Land. Zwischen diesen beiden Strömungen hat die Regierung zu vermitteln gesucht, indem sie die Mindestgehälter nach Möglichkeit erhöht hat und für die Bewegungsfreiheit der Gemeinden nur eine gewisse Grenze festgelegt hat. Ein allen Interessen gerecht werdendes Lehrerbesoldungsgesetz ist eine Unmöglichkeit, wir müssen uns auf einer mittleren Linie bewegen. Den Wünschen der Lehrer nach einem Einheitsgehalt steht gegenüber der Wunsch der Gemeinden nach freier Bewegungsmöglichkeit. Die Staatsregierung schätzt durchaus die Selbstverwaltung der Gemeinden, sie weiß, was sie dieser Selbstverwaltung zu danken hat. Es besteht aber auch ein gewisses Bedürfnis nach Ruhe auf dem Gebiete der Lehrerbesoldungsfrage. Zwischen diesen Interessen muß vermittelt werden. Für Oktroyierung von Mindestgehältern ist ja auch Herr Schiffer. Andererseits ist es klar, daß der Staat auch das Recht haben muß, bei der Festsetzung der Höchstgehälter durch die Gemeinden regulierend einzugreifen. Die Regelung der Vorlage kommt allen Interessen am besten entgegen. Die Erhöhung des Grundgehalts auf 1350 bis 3150 Mark ist zweifellos sehr erheblich und ist gerade mit Rücksicht auch auf die westlichen Gemeinden gewähret worden.

Abg. Frhr. v. Zedlitz (fk.): Die Vorlage ist zweifellos für die Entwickelung unserer ganzen Volksschule von entscheidender Bedeutung. Es fragt sich, ob wir auf dem bisher beschrittenen abschüssigen Wege fortschreiten sollen. Die jetzt vorhandene beklagenswerte Ungleichheit der Lehrergehälter auf dem Lande und in den großen Städten wird leider durch die Vorlage verewigt. Die Motive der Landflucht der Lehrer werden noch verschärft werden, wenn alle Lehrer in Städten über 25 000 Einwohner 200—750 M. Zulage erhalten. Dadurch werden die Lehrer in kleinen Städten und auf dem Lande zu Lehrern zweiter Klasse degradiert. (Sehr richtig! rechts.) Anders ist der Unterricht in den Großstädten; zweifellos schwieriger ist er aber unbedingt in den ein- und zweiklassigen Schulen. (Sehr richtig! rechts.) Nur bei ganz dringendem Bedürfnis dürfte von dem Normalgehalt abgewichen werden. Freilich müssen dann die Sätze des Einheitsgehaltes so hoch bemessen werden, daß ein Bedürfnis zu ihrer Erhöhung nur in ganz seltenen Fällen anzuerkennen ist. Die Lehrer müssen sowohl aus pekuniären wie aus Standesinteressen jede Gehaltsregelung ablehnen, die sie in die Klasse der Unterbeamten einreiht; sie müssen vielmehr den mittleren Beamten gleichgestellt werden. Wir legen das Schwergewicht nicht sowohl auf das Grundgehalt als auf die Alterszulagen, die besonders für die mittleren Jahre erhöht werden müssen. Es empfiehlt sich die Bildung von Zweckverbänden, um die Interessen der leistungsstärkeren und leistungsschwächeren Gemeinden auszugleichen. Berlin würde dabei etwa mit dem brandenburgischen Provinzialverband einen Zweckverband zu bilden haben. Es ist ein neuer Weg, den wir vorschlagen, aber nur auf diese Weise kann verhütet werden, daß die Schulen auf dem platten Lande degenerieren. (Bravo! bei den Freikonservativen.)

Abg. Cassel (frs. Vp.): Die große Mehrheit der Volksschullehrer ist durch die Vorlage schwer getäuscht. Wir werden alle Bestrebungen, das Grundgehalt sowie die Alterszulagen nach Möglichkeit zu erhöhen, energisch unterstützen. Der Herr Ministerialdirektor hat sehr anerkennende Worte für die Selbstverwaltung der Städte gefunden. Wir wissen ja, daß solchen schönen Worten meist keine Taten folgen. Im übrigen ist doch die Selbstverwaltung in Preußen für die Städte über 25 000 Einwohner gegeben worden. Die Leistungsfähigkeit der Städte richtet sich auch keineswegs immer nur nach der Einwohnerzahl; auch in kleineren Städten kann die Erhöhung der Normalgehälter sehr wohl notwendig und möglich sein. Nach einer Statistik des preußischen Lehrervereins würde sich nach diesem Gesetz das Gehalt der Lehrer in Städten von unter 25 000 Einwohnern in über 300 Fällen erniedrigen. (Hört! hört! links.) Gewiß kann den jetzt angestellten Lehrern das Gehalt nicht verkürzt werden, aber es ist ein unhaltbarer Zustand, wenn die neu anzustellenden Lehrer mit noch niedrigeren Sätzen zu rechnen haben, als die jetzt angestellten. Die Bremsbestimmungen müssen beseitigt werden. Eventuell müssen die Sätze, welche vorgesehen sind, erhöht werden. Auf alle Fälle muß den Gemeinden das Recht gewahrt werden, die Gehälter zu erhöhen. (Sehr richtig! links.) Die Vorlage verstößt gegen den Artikel 25 der Verfassung. Wir sind durchaus keine unbedingten Gegner eines zukünftigen Einheitsgehaltes. Wenn aber das Einheitsgehalt, wie es die Vorlage vorsieht, bemessen werden soll nach dem Gehalt der Assistenten, so ist das doch nur höhnisch aufzufassen. Nur, weil ein Einheitsgehalt in angemessener Höhe jetzt aus finanziellen Gründen nicht erreichbar ist, bekämpfen wir die Vorlage. Die Vorlage trägt einen durch und durch agrarischen Charakter. (Gelächter rechts.) Mit diesem Gesetz kann Preußen moralische Eroberungen nicht machen. (Beifall links.)

Das Haus vertagt sich.

Nächste Sitzung Donnerstag 10 Uhr (Lehrerbesoldungsgesetz).

Schluß 4½ Uhr.

Die sechste Konferenz des Agitationsbezirks Frankfurt a. M.

Am Sonnabend und Sonntag tagte im Gewerkschaftshause zu Wiesbaden die Konferenz der 13 Reichstagswahlkreise, die dem Agitationsbezirk Frankfurt a. M. angeschlossen sind. Mit den Mitgliedern des Agitationskomitees, den Reichstagsabgeordneten und Kandidaten der Kreise waren insgesamt 102 Vertreter, darunter auch 5 weibliche Delegierte, anwesend. Der Parteivorstand hatte zum erstenmal einen Vertreter entsandt und den Genossen Müller delegiert. Den gedruckt vorliegenden Jahresbericht erläuterte Provinzialsekretär Rudolph. Nach dem Bericht beträgt die Zahl der organisierten Genossen 14 196, gegenüber 14 615 am 30. Juni 1907. Der Mitgliederstand ging also in der Berichtszeit um 419 zurück. Der Grund dieses Rückganges wird in der Wirtschaftskrisis gegeben. Die Zahl der organisierten Genossinnen stieg von 850 auf rund 900.

Die Gemeindevertreterwahlen für Hessen-Nassau brachten für die Kandidaten der Sozialdemokratie über 5000 Stimmen. Es wurden neben einigen Mandatsverlusten rund 40 Genossen als Gemeindevertreter neu gewählt. Insgesamt sind in den 13 Reichstagswahlkreisen 202 Gemeindevertreter gewählt, gegen 164 im Jahre 1906 und 121 im Jahre 1905. Geklagt wird in dem Bericht, daß bei Gemeindevertreterwahlen leider auch in sozialdemokratischen Kreisen die Rücksichtnahme auf Dinge, die nach sozialdemokratischen Grundsätzen für sozialdemokratische Arbeiter nicht in Betracht kommen dürfen, eine verhängnisvolle, unserer Bewegung und unserem Einfluß in den Gemeindevertretungen nachteilige Rolle spiele. In seinen mündlichen Ausführungen kritisierte Parteisekretär Rudolph die bedauerliche Tatsache, daß in den 170 Parteifilialen die „Neue Zeit" nur 152, und die „Kommunale Praxis" gar nur 33 (bei 202 Gemeindevertretern!) Abonnenten habe.

Die Einnahmen und Ausgaben balanzieren bei einem Kassenbestand von 1750,30 M. mit 14 942,31 M. Unter den Einnahmen befinden sich die Posten: Zuschuß vom Parteivorstand 5565,65 M., Zuschuß der Unionbruckerei in Frankfurt a. M. 2000 M., Beiträge der Wahlkreise 8755,53 M. — Der Betrag der an den Parteivorstand abgeführten Quote von den Grundbeiträgen war 6313,80 Mark.

Ueber die Punkte Frauen- und Jugendorganisation referierte ebenfalls Genosse Rudolph. Er gibt ein Bild der Verhandlungen des Parteitages in Nürnberg in diesen Fragen. Als Mindestbeitrag für die Frauen schlägt er 20 Pf. pro Monat vor und 30 Pf. bei freier Zustellung der „Gleichheit".

In der Diskussion über diese Punkte, die sich lange hinzieht, wird bedauert, daß die Parteischriften so wenig gelesen werden. Einzelne Redner wünschen, daß mehr Gemeindevertreterkonferenzen abgehalten werden. Die Jugendorganisationsfrage habe die Partei ein Jahrzehnt zu spät aufgenommen. Parteisekretär Müller-Berlin erwidert darauf: Wie hat die Organisation der Erwachsenen vor 10 Jahren ausgesehen!? Die Genossen müßten mehr wie bisher ihre Kinder der Jugendorganisation zuführen. — Die Hanauer Genossen wenden sich gegen die Festsetzung eines Monatsbeitrages von 20 resp. 30 Pf. für die Frauen, sie schlagen einen Mindestbeitrag von 15 Pf. vor. Genossin Rudolph-Frankfurt spricht sich für einen höheren Grundbeitrag aus. Dann werden mehrere Anträge und Resolutionen angenommen.

Die erste Resolution fordert die Gemeindevertreter des Bezirks auf, Anträge auf Maßnahmen zur Milderung der Arbeitslosigkeit an die Gemeindevertretungen zu richten.

In einer Resolution zur Jugendfrage wird es den organisierten Genossen zur Pflicht gemacht, ihre Söhne und Töchter der Jugendorganisation zuzuführen. Als Grundbeitrag für die weiblichen Mitglieder werden 20 Pf. festgesetzt. Die „Gleichheit" muß den weiblichen Mitgliedern gratis geliefert werden; den einzelnen Wahlkreisen steht aber das Recht zu, einen höheren Beitrag als 20 Pf. festzusetzen.

Ein Antrag von Hanau besagt: „Der Parteivorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands wird ersucht, sich mit der Generalkommission der Gewerkschaften ins Einvernehmen zu setzen zwecks einer energischen Agitation unter den Gewerkschaftsmitgliedern zum Beitritt zur politischen Organisation sowie zum Abonnement der Parteipresse."

Zum Punkt Presse, der die Konferenz sehr eingehend beschäftigte, referierte Dorschu-Frankfurt a. M., der ein Bild der geschäftlichen Verhältnisse der „Volksstimme" gibt und dann ausführlich einen vom Bezirks-Agitationskomitee vorgelegten Entwurf für ein Regulativ der Preßkommission begründet. Die Genossen in den ländlichen Bezirken verlangen einen größeren Einfluß in der Kommission. Das Agitationskomitee schlägt eine proportionale Vertretung der Mitgliederzahl entsprechend vor. Auf je 1000 Mitglieder soll ein Vertreter kommen. Besonders erregt die Gemüter die Frage, ob die Redakteure der „Volksstimme" beratende oder beschließende Stimme haben sollen. Bisher hatten die Redakteure in der Preßkommission beschließende Stimme — ausschließlich bei persönlichen

Kleines Feuilleton.

Eigenartige Bilder vom Frauenleben in Bosnien zeichnet eine englische Beobachterin, die lange Zeit in Mostar und Serajewo geweilt hat. Die Kleidung der Frauen legt mehr Wert auf Prunk und Farbenpracht als auf Bequemlichkeit. Sie tragen auch in der heißesten Jahreszeit ein schweres schwarzes Uebergewand, dessen Aermel lose herabhängen. Dazu tragen sie eine düster aussehende und wenig kleidsame Kapuze, die das Gesicht beschattet. Außerdem sind die Züge aber beim Ausgehen noch mit dem Yaschmak, einem dichten Schleier bedeckt, in dem sich bisweilen ein Schlitz für die Augen befindet, häufiger aber gar keine Oeffnung ist, sodaß die Frauen nur sehr wenig Luft einatmen können. Die mohammedanischen Frauen sind zumeist gebildeter und fortgeschrittener als ihre christlichen Schwestern. Der „Harem", in dem die moderne Türkin ihr Leben verbringt, unterscheidet sich nicht allzusehr von dem „Heim" einer europäischen Dame, denn die Vielweiberei hat fast völlig aufgehört. Solch ein „Harem" ist einfach nur die Abteilung des Hauses, in der die Gattin, ihre weiblichen Verwandten und ihre Dienerinnen sich aufhalten. Nur die Gesetze, die die Verhüllung vor fremden Männern befehlen, werden noch streng gehalten und die Frau darf, nachdem sie den Schleier als heranblühendes Mädchen erhalten hat, sich keinem Manne mehr unverschleiert zeigen; auch ihr Gatte sieht erst ihr Gesicht nach der Heirat. Die Frauen tragen in Mostar türkische Kleidung; die Herrin des Hauses erscheint mit einer kleinen Krone über der Stirn als Zeichen ihrer Würde. Sie sprechen meist nur ihre Muttersprache und verstehen kein Deutsch. In Serajewo ist der europäische Einfluß viel stärker als in Mostar, obwohl es etwa acht bis zehn Stunden weiter östlich liegt. Die mohammedanischen Frauen erscheinen in hellerer Kleidung, häufig ganz in weiß; mit der dunklen Tracht haben sie nicht selten auch den Schleier abgelegt. In dem türkischen Viertel der Stadt tummeln sich die jungen Mädchen, die oft von wilder exotischer Schönheit sind, frei umher, und durch die kleinen Löcher in den Mauern der Frauenhäuser leuchten dunkle große Augen neugierig hervor. Doch im ganzen überwiegt das christliche Element; man sieht häufig die Nationalkostüme der Bäuerinnen, die sich in ihrem bunten Schmuck so deutlich von der türkischen Kleidung abheben.

Die Cholera in Bengalen. Indien hat im vorigen Jahre unter der Cholera ganz besonders zu leiden gehabt. In diesem Jahre war nach einem amtlichen Sanitätsbericht für Bengalen die Cholerasterblichkeit größer als seit vielen Jahren mit Ausnahme des berüchtigten Jahres 1900. Die Zahl der Todesfälle stieg auf 206 000, wogegen der Durchschnitt in den fünf Jahren 1902—1906 nur 130 000 betragen hatte. Die Ursache ist einesteils im schlechten Trinkwasser zu suchen und anderenteils in der Steigerung der Reispreise, die die ärmeren Schichten vielfach zum Genuß minderwertiger Nahrung zwang. In einzelnen Bezirken wurden die unhygienischen Zustände noch durch Ueberschwemmungen verschlimmert. Die Epidemie ist, wie dies so häufig geschieht, durch heimkehrende Pilger eingeschleppt worden. Sie trat in einer überaus schweren Form auf und wurde durch die Flucht der Einwohner vor dem herannahenden Würgengel in allerkürzester Zeit über weite Gebiete hin verschleppt. Die Arbeit der Sanitätsbehörden wird ganz außerordentlich durch die unausrottbare Gewohnheit der Eingeborenen, das Wasser beliebiger Tümpel zu trinken, erschwert. Der Regen schwemmt in all diese stehenden Gewässer Infektionsstoffe hinaus, und es ist vollkommen unmöglich, ihr Wasser zu reinigen. An die Desinfektion der Brunnen mit Kaliumpermanganat hat das Volk sich allmählich gewöhnt, jedoch nur in den Städten, während es auf dem flachen Lande, abgesehen von dem Unverstande der Ansässigen, unmöglich ist, die vereinzelten Brunnen zu übersehen. Einer der gefährlichsten Cholera-herde in Bengalen ist die Stadt Puri, weil sie das Ziel zahlreicher Wallfahrtszüge bildet. Die Eisenbahn hat die „Pilgersaison" auf das ganze Jahr ausgedehnt, wodurch die Gefahr noch zugenommen hat. Das nächste, was zu tun wäre, ist die Anlage einer gesunden Wasserleitung. Der Plan dazu ist auch von der Verwaltung der Provinz unter Bewilligung namhafter Geldmittel ausgearbeitet worden. Außerdem aber ist es nicht allein die schlechte Qualität der Nahrungsmittel, sondern auch der Mangel daran, der die Leute so weit herunterbringt, daß ihre Widerstandsfähigkeit gegen Erkrankung stark herabgesetzt wird. Die diesjährige gute Ernte wird hoffentlich dazu beitragen, die Schrecken der Cholera zu mildern.

Von den Verirrungen der Mode. Die „eleganten Damen", die, den heiligen Geboten der jüngsten Mode folgend, das Gewand, das ihren Leib deckt, so knapp als möglich gestalten und auf ein Minimum reduzieren, dürfen nicht etwa glauben, daß das, was sie da machen, etwas Neues sei. Ein Mitarbeiter des „Journal des Débats" unterzieht sich der Aufgabe, ihnen diese Illusion zu rauben. Die Neigung, den weiblichen Körper auf die Form eines spärlich bekleideten Rohrstockes zu bringen, ist wirklich nicht neu: blühte sie doch schon im zwölften und im dreizehnten Jahrhundert. Die modernen Futterale, die sich Roben nennen, haben eine auffallende Aehnlichkeit mit den Kleidern gewisser Statuen, die man an alten Kirchenportalen findet. Die heiligen Frauen und die Königinnen, die hier stehen, stecken auch in solchen eng anliegenden Scheiden, die mehr entkleiden als bekleiden: man erkennt eigentlich nur an gewissen kleinen Falten, daß das Fleisch bekleidet ist. Um noch enger anliegende Kleider zu finden, muß man bis zu den famosen „Merveilleuses" der Directoire-Zeit, die alle Gelüste der Erben der französischen Revolution entfesselte, hinab- oder hinaufsteigen. Damals saßen die Kleider so knapp und so prall, daß sich nicht einmal Taschen anbringen ließen; und da solch ein Kleid bei der ersten besten Gelegenheit platzen konnte, trug man auch nicht mehr, wie früher, die kleinen Geldbörsen und die Taschentücher in der Hand. Die kleinen Maroquinbörsen steckte man einfach in des Busens Falten — von wo man sie, wenn man sie brauchte, von galanter Hand herausholen ließ; das Taschentuch aber vertraute man einem Diener oder einem Freunde an. Die denkbar engsten Aermel der denkbar modernsten Mode wären den Zeitgenossinnen des Heiligen Ludwig noch ungeheuer weit und breit erschienen: die ganz eleganten Frauen ließen sich der Sicherheit halber die Aermel jeden Morgen von der Kammerzofe auf den Arm nähen und am Abend wieder heruntertrennen. Andere befestigten die Aermel mit Schnüren und Senkeln. Manchmal hefteten sich die Damen die Aermel nur oberflächlich an die Schulter, um sie mit einem Ruck losreißen und den Siegern im Turnier zuwerfen zu können. Die Ritter fühlten sich hochgeehrt, wenn sie für einen Frauenärmel ihr Leben aufs Spiel setzen durften. Bekannt war im mittelalterlichen Frankreich auch schon die heute so beliebte Form mancher Gürtel, deren Enden sich auf dem Bauche zu einer Spitze vereinen. Ja, unbekannt war im Mittelalter nicht einmal der berühmte Seitenschlitz der Robe, den etliche Pariser Turfheroinen jüngst wieder „zu Ehren" bringen wollten und dessen Debüt man fälschlich in die Zeit der „Merveilleuses" verlegt hat. Was jetzt so ungeheuren Skandal erregt, schien dem Pietismus des zwölften Jahrhunderts durchaus nicht allzu gewagt zu sein. Der Troubadour Robert von Blois läßt uns wissen, daß viele Damen gern „an des Körpers Seite ihr Fleisch hervorschimmern ließen"; schimmerte es allzu üppig, so dammte man es hier und da durch Knöpfe und Sicherheitsnadeln ein wenig ein. Nicht ganz zufrieden mit dieser Fleischausstellung waren die Prediger. Mit Eifer suchten sie nach einem charakteristischen Namen für die verräterischen Schlitze, und sie nannten sie „Fenster der Hölle" . . . Die modernen Prediger haben keine so lebhafte Phantasie!

Humor und Satire.

— **Steigerung.** — „Nein, ich sage Dir, wie meine Frau bei dem letzten Erdbeben aus dem Häuschen war, als unsere Möbel schwankten." — „O, da solltest Du erst meine Alte sehen, wenn die mich schwanken sieht!"

— **Sparsam.** — „Na, Sie fahren ja heute den ganzen Tag auf der Elektrischen!" — „Tu ich auch! Zu Hause ist großes Reinemachen, im Wirtshaus kostet's Geld, und hier bin ich abonniert."

— **Erklärung.** „Vater, was hast denn dös: Eulen nach Athen 'tragen?"

„Na, dös is' ungefähr a so, als ob Du Dir a Fassel Bier ins Hofbräuhaus mitnehmen tät'st!"

(„Meggendorfer Blätter.")

— **Humor des Auslandes.** „Mama, Mama, Georg hat mich ans Kinn geschlagen." — „Warum tat er denn das?" — „Weil er nicht an meine Backe reichen konnte."

(„Cleveland Plain Dealer.")

Frau Gaddie: „Mein Mann ist so unordentlich. Immer hängen ihm die Knöpfe herunter. — Frau Goode (streng): „Vielleicht sind sie nicht ordentlich angenäht." — Frau Gaddie: „Ja, das ist es. Er ist furchtbar nachlässig mit seiner Näherei."

(„Pick me up.")

Angelegenheiten —, nach dem vorgeschlagenen Regulativ sollen sie nur beratende Stimme haben. Das Agitationskomitee hat bei der Parteipresse (50 Parteizeitungen) eine Umfrage über die Rechte der Angestellten in der Preßkommission veranstaltet. Nach dieser haben die Redakteure bei 41 Zeitungen beratende, bei 8 beschließende Stimme und bei einer Zeitung sind sie in der Preßkommission nicht vertreten. Genosse Dr. Quarck gab im Namen seiner Redaktionskollegen eine Protesterklärung ab gegen das Vorhaben, den Redakteuren die beschließende Stimme zu entziehen. — Frankfurter Genossen wendeten sich scharf gegen das Regulativ, weil es die Rechte der Frankfurter Genossen, die Eigentümer der „Volksstimme" seien, beschneide, ihnen aber alle Lasten lasse.

Nach weiterer zum Teil heftiger Debatte werden bei der Abstimmung die Vorschläge des Agitationskomitees gegen die Stimmen der Frankfurter Genossen angenommen und dem Regulativ zugestimmt. — Dann wird über die allgemeine Haltung der „Volksstimme" diskutiert. Reichstagsabgeordneter Hoch-Hanau übt dabei scharfe Kritik an der prinzipiellen Haltung der „Volksstimme". Die grundsätzliche Haltung der „Volksstimme" müsse mit den Anschauungen in Einklang gebracht werden, die im Kreise bei den Parteigenossen vorherrschend sind. Hoch begründet einen Antrag, der das Agitationskomitee beauftragt, sich bei wichtigen Aktionen über die prinzipielle und taktische Haltung der „Volksstimme" mit der Redaktion der „Volksstimme" zu verständigen. Heinrich-Frankfurt a. M. wendet sich gegen den Antrag, damit würde nur eine Oberpreßkommission geschaffen. Schließlich zogen die Hanauer Genossen den Antrag wieder zurück. Bei der Wahl des Agitationskomitees werden die alten Mitglieder wiedergewählt. Die Tagesordnung war damit erschöpft. Vorsitzender Dittmann schloß die Konferenz mit einem kurzen Resumee.

25 Jahre sozialdemokratischer Arbeit in der Gemeinde.

25 Jahre sozialdemokratischer Arbeit in der Gemeinde. Die Tätigkeit der Sozialdemokraten in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung. Auf Grund amtlicher Quellen geschildert von Paul Hirsch. Buchhandlung Vorwärts, Berlin. Groß-Oktav, 552 Seiten, Preis broschiert 12,50 Mk.

Vor wenigen Tagen, leider erst nach dem 25jährigen Jubiläum am 18. Oktober, ist uns das eben bezeichnete Buch als Neuerscheinung der Vorwärts-Buchhandlung zugegangen.

Ein treffliches Werk.

Der Inhalt ist bei weitem reichhaltiger, als der Titel vermuten läßt. Weit entfernt von Schönfärberei, von trockener Registrierung oder von öder Geschäftserzählung enthält die umfangreiche Arbeit eine mit Bienenfleiß aus den amtlichen Materialien geschöpfte systematische Darstellung des Wirkens der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion Berlins. Plastisch tritt Seite für Seite die kommunale Tätigkeit Berlins und auf beinahe jedem Gebiet die vorwärtstreibende, fruchtbare Arbeit der sozialdemokratischen Stadtverordneten aus dem vom Verfasser mit lebendiger Frische zusammengestellten Material hervor. Wohin wir auch blicken: Anregungen und Anträge, die vor 25 Jahren verlacht, verhöhnt, verspottet wurden, brechen sich innerhalb der städtischen Verwaltung Bahn. Sozialdemokratische Anträge, die die bürgerlichen Vertreter der Stadtverordnetenversammlung und der Magistrat beinahe einstimmig abgelehnt hatten, werden nach einigen Jahren — oft nunmehr als Anträge der bürgerlichen Parteien — angenommen. Positive Arbeit unter strengster Einhaltung des prinzipiellen Standpunkts der Sozialdemokratie die Hülle und Fülle. Ein klassisches Dokument dafür ist das Buch, daß die entschlossene Festhaltung des Endziels der sozialdemokratischen Partei, die regste Förderin sozialreformatorischer praktischer Arbeit ist. Ist doch die Aufstellung unseres Ziels ein politisches Reformprogramm, das mit innerer Notwendigkeit — nicht nur zur Aufrechterhaltung und Belebung der Kampffähigkeit der Unterdrückten — aus sich selbst Reformen gebären muß, die schon heute zu verwirklichen sind. Bürgerliche Kurzsichtige, die da — der Wirklichkeit ins Gesicht schlagend — meinen, praktische Reformarbeit innerhalb der heutigen Gesellschaftsordnung sei mit dem Ziel und der Tätigkeit der Sozialdemokratie unvereinbar, müssen auf Grund der Lektüre der Hirschschen Schrift, wenn sie der Wahrheit die Ehre geben, zu demselben Zugeständnis gelangen, zu dem der Sozialdemokraten feindliche Oberbürgermeister Adickes kam, „daß gesunde und bedeutungsvolle moderne Entwickelungen aus dem sozialistischen Ideenkreise herausgewachsen sind".

Weit über den Rahmen der Stadt Berlin hinaus geht die Bedeutung des prächtigen Buches. Es schildert den Kampf der sozialdemokratischen Auffassung, nach der die Gemeinden soziale Körperschaften sind, mit der bürgerlichen Anschauung, daß die Gemeindeverwaltung nur eine Vermögensverwaltung sein solle. Die systematisch gegliederte, auf Grund einwandfreien Aktenmaterials erfolgte Schilderung ist der beste Anschauungsunterricht über die grundsätzlichen und praktischen Forderungen der Sozialdemokratie auf dem Gebiete der Kommunalpolitik.

Die „25 Jahre sozialdemokratischer Arbeit" ist ein unanfechtbarer Beweis dafür, daß fast alle sozialen Einrichtungen der Reichshauptstadt auf Anregungen der sozialdemokratischen Fraktion zurückzuführen sind, Anregungen, die, als sie das erste Mal auftauchten, von der Bourgeoisie mit Spott und Hohn zurückgewiesen, später wenigstens einer sachlichen Beratung für würdig gehalten wurden und sich schließlich nach harten Kämpfen durchgerungen haben.

Wie stolz sind die Vertreter des Bürgertums darauf, daß die Reichshauptstadt jetzt endlich im Begriff ist, auf dem Gebiete der Verkehrspolitik gesundere Bahnen einzuschlagen! Wir sind die letzten, die diesen Fortschritt ablehnen oder auch nur verkleinern wollten, aber wie steht es in Wirklichkeit? Als die Sozialdemokraten in den achtziger und neunziger Jahren die Kommunalisierung des Verkehrs forderten, da war der Freisinnsklüngel ganz entsetzt ob eines solchen Attentats auf die geheiligte privatkapitalistische Wirtschaftsordnung. Daß Berlin und mit ihm die Vorortgemeinden heute bemüht sind, sich aus der eisernen Umklammerung der großen kapitalkräftigen Aktiengesellschaften zu befreien, daß sie heute eingesehen haben, ein wie verhängnisvoller Fehler die Auslieferung des Verkehrs an das Privatkapital gewesen ist, das ist in erster Linie das Verdienst der Sozialdemokratie. Wieviel traurige Erfahrungen hätten die Gemeinden sich ersparen können, wenn sie schon früher dem Rat der Sozialdemokraten gefolgt wären!

Auch die bevorstehende Gründung des Verkehrsverbandes bedeutet ein wertvolles Zugeständnis an die sozialdemokratischen Ideen. Waren es doch gerade die Sozialdemokraten im Berliner Stadtparlament, die stets und ständig einer gemeindlichen Gesamtorganisation Berlins und der Vororte zur Förderung und zum Ausgleich gemeinsamer kommunaler Interessen das Wort geredet und die Notwendigkeit der Gründung von Zweckverbänden betont hatten.

Oder betrachten wir das umfangreiche Gebiet der kommunalen Arbeiterpolitik. Gewiß bleibt hier noch ungeheuer viel zu tun übrig, aber wer wollte leugnen, daß im Vergleich zu der Zeit vor 25 Jahren anerkennenswerte Fortschritte erzielt sind? Wenn heute in den einzelnen Betrieben Arbeiterausschüsse eingesetzt, wenn Anfänge von Arbeitsordnungen vorhanden sind, wenn der Lohn in Fällen von Krankheit und militärischen Uebungen fortgezahlt, wenn städtischen Arbeitern ein Erholungsurlaub gewährt wird, wenn ihnen unter bestimmten Voraussetzungen ein Ruhegehalt zugebilligt ist und allerdings in recht bescheidenen Grenzen für ihre Hinterbliebenen gesorgt wird — wem anders ist das zu danken als den Sozialdemokraten? Die Frage der Gewährung eines Sommerurlaubs z. B. hatten die Sozialdemokraten bereits in einem zur Beratung der Lohn- und Arbeitsbedingungen im Jahre 1900 eingesetzten Ausschuß angeschnitten, aber der Ausschuß hielt ihren Antrag „nicht für zeitgemäß". Als Singer und Tupauer im Jahre 1888 als erste die Frage der Pensionsberechtigung städtischer Arbeiter in die Debatte warfen, wurde ihnen nicht einmal eine Antwort zu teil, und als die Sozialdemokraten neun Jahre später die Einbringung einer Vorlage betreffend eine Pensionsberechtigung für die von der Stadt beschäftigten arbeitsunfähig gewordenen Arbeiter beantragten, da wurde ihnen entgegengerufen, man könne doch unmöglich jedem Kutscher, jedem Arbeiter, jeder Kuhmagd auf den Rieselfeldern Pensionsberechtigung beilegen. Die Versammlung ging über den sozialdemokratischen Antrag zur Tagesordnung über. Das war am 30. September 1897. Nach Verlauf von drei Jahren brachte der Magistrat eine Vorlage im Sinne des sozialdemokratischen Antrages ein und nun wurde zwar noch nicht die Pensionsberechtigung ausgesprochen, aber doch wenigstens der erste Schritt nach dieser Richtung unternommen. Wohin wir auch blicken, überall stoßen wir auf dem Gebiete der Arbeiterpolitik auf sozialdemokratische Spuren.

Das gleiche gilt für Fragen des Volksschulwesens. Die sozialdemokratische Fraktion der Berliner Stadtverordnetenversammlung ist es gewesen, die mutvoll den Kampf gegen die gewerbliche Nebenbeschäftigung von Schulkindern aufgenommen hat. Die Anregung des sozialdemokratischen Redners bei der Etatsberatung des Jahres 1893 auf Veranstaltung einer Enquete über die Zahl und das Alter der gewerblich tätigen Schulkinder stieß auf völlig unfruchtbaren Boden. Noch im Jahre 1897 fand die Kinderarbeit in der Stadtverordnetenversammlung warme Befürworter, die Forderung ihres Verbots wurde hohnlächelnd mit den Worten abgetan: „In das Ideal des sozialdemokratischen Zukunftsstaates mag das passen, uns aber paßt es vorläufig nicht". Trotzdem setzten die Sozialdemokraten die Ueberweisung ihres Antrages an einen Ausschuß durch, das Resultat war, daß vom 1. Februar 1900 ab die Kinderarbeit, wenn auch nicht völlig verboten, so doch nicht unwesentlich eingeschränkt wurde. Aehnlich verhält es sich mit der Anstellung von Schulärzten, einer Forderung, die die sozialdemokratische Fraktion seit 1890 fast alljährlich erhoben hat. Im Jahre 1890 ging die Mehrheit über den Antrag zur Tagesordnung über, im Jahre 1892 würdigte sie ihn der Beratung in einem Ausschuß, aber noch weitere fünf Jahre hat es gedauert, bis sie sich mit seinem Grundgedanken einverstanden erklärte. Die Anstellung von Schulärzten in Berlin ist das ureigenste Werk der sozialdemokratischen Fraktion. Auch die Schulspeisungen, denen jetzt endlich auch die Bourgeoisie eine gewisse Bedeutung beizulegen beginnt, sind schon 1897 von den Sozialdemokraten gefordert, aber von der Mehrheit, die sich durch das von dem damaligen Stadtschulrat an die Wand gemalte „Gespenst des Zukunftsstaates" gruselig machen ließ, rundweg abgelehnt worden. Schon die bloße Anregung, statistische Erhebungen über die Zahl der Gemeindeschüler anzustellen, die ohne Frühstück die Schule besuchen müssen, glaubte der Stadtschulrat mit dem Hinweis darauf abtun zu können, daß dies der erste Schritt zum Kommunismus sei. Und tatsächlich verfehlte das Argument nicht seine Wirkung.

Die obligatorische Fortbildungsschule, deren sich die Reichshauptstadt heute rühmt, hätte ohne die fortgesetzten Bemühungen der Sozialdemokraten wohl kaum jemals das Licht der Welt erblickt. Von 1891 an, wo die Fraktion zum ersten Male die obligatorische Fortbildungsschule beantragte, bis zum Jahre 1902, wo die Mehrheit endlich ihren Widerstand aufgab — welch ein gewaltiges Ringen um die Anerkennung eines Prinzips, das heute als ganz selbstverständlich gilt!

Im Januar 1892 verlangten die Sozialdemokraten die unentgeltliche Desinfektion — Uebergang zur Tagesordnung und die Aufstellung der urkomischen Behauptung, „solche Anträge sind unannehmbar, sie sind undebattierbar" war die erste Quittung der bürgerlichen Parteien auf diesen Vorstoß. Im Jahre 1893, 1900, 1904 und am 29. März 1906 wurden die gleichen Anregungen und Anträge abgelehnt. Am 4. Oktober 1904 stellte sich die Versammlung schon etwas freundlicher. Im Jahre 1907 wird der Antrag auf volle Gebührenfreiheit nochmals abgelehnt, ein abgeschwächter Antrag auf Außer-Hebung-lassen der Gebühr für Personen mit einem Einkommen bis 3000 Mark aber angenommen. Der Magistrat legt dann dar, daß der angenommene Antrag undurchführbar ist und schlägt volle Gebührenfreiheit für die auf gesetzlicher Verpflichtung beruhenden Wohnungs- und Effekten-Desinfektionen vor. Die Stadtverordnetenversammlung tritt dem Vorschlag am 28. November 1907 bei. Am 1. April 1908 tritt der 15 Jahre zuvor verhöhnte Antrag in Wirksamkeit.

Aehnlich ging es mit sozialdemokratischen Anträgen in Dutzenden von Fällen. All das führt uns das zur Besprechung stehende Buch anschaulich vor Augen.

Es ist unmöglich, in dem Raum einer Besprechung des Buches alle dort geschilderten Tätigkeitsgebiete dem Inhalt nach wiederzugeben. Ein großer Vorzug der Darstellung ist die wörtliche Anführung der wesentlichen Gründe und Gegengründe der Befürworter und Gegner sozialdemokratischer Anträge und die Darstellung der rechtlichen Lage des behandelten Gegenstandes.

In eine Einleitung und 18 Abschnitte ist das Werk zerlegt. Die Einleitung schildert uns die erste Beteiligung der Berliner Sozialdemokraten an den Stadtverordnetenwahlen, die Ausweisung des Genossen Ewald, die Vergewaltigungsversuche der Mehrheit, das allmählige Eindringen in alle Deputationen und die Stellung zur Budgetfrage. Der erste Abschnitt führt uns das kommunale Wahlrecht, die Verstöße gegen dasselbe, insbesondere gegen das Hausbesitzerprivileg und gegen die Erschwerung der Wahlrechts-Ausübung vor Augen. In den Kampf um das Selbstverwaltungsrecht führt uns der folgende Abschnitt. Bereits im Jahre 1884 beantragte Singer mit Unterstützung der übrigen sozialdemokratischen Stadtverordneten eine Petition zwecks gerechter Einteilung der Berliner Wahlkreise zum Reichs- und Landtage. Der Kampf um die Zulässigkeit der Petition zog sich jahrelang hin, bis schließlich die Stadtverordnetenversammlung im Jahre 1887 sich dem Widerspruch des Oberpräsidenten gegen die Behandlung der Materie fügte. 1895 setzten die Sozialdemokraten trotz oberpräsidialen Protestes eine Petition gegen die Umsturzvorlage durch: der Oberpräsident hatte diesmal das Nachsehen. 1898 begann der Kampf um die Ehrung der Märzgefallenen. Die Ausschaltung der städtischen Selbstverwaltung auf dem Gebiete des Schulwesen, das Vorgehen gegen die Paradeferien, die Fälle Kirschner, Kauffmann, Singer als Mißbräuche des Bestätigungsrechtes bilden den Schluß des zweiten Abschnitts. Die in zahlreiche Untertitel gegliederten folgenden 16 Abschnitte tragen die Ueberschriften: öffentliche Gesundheitspflege, Wohnungspolitik, kommunale Arbeiterpolitik und Sozialdemokratie, Ausbau der sozialen Gesetzgebung und ortsstatutarische Regelung, spezielle Arbeiterpolitik, Beamten- und Lehrerbesoldungen, Schul- und Erziehungswesen, Schulgesundheitspflege, Fortbildungsschulwesen, Armenpflege, Waisenpflege und Fürsorgeerziehung, Wirtschaftspflege (Elektrizitätswerk, öffentliches Anschlagswesen, öffentliche Bedürfnisanstalten, Apotheken, Leihämter), Verkehrspolitik, Eingemeindung und kommunale Zweckverbände, Kampf gegen polizeiliche Uebergriffe und Bevormundung, Steuerwesen, Verschiedenes (Publikation amtlicher Bekanntmachungen, Denkmal für die Märzgefallenen, Wählerlisten und Wahlzeit, Transport von Militärgefangenen, Gebrauch militärischer Schußwaffen, Notstandsunterstützungen, Entsendung von Arbeitern zu Studienzwecken, Anfertigung von Kunstwerken durch deutsche Bildhauer, Geldsammlungen in Gemeindeschulen, Ueberlassung von Schulräumen an die Arbeiter-Bildungsschule, Gesindebelohnungsfonds, Feuerbestattung, Tabakfabrikatsteuer, Koks- und Gaspreise, Krankenkassenfragen). Uebersichten über das Ergebnis der sozialdemokratischen Stadtverordnetenwahlen — 1884: 5, 1890: 11, 1892: 13, 1894: 16, 1900: 22, 1902: 28, 1904: 33, seit 1906: 35 sozialdemokratische Stadtverordneten — und statistisches Material über die Wahlen sind zum Schluß in Anlagen enthalten.

Es gibt kein Kapitel des Buches, das uns nicht drastisch die Wirksamkeit der Sozialdemokraten vor Augen führt. Mögen wir uns nun auf das Gebiet der öffentlichen Gesundheitspflege, mögen wir uns auf das Gebiet der Wohnungspolitik, auf das Gebiet der Steuerpolitik oder wohin auch immer begeben, immer und immer wieder gehen die Sozialdemokraten als Pfadfinder voran. Was uns das Kommunistische Manifest als charakteristisches Merkmal der Weltgeschichte im großen schildert, daß die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft die Geschichte von Klassenkämpfen ist, das wiederholt sich in der Berliner Kommunalgeschichte im kleinen. Gerade in den Gemeinden platzen aus leicht erklärlichen Gründen die Klassengegensätze oft aufs heftigste aufeinander. Die Klasse der Besitzenden, die infolge ihres gut gefüllten Geldsacks die Mehrheit hat, betrachtet die Gemeinden als Instrumente zur Befestigung ihrer Herrschaft, die Besitzlosen, deren Vertretung in keinem Verhältnis zu ihrer Zahl und Bedeutung steht, verlangen, sobald sie zum Klassenbewußtsein erwacht sind, gebieterisch ihren Anteil. So kommt es denn zu heftigen Kämpfen. Die Besitzenden pochen darauf, daß sie im Besitz und demzufolge auch im Recht sind, freiwillig sind sie für keinerlei Zugeständnisse zu haben, alles muß ihnen mühsam abgerungen werden. Und dennoch: unter dem Einfluß der Tätigkeit der Sozialdemokratie hat sich eine völlige Wandlung der Anschauungen vollzogen, der Gedanke des Manchestertums hat die Waffen gestreckt vor dem sozialen Gedanken, die Idee des Sozialismus ist im Vormarsch begriffen, ihr endgültiger Sieg ist nur noch eine Frage der Zeit. Das lehrt uns auch die besprochene Schrift eindringlichst.

Das Buch ist für Kommunalpolitiker aller Parteischattierungen unentbehrlich, enthält vortreffliches über die Kommunalpolitik hinausreichendes Agitationsmaterial und sollte in keiner Bibliothek, insbesondere in keiner Bibliothek einer gewerkschaftlichen oder politischen Organisation oder Redaktion fehlen. Unseren Genossen in städtischen und ländlichen Gemeinden wird das Werk ein sicherer Führer und Wegweiser sein, ihre Arbeitsfreudigkeit in Momenten des Mißmuts über anscheinend zu geringe Erfolge beleben und ihnen neuen Mut zum Kampfe geben. Wir können es auf das wärmste empfehlen. Für eine hoffentlich bald erscheinende zweite Auflage möchten wir die Anregung geben, den reichhaltigen, an sich sehr übersichtlichen Inhalt durch ein alphabetisches Schlußregister noch wertvoller zu gestalten.

ast.

Wiesenthal gegen Handke.

Eine Angelegenheit, die in der verflossenen Lohnbewegung der Rohrleger Berlins großes Aufsehen in den Reihen der beteiligten Arbeiter erregte, wurde am Mittwoch vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte in der Verhandlung einer Beleidigungsklage ausführlich erörtert, welche Wiesenthal gegen den zweiten Bevollmächtigten des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Genossen Handke erhoben hat. Der Klage liegt folgender Tatbestand zu Grunde: Die Arbeitgeber hatten den Tarif gekündigt, der vordem sowohl mit dem Deutschen Metallarbeiterverbande als auch mit dem Wiesenthalschen Allgemeinen Metallarbeiterverbande abgeschlossen war. Während die Arbeitgeber die Absicht hatten, mit den Vertretern der beiden Verbände gemeinsam zu verhandeln, lehnte es der Deutsche Metallarbeiterverband ab, gemeinsam mit dem Wiesenthalschen Verbande zu verhandeln, weil derselbe nicht als eine berufene Vertretung in der organisierten Arbeiterschaft gelten könne. In der Sache selbst war auch der Deutsche Metallarbeiterverband bereit, mit den Unternehmern zu verhandeln. Der Allgemeine Metallarbeiterverband verhandelte dann mit den Arbeitgebern vor dem Einigungsamt, der Deutsche Metallarbeiterverband, der an diesen Verhandlungen nicht teilnahm, stellte Forderungen auf Lohnerhöhung auf. In diesem Stadium der Bewegung verbreitete Wiesenthal in dem Organ seines Verbandes und in einem Flugblatt die Behauptung, die Leitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes habe an die Vertretung der Unternehmer geschrieben:

„sie (die Leitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes) bedauere die Kündigung des Tarifs, dessen Lohnsätze sie für angemessen hoch genug halten. Der Deutsche Metallarbeiterverband hätte den Tarif nicht gekündigt. Auch wird er keine Lohnerhöhung fordern. Ferner betrachten sie den Anschlag der Arbeitgeber, dessen letzter Zweck doch die Gründung eines gelben Vereinchens ist, nicht als Tarifbruch."

Auf diese von Wiesenthal verbreitete Behauptung antwortete Handke, der als Vertreter des Deutschen Metallarbeiterverbandes mit der Rohrlegerbewegung betraut war, in einer Versammlung und in einem Flugblatt: Ein solcher Brief, wie Wiesenthal behaupte, existiere nicht, der deutsche Metallarbeiterverband habe etwas derartiges nicht an die Arbeitgeber geschrieben, die Behauptung Wiesenthals sei eine gemeine, niederträchtige Lüge, eine Infamie, Wiesenthal solle ihn, Handke, wegen dieser Worte verklagen, wenn er den Mut dazu habe, usw.

Wiesenthal hat nun die Beleidigungsklage gegen Handke erhoben und dieser hat wegen verschiedener beleidigender Aeußerungen, die Wiesenthal in fünf Fällen gegen ihn gebrauchte, Widerklage erhoben.

Vor Gericht wurde durch das Zeugnis des Obermeisters Grün festgestellt, daß ein solcher Brief wie der, auf den sich Wiesenthal bezieht, in der Tat nicht existiert. Wie der Zeuge Grün weiter bekundete, hat Handke mit ihm ein Gespräch über etwaige Einleitung von Tarifverhandlungen geführt. Bei dieser Gelegenheit hat Obermeister Grün an Handke die Frage gerichtet, ob der Deutsche Metallarbeiterverband den Tarif gekündigt haben würde, wenn es die Unternehmer nicht getan hätten. Darauf antwortete Handke, das könne er nicht wissen, seine persönliche Meinung sei die, daß sein Verband den Tarif vielleicht nicht gekündigt haben würde. Davon, daß der Deutsche Metallarbeiterverband mit den Löhnen des alten Tarifs zufrieden war und keine Lohnerhöhung fordern würde, hat Handke, wie Obermeister Grün ausdrücklich angab, kein Wort zu ihm gesagt. Ebensowenig ist es wahr, daß Handke oder der Deutsche Metallarbeiterverband etwas derartiges an den Zeugen geschrieben

hat. Richtig ist dagegen nach Angabe des Zeugen Grün, daß dieser in der Sitzung des Einigungsamtes am 15. Juli einen Brief Handkes zum Teil verlesen hat. Dieser Brief enthält aber nichts anderes als die Ablehnung der Verhandlung gemeinsam mit dem Wiesenthalschen Verbande. Nach Schluß der Verlesung hat der Zeuge Grün Mitteilung von dem Inhalt des erwähnten Gesprächs gemacht, welches er mit Handke geführt hat.

Hieraus ist dann in der Weiterverbreitung ein Brief geworden, in dem sich Handke oder dessen Verband mit den Löhnen zufrieden erklärt haben soll. Diese tatsächlich unwahre Angabe Wiesenthals ist auch — wie andere Zeugen angaben — noch von ihm verbreitet worden, nachdem er durch Mitteilungen des Obermeisters Grün Kenntnis von dem wahren Sachverhalt hatte und demnach wissen mußte, daß der angebliche Brief überhaupt nicht existiert.

Was den anderen Teil der von Wiesenthal verbreiteten Behauptung betrifft, nämlich: der Deutsche Metallarbeiterverband habe den Anschlag der Unternehmer nicht als Tarifbruch angesehen, so wurde festgestellt, daß auch eine solche Aeußerung nicht vom Deutschen Metallarbeiterverbande gemacht worden ist. Hiermit verhält es sich vielmehr so: Der Allgemeine Metallarbeiterverband faßte den Anschlag der Unternehmer als Tarifbruch auf und rief deswegen die Entscheidung des Einigungsamtes an. Zu dieser Sitzung des Einigungsamtes war auch der Deutsche Metallarbeiterverband geladen. Er nahm aber nicht an diesen Verhandlungen teil und begründete das damit, daß er den Vorwurf des Tarifbruchs bisher nicht erhoben und deshalb keinen Anlaß zur Teilnahme an dieser Sitzung habe. Damit sollte jedoch — wie Handke hervorhob — nicht gesagt sein, daß sein Verband die Handlung der Unternehmer nicht als Tarifbruch betrachte.

Nachdem die Beweiserhebung soweit gediehen war, regte der Vorsitzende einen Vergleich an. Handke erklärte jedoch, er könne von dem, was er gegen Wiesenthal gesagt beziehungsweise geschrieben hat, nichts zurücknehmen. Der Vorwurf, daß sein Verband sich mit den Löhnen zufrieden erklärt und nichts zur Verbesserung derselben habe tun wollen, sei so schwer, die Beleidigung, die darin liegt, so perfide, daß die scharfen Ausdrücke durchaus berechtigt wären, mit denen er das Verhalten Wiesenthals kennzeichnete, der diese unwahre Behauptung in die Welt setzte, ohne sich vorher zu überzeugen, daß sie falsch sei.

Durch eine Reihe von Beweisanträgen, die Handkes Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Heinemann stellte, sollte erwiesen werden, daß Handke mit Recht gesagt habe, Wiesenthal sei ein Verbrecher an der Arbeiterbewegung. In dieser Hinsicht nahm der Verteidiger Bezug darauf, daß Wiesenthal die Behauptung verbreitet hat, er habe im Jahre 1905 ein Telephongespräch zwischen dem Kommerzienrat Borsig und Zernicke vom Deutschen Metallarbeiterverband mitangehört, der Inhalt des Gesprächs sei der gewesen, daß Borsig gesagt habe, die ausgesperrten Maschinisten und Heizer werden nicht wieder eingestellt, und daß Zernicke sich damit einverstanden erklärt habe. Diese Behauptung sei eine bewußt unwahre. Auch berief sich der Verteidiger auf den geladenen Genossen Wels, der Auskunft geben sollte über den von der Beschwerdekommission in Essen und Nürnberg und den vom Parteitage in Nürnberg einstimmig gefaßten Beschluß des Ausschlusses Wiesenthals aus der Partei, weil er durch Gründung seiner Sonderorganisation ein Verbrechen an der Arbeiterbewegung begangen habe. Die sozialdemokratische Partei sei die berufenste Instanz, diese Frage zu entscheiden. Diese Bemerkung gab dem Vorsitzenden Anlaß zu der Bemerkung: Dann müßten wir uns eigentlich für unzuständig erklären.

Zernicke, vom Gericht als Zeuge vernommen, erklärte auf das bestimmteste, daß er ein solches Gespräch mit dem Kommerzienrat Borsig nicht geführt habe, und daß diese Behauptung Wiesenthals Schwindel sei. — Wiesenthal blieb dabei, daß dieses Gespräch stattgefunden habe, und berief sich auf das Zeugnis des Kommerzienrats Borsig.

Das Gericht beschloß jedoch, von weiterer Beweisaufnahme abzusehen. — Damit waren die übrigen vom Rechtsanwalt Dr. Heinemann gestellten Beweisanträge abgelehnt, welche sich insbesondere darauf bezogen, daß Wiesenthal in der Rohrlegerbewegung Streikbrecher vermittelt, also eine Handlung verübt habe, die unter Arbeitern als ein Verbrechen an der Arbeiterbewegung angesehen wird.

Die hierzu geladenen Zeugen wurden nicht vernommen.

Der Vertreter des Klägers beantragte eine empfindliche Bestrafung des Angeklagten.

Rechtsanwalt Dr. Heinemann vertrat in längeren rechtlichen und tatsächlichen Ausführungen den Standpunkt, daß die Ausdrücke, welche der Beklagte zur Kennzeichnung der Handlungsweise des Klägers gebrauchte, nach Lage der Sache vollkommen berechtigt waren, und daß dem Beklagten der Schutz des § 193 zur Seite stehe. Ferner beantragte der Anwalt die Bestrafung des Widerbeklagten, jedoch liege dem Widerkläger nichts an einer empfindlichen Strafe. Die Höhe derselben möge das Gericht ermessen. Wiesenthal appellierte zum Schluß und, wie es schien, mit Erfolg, an die Tränendrüsen des Schöffengerichts, indem er in beweglichen Worten darüber klagte, daß er in seinem Beruf als Gastwirt durch den Boykott des „Vorwärts“ und des Metallarbeiterverbandes finanziell schwer geschädigt worden.

Das Gericht verurteilte den Beklagten Handke zu 100 M. Geldstrafe. Der Widerbeklagte Wiesenthal wurde freigesprochen. Wie aus der Urteilsbegründung hervorgeht, hat das Gericht beiden Parteien den Schutz des § 193 zugebilligt, aber gemeint, daß Handke durch die Form seiner Ausdrücke seinen Gegner beleidigt habe. Mögen auch die Angriffe Wiesenthals, die er gegen den Verband und Handke in seinem Organ und dem Flugblatt aufgestellt habe, objektiv unrichtig sein, so habe er Grün doch so verstanden, wie er dies niedergeschrieben habe. Bei Wiesenthal hat das Gericht sonderbarerweise nicht die Absicht der Beleidigung angenommen, obgleich er in fünf Fällen gegen Handke fast dieselben Ausdrücke gebrauchte, die dieser auf Wiesenthal anwandte. Die Berufungsinstanz dürfte das Urteil korrigieren.

Soziales.

Ein interessanter Kommunalwahlstreit

beschäftigte am 27. Oktober das preußische Ober-Verwaltungsgericht. Am 14. und 15. November 1907 fand in Trier eine Ersatzwahl für den verstorbenen Stadtverordneten Mohr statt, dessen Wahlzeit vom 1. Januar 1906 bis zum 31. Dezember 1911 lief. Die meisten Stimmen erhielt der Kommerzienrat Rautenstrauch. Am 19. November wurde das Wahlresultat bekannt gemacht. Herr Rautenstrauch, der bereits Stadtverordneter auf Grund einer Wahl der 1. Abteilung war, und dessen Wahlzeit Ende Dezember 1907 ablief, erklärte am 23. November dem Oberbürgermeister zu Protokoll, daß er das zurzeit von ihm bekleidete Amt niederlege und die auf ihn gefallene Ersatzwahl annehme. — Seine Wahl wurde angefochten. Es wurde folgendes geltend gemacht: Nach Entscheidungen des Ober-Verwaltungsgerichts müßten alle Voraussetzungen der Wählbarkeit schon zur Zeit der Wahl vorliegen. Das sei hier nicht der Fall gewesen, weil Doppelmandate unzulässig seien. Das Mandat werde erlangt durch Wahl, nicht durch ihre Annahme. Am Tage der Wahl bezw. am Tage der Bekanntmachung ihres Resultats sei aber R. noch Stadtverordneter gewesen. Bei Ersatzwahlen für vorzeitig aus der Gemeindevertretung Ausgeschiedene trete das Amt (im Gegensatz zu Ergänzungswahlen) sofort in Kraft. Also sei hier durch die Wahl ein unzulässiges Doppelmandat entstanden und die Wahl deshalb ungültig.

Der Bezirksausschuß erklärte jedoch die Wahl für gültig und das Ober-Verwaltungsgericht bestätigte das Urteil: Allerdings halte das Gericht daran fest, daß die Eigenschaften, von denen die Wählbarkeit abhängig ist (Alter usw.), schon zur Zeit der Wahl vorhanden sein müßten. Aber der Senat nehme nicht an, daß man schon durch die Wahl das Stadtverordnetenmandat erlange. Frühestens werde es durch die Annahme der Wahl erlangt. Allerdings hätte R. die neue Wahl nicht annehmen können, wenn das ältere Mandat blieb. Da er aber vor der Annahme des neuen Mandats das alte niederlegte, so hatte er aufgehört, Stadtverordneter zu sein, und sei berechtigt gewesen, das neue Mandat anzunehmen.

Aus Industrie und Handel.

Warenpreise im September.

Der die derzeitige Arbeitslosigkeit und Einnahmeverminderung infolge eingeschränkter Beschäftigung verschärfende Umstand ist der ungewöhnlich hohe Preisstand für Lebensmittel. Sowohl die Großhandelspreise als auch die im Kleinhandel geforderten Preise standen im September weit über dem Niveau der Vorjahre. Nachfolgend geben wir einige Angaben aus den Preiszusammenstellungen des Statistischen Amts der Stadt Berlin über die Preise im September. Die Preisermittelung für Brot stammt aus den Resultaten der Stichtage im September und Anfang Oktober; die Großhandelspreise beruhen auf Angaben der Kaufmannschaft. Danach kosteten:

	1901	1903	1905	1908
	pro 1000 Kilogramm in Mark			
Roggen . . .	185,00	180,61	152,63	**176,47**
Weizen . . .	159,75	158,77	170,02	**206,46**

Die Differenz zwischen den niedrigsten Preisen im Jahre 1903 und denen dieses Jahres beträgt bei Roggen 45,86 M., bei Weizen 47,69 M.; die Steigerung macht 35 Proz. aus bei Roggen und 30 Proz. bei Weizen.

Nicht ganz so erheblich sind die Preisunterschiede bei Roggenmehl. Sie betragen in der vorstehenden Vergleichung absolut pro 100 Kilogramm 3,58 M., prozentual 19 Proz. Die Bewegung der Preise zeigt diese Aufstellung:

	1901	1903	1905	1908
	pro 100 Kilogramm in Mark			
Roggenmehl .	18,65	17,88	19,60	**22,23**

Schroffer sind die Preissteigerungen bei Roggen- und Weizenbrot. Darüber orientiert folgende Zusammenstellung:

	1901	1903	1905	1908
	pro 1 Kilogramm in Pfennigen			
Roggenbrot . . .	24,23	23,68	24,98	**36,61**
Weizenbrot . . .	41,59	41,77	42,89	**52,46**

Hier ergeben sich folgende Erhöhungen: bei Weizenbrot 10,87 Pf. gleich 26 Proz., bei Roggenbrot 6,93 Pf. gleich 29 Proz. Arbeitslosigkeit, Hungerpreise und neue Steuerbelastung: eine nette Illustration zu dem bekannten Ausspruch von der gesicherten Existenz der Arbeiter!

Ueberfluß — aus Not.

Die „Baugewerksztg.“ entwirft von der Lage im Baugewerbe folgendes Bild:

„Wenig Arbeit und teures Geld. Das etwa ist die Signatur der gegenwärtigen Zeit. Hypotheken, selbst gute, sind schwer und dann auch nur gegen hohe Zinssätze und Provision zu haben. Dabei ist in Berlin und den Vororten Ueberfluß an Wohnungen, obgleich die Bautätigkeit schon seit zwei Jahren erheblich nachgelassen hat. Es schränkt sich beim Wohnungsmieten eben jeder ein. So wird durch notwendige Einschränkung ein Ueberfluß an Wohnungen geschaffen. . . . Die Steuern, welche das Reich und Preußen erheben wollen, um wieder geordnete Verhältnisse in ihren Säckel zu bringen und die Beamtengehälter aufzubessern, die bevorstehenden Anleihen, die politische Unsicherheit und die allgemeine wirtschaftliche Depression sind nicht geeignet, uns mit Hoffnung in die nächste Zukunft schauen zu lassen.

So wird der Winter unserem erwerbenden Mittelstande und den Arbeitern viele Arbeitslosigkeit bringen. Im preußischen Abgeordnetenhause werden auch schon Anträge vorbereitet, welche dahin gehen, die Regierung aufzufordern, den Schwierigkeiten gegenüber, welche für die Erwerbsklassen, insbesondere in den Großstädten, durch die gegenwärtige wirtschaftliche Lage entstanden sind, helfend einzugreifen durch möglichst beschleunigte Vergebung der im laufenden Etat vorgesehenen Arbeiten, insbesondere im Baugewerbe. Auch sollen die nächstjährigen Etats baldigst aufgestellt werden.“

Eine schärfere Kritik der bestehenden Verhältnisse als die Konstatierung, daß des Volkes Not einen Ueberfluß an Wohnungen schafft, kann es gar nicht geben. Tausende Familien müssen ihren Wohnungsbedarf einschränken, sie steigern dadurch die Krankheits- und Sterbeziffern, und Wohnungen stehen leer. — Göttliche Weltordnung!

Harpener Bergbau-Aktiengesellschaft.

Die Generalversammlung genehmigte die Verteilung einer Dividende von 11 Proz. Mitgeteilt wurde, daß der Ueberschuß des ersten Quartals des neuen Geschäftsjahres 4 780 000 M. betrage, der sich nach Absetzung von 322 000 M. für gelagerten Koks auf 4 458 000 M. ermäßige. Im vorigen Quartal belief sich der Ueberschuß auf 4 486 000 M., im ersten Quartal 1907 auf 5 882 000 M. Die Kohlenförderung sei im Vergleiche zum Vorjahre nur um 21 000 Tonnen geringer, die Einnahmen wären aber erheblich zurückgegangen, während die Gestehungskosten die gleichen blieben. Die Verkaufspreise für Kohlen und Koks seien bis zum 1. April 1909 festgelegt und bezüglich der neuen Preise Beschlüsse noch nicht gefaßt. Voraussichtlich werde aber das Kohlensyndikat der Hochofenindustrie, welche sich in einer schweren Krisis befände, durch ermäßigte Preise für Koks und Kohlen entgegenkommen.

Die Vertiefung des Rheins von St. Goar bis zur Mainmündung. Von großer Wichtigkeit für den späteren Verkehr auf dem Oberrhein dürfte eine Denkschrift des preußischen Ministeriums der öffentlichen Arbeiten werden. Die Denkschrift bezieht sich auf die Vertiefung des Rheins von Koblenz bis zur niederländischen Grenze. Es wird als technisch möglich bezeichnet, auf dieser Strecke eine Fahrwassertiefe von 3,50 Meter auf 150 Meter Breite herzustellen; doch erscheine es zurzeit nicht angezeigt, die jetzt 2,50 Meter tiefe Fahrrinne von Köln aufwärts bis Koblenz weiter zu vertiefen, da diese Tiefe für den örtlichen Schiffsverkehr genüge und für den durchgehenden Verkehr von den Ruhrhäfen nach dem Oberrhein eine weitere Vertiefung einstweilen ohne große Bedeutung wäre. Dagegen verspreche, da der Endpunkt der großen Rheinschiffahrt in der Hauptsache oberhalb des Mains liege, die Vergrößerung der jetzt nur 2 Meter betragenden Tiefe der Stromstrecke von St. Goar bis zur Mainmündung auf 2,50 Meter bei gewöhnlichem Niedrigwasser einen ungleich größeren Vorteil, eine Tiefe, wie sie in der Strecke zwischen Koblenz bis St. Goar überall vorhanden sei und auch in der hessisch-badischen Strecke oberhalb Mainz leicht hergestellt werden könne. Zum Beweise dafür wird auf den Schiffsverkehr hingewiesen. Jetzt müssen die die Felsen- und Rheingaustrecke zu Berg durchfahrenden beladenen Schleppzüge entweder bei der Beladung mit der geringeren Tiefe rechnen oder eingangs der Felsenstrecke leichtern, wodurch die Schiffahrttreibenden erhebliche Verluste erleiden. Die Zahl dieser Bergzüge war 1907 bereits auf 6418 gestiegen und auch die Größe der Schleppkähne hat erheblich zugenommen; das mittlere Ladevermögen der eisernen Fahrzeuge beträgt 1000 bis 1250 Tonnen, der größte Rheinkahn hat sogar 2680 Tonnen bei 3 Meter Tiefgang. Die geringe Fahrwassertiefe macht sich namentlich bei langandauernden Niedrigwasserständen sehr fühlbar. Es wird für das Mittel der Jahre 1906 und 1907 berechnet, daß für Schiffe von 2,30 Meter Tiefgang sich bei einer Mehrtiefe von 50 Zentimeter die Zahl der ungestörten Schiffahrtstage, das heißt derjenigen, an denen die Fahrzeuge die Strecke mit voller Ladung befahren können, sich im Jahr um 69 — von 199 auf 268 — vermehrt haben würde und für den Zeitraum von 1898—1907 würde das durchschnittliche Mehr sogar 81 betragen haben. Der gesamte Schiffsverkehr auf dem Rhein würde eine größere Förderung und Erleichterung erfahren, dadurch, wie die Denkschrift annimmt, die Schiffahrtsselbstkosten und damit auch die Frachten sich wesentlich ermäßigen müßten; einmal wegen der besseren Ausnützung des Kahnraumes, dann wegen der Ersparnis an Leichterungskosten, Treidelkosten, Versicherungsgebühren für Schiff und Ladung und schließlich Ersparnis an Zeit im Schiffahrtsbetriebe, da die Durchschleusung des Bingerlochs mit viel weniger Aufenthalt erfolgen kann. Diese Vorteile würden dem gesamten Verkehr sowohl auf dem Rhein wie auf dem Main zugute kommen. Namentlich würde auch Frankfurt von der Rheinvertiefung profitieren.

Aus der Frauenbewegung.

Frauenstimmrecht.

Aus der Erkenntnis heraus, daß die Revolutionierung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse durch die kapitalistische Entwickelung die Verleihung vollen Bürgerrechts an die Frau gebieterisch erheischt, daß ferner in den politischen und wirtschaftlichen Kämpfen der Arbeiterklasse das Interesse der Frauen an der Politik und ihre ungehemmte Mitarbeit nicht entbehrt werden kann, hat die Sozialdemokratie von jeher die Forderung des Frauenstimmrechts in ihrem Programm erhoben. Keine andere politische Partei hat sich bisher zu dieser ersten Forderung aufzuschwingen vermocht. Wohl gibt es unter den bürgerlichen Politikern hier und da einige platonische Freunde eines beschränkten Frauenwahlrechts. Die Ausdehnung des allgemeinen, geheimen und direkten Wahlrechts auf die Frauen aber wird selbst von sich liberal nennenden Männern im allgemeinen nicht gewünscht, und nur in der kleinen Parteigruppe der Demokratischen Vereinigung hat die Frauenstimmrechtsidee neuerdings eine Freistatt gefunden. Die Demokratische Vereinigung der ehemaligen Linksliberalen hat seit ihrem Austritt aus dem freisinnigen Block eine ungemein rührige Agitation für ihre Ideen inszeniert, ohne es zu einer irgendwie erheblichen Machtentfaltung bringen zu können. Soll die Demokratische Vereinigung doch an ihrem Hauptwirkungsplatze, in Berlin, nur 3000 Mitglieder, darunter 120 Frauen, zählen. Von einem so winzigen Parteigebilde ist aber nicht zu erwarten, daß es dem Kampfe um das Frauenstimmrecht innerhalb der Bourgeoisie einen Anstoß von irgendwelcher Bedeutung zu geben vermöchte.

In einer Versammlung, welche die demokratischen Vereine Schöneberg und Charlottenburg nach den Auguste-Viktoria-Sälen einberufen hatten, wurde am 22. Oktober über das Frauenstimmrecht referiert und debattiert. Frau Toni Breitscheid gab zunächst einen Ueberblick über die Geschichte des Frauenstimmrechtsgedankens, der 1776 in dem amerikanischen Staate New Jersey zum erstenmal verwirklicht wurde. Seitdem ist der Ruf nach dem Frauenstimmrecht nicht mehr verstummt. So wurde er in Frankreich, zur Zeit der Revolution, von Condorcet und Olympe de Gouges, später in England durch Stuart Mill und Cobden erhoben. Heute fordern wir das Frauenstimmrecht, weil die Frauen, die einen so großen Teil der Erwerbstätigen bilden, nicht länger als Bürger zweiter Klasse behandelt werden können. Sie müssen ein Recht haben, mitzuwirken an der Gesetzgebung, vor allem in den Fragen, die sie so nahe angehen, den Fragen der Wirtschaftspolitik, der Handelsinteressen, der Sozialpolitik und der Schulpolitik. Das ganze Gebiet der inneren Politik wäre so recht eigentlich die Domäne der Frau. Diese aktive Beteiligung der Frauen an der Politik müßte allerdings auch ihre Zulassung zu allen Aemtern in den Ministerien usw. in sich schließen. Die Demokratie könne in ihrem eigenen Interesse gar nicht anders, als die Forderung des Frauenstimmrechts zu der ihrigen zu machen und aufklärend und belehrend die Interesselosigkeit in dieser Frage zu bekämpfen. Hätten die Frauen das Stimmrecht erst errungen, so würden sie es nach allen Erfahrungen, die man in anderen Ländern gemacht, gewiß nicht schlecht anwenden.

An den Vortrag schloß sich eine uferlose Debatte, die beim Frauenstimmrecht begann und bei der lang ausgesponnenen Erörterung der Mängel des Geschichtsunterrichts in unseren Schulen schloß. Frau Cauer hatte in ihrer temperamentvollen Art die Bemerkung der Referentin angefochten, daß die Frauen ihr Interesse hauptsächlich der inneren Politik zuwenden würden. Innere und äußere Politik lägen so nahe beieinander, meinte sie, daß die Frauen geradezu die Pflicht hätten, sich ganz besonders auch mit der auswärtigen Politik zu beschäftigen, um so mehr, als die Männer sich so wenig darum kümmerten. Selbst die meisten Abgeordneten im Reichstage zeigten ein außerordentlich geringes Verständnis für die Fragen der äußeren Politik und verließen sich darin lieber ganz auf Bülow. Wenn die Frauen sich so wenig mit diesem wichtigen Gebiete beschäftigten, so läge dies daran, daß ihnen der jammervolle Geschichtsunterricht in unseren Mädchenschulen das Verständnis der politischen Zusammenhänge außerordentlich erschwere. Einen derartigen Entschuldigungsgrund hätten die Männer für ihre schwächliche Haltung in der Politik nicht. — Diese Bemerkung gab den Anlaß zu der erwähnten Schuldebatte, in der alle Redner, mit Ausnahme eines Oberlehrers, nachwiesen, daß der Geschichtsunterricht der Knaben in der Volksschule wie im Gymnasium nicht minder mangelhaft sei, daß besonders die Geschichte des 19. Jahrhunderts entweder gar nicht oder ganz einseitig im Interesse des Hohenzollernhauses behandelt würde. Von so ungenügend unterrichteten Männern könne man auch nicht mehr als politische Kannegießerei erwarten.

Mit einer Aufforderung, dem Kampf um das Frauenstimmrecht durch Beitritt zur Demokratischen Vereinigung mehr Nachdruck zu geben, schloß die Versammlung.

In New York fand jüngst die zehnte Jahreskonferenz des Sozialdemokratischen Frauenvereins statt. 36 Delegiertinnen waren anwesend. Am 1. Oktober 1908 wurden 14 Zweigorganisationen gezählt. Für organisatorische Zwecke wurden im Laufe des Jahres 990,78 Dollar (4000 M.) ausgegeben. Die Konferenz beschloß, daß sich der Sozialdemokratische Frauenverein, der außer New York noch Organisationen in New Jersey und in Pennsylvanien besitzt, verschmelzen solle mit der „Socialist Women Society“ (Gesellschaft sozialistischer Frauen) von New York. In bezug auf die Frage des Frauenstimmrechts wurde der folgende Antrag angenommen:

„Die zehnte Jahreskonferenz des Sozialdemokratischen Frauenvereins ersucht die Sozialistische Partei der Ver. Staaten, gleich nach der Wahl eine energische Agitation zugunsten des Frauenstimmrechts in die Wege zu leiten und dadurch den Beschlüssen des Internationalen Stuttgarter Kongresses nachzukommen und verpflichtet sich der sozialdemokratische Frauenverein, der Partei moralisch und finanziell zur Seite zu stehen in diesem Kampfe.“

Ferner wurde beschlossen, für ein Amendement zur Verfassung des Bundes sowohl wie zu den einzelnen Staatenverfassungen einzutreten, um die Gleichstellung der Geschlechter in politischer Beziehung zur Anerkennung zu bringen.

Zahlabende.

Sechster Wahlkreis. 5. Abteilung Donnerstag, den 29. Oktober, bei Hübner, Wattstr. 7. — 4. Abteilung Freitag, den 30. Oktober, 8½ Uhr, bei Leppien, Brunnenstr. 30; dann regelmäßig jeden dritten Freitag im Monat in den bekannten Lokalen.

Schlächtergesellen von Berlin und Umgegend! Heute abend 9 Uhr: Große Protestversammlung im „Gesellschaftshaus Berliner Musiker“, Kaiser-Wilhelm-Straße 18 m. Tagesordnung: 1. Herrn Dröderts Behauptungen über Gesellenmangel in Berlin, seine Lockungen nach zugereisten Gesellen und seine „Aufstellung“ über 655 unvermittelt gebliebene 10 bis 20 M.-Lohn-Stellen im Lichte der Wahrheit! Referent: Kollege Paul Bergmann. 2. Diskussion.

Verband der Friseurgehilfen Deutschlands. Heute abend ½10 Uhr Rosenthaler Straße 57.

Lese- und Diskutierklub „Wilhelm Liebknecht“. Heute bei Eichhorn, Danziger Str. 93. Gäste willkommen.

Vermischtes.

Ueber die Zeppelinfahrt

am Dienstag hat der Reichskommissar Kapitän Mischke einem Vertreter des „Schwäbischen Merkur" über die gedachte Fahrt des Ballons „Zeppelin I" unter anderem folgende Mitteilungen gemacht: Die Fahrt war anfangs durch den starken Nebel erschwert, was aber die Navigierung sehr interessant gestaltete. Immerhin hielt man es infolge des Nebels für angezeigt, nicht zu weit in das Land hinein zu steuern. Man bewegte sich durchschnittlich in einer Höhe von 550 Metern, die größte Höhe, die erreicht wurde, waren 670 Meter. Ein besonders interessantes Höhensteuermanöver machte man bei Meersburg, wo man aus einer Höhe von 650 Metern rasch auf 50 Meter herabstieg. Bezüglich der Abnahme des Luftschiffes durch das Reich bezeichnete es Kapitän Mischke als wünschenswert, daß man nach Lage der Dinge die Abnahmebedingungen, die seinerzeit für den verunglückten Luftkreuzer Zeppelin II gestellt waren, mindere und insbesondere bei der gegenwärtig kalten Jahreszeit nicht an der 24-Stundenfahrt festhalte. Professor Dr. Hergesell rühmte an der Fahrt besonders die genaue Einhaltung der Fahrzeiten. Man wollte um 2 Uhr in Konstanz sein und traf auch auf die Minute dort ein.

Absturz von zwei Gaswaggons. Hierüber wird aus Stuttgart vom gestrigen Tage berichtet: Heute früh sind, wie der „Schwäbische Merkur" aus Friedrichshafen berichtet, zwei Waggons Gasflaschen, die für die Manzeller Luftschiffwerft bestimmt waren, bei der Trajektvorrichtung in den See gestürzt. Ein Waggon wurde völlig zerstört, während der andere unbeschädigt im See liegt.

Eine spätere Meldung aus Friedrichshafen besagt: Der bereits gemeldete Unfall der mit Wasserstoffgasflaschen für Manzell beladenen Waggons ereignete sich infolge des Bruchs einer Kuppelung. An den in den Hafen gestürzten Wagen werden die Dächer eingeschlagen. Direktor Colsmann, Dr. Eckener und sämtliche Ingenieure des Grafen Zeppelin sind an der Unfallstelle. Der Sachschaden läßt sich noch nicht übersehen.

Friedrichshafen, 28. Oktober. Für morgen ist wieder ein Aufstieg geplant. Da in den Morgenstunden hier sehr starker Nebel herrscht, wird der Aufstieg voraussichtlich am Nachmittag vor sich gehen. Die Reichskommissare sind im Laufe des heutigen Tages wieder abgereist, nur Professor Hergesell gedenkt, noch einige Zeit zu verweilen. Für die nächsten Tage ist eine Dauerfahrt nicht beabsichtigt. Im Hafen ist man noch immer damit beschäftigt, die Gasflaschen aus den in den Bodensee gestürzten Eisenwagen nach Manzell zu schaffen.

Ueber einen verwegenen Bankraub wird aus Budapest vom gestrigen Tage berichtet: In der Neupester Filiale der hiesigen Kommerzialbank erschienen heute mittag mehrere mit Revolvern bewaffnete Individuen, welche die Telephondrähte abschnitten, die Ausgänge verstellten und die anwesenden Beamten mit Erschießen bedrohten, falls sie Widerstand leisteten. Diese mußten, da sie unbewaffnet waren, Folge leisten. Die Räuber entnahmen sodann den Kassen 42 000 Kronen und flüchteten. Die Polizei wurde benachrichtigt und leitete weitestgehende Ermittelungen ein.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, „Fahrstuhl" wochentäglich abends von 7½ bis 9½ Uhr statt. Geöffnet 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Antrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Wiedererkennungszeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Bis zur Beantwortung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

W. S. 50. Zum Sühnetermin braucht die Beklagte nicht zu erscheinen, in Ihrem Falle wäre das Erscheinen überflüssig. Der von Ihnen geschilderte Sachverhalt wird voraussichtlich nur zur Begründung einer Klage auf Wiederherstellung des ehelichen Lebens ausreichen. Ist rechtskräftig auf Wiederherstellung des ehelichen Lebens erkannt, so hat der Kläger ein Recht, auf Ehescheidung zu klagen, wenn seine Ehefrau trotz erfolgter, ernstgemeinter Aufforderung innerhalb eines Jahres es unterläßt, das eheliche Leben herzustellen. Es würden also voraussichtlich in Ihrem Falle zwei Klagen erforderlich sein. Die Kosten würden etwa 200 Mark betragen. — **R. B. 72.** Soweit ersichtlich, handelte der Gerichtsvollzieher dem Gesetz und seiner Instruktion entsprechend. Eine Beschwerde wäre an das Amtsgericht zu richten, hätte aber kaum Aussicht auf Erfolg. — **J. T. 50.** In der Regel nein. Die unentbehrlichen Sachen müssen dem Schuldner bleiben. Was unentbehrlich ist, ist im Streitfall vom Gericht zu entscheiden. Bestimmte Gegenstände bezeichnet das Gesetz nicht als unentbehrliche. — **H. 100.** Berlin N. 39, Ravenésstr. 6, Quergeb. I. — **Baum 76.** Das Kammergericht stand früher auf dem Standpunkt, daß der Vater den Austritt seiner Kinder aus der Landeskirche nicht für dieselben erklären könne, daß vielmehr eine ausdrückliche Erklärung der Kinder nach Vollendung des 14. Lebensjahres erforderlich sei. Diese Ansicht hat das Kammergericht aber im Dezember 1905 verlassen. Es nimmt seitdem an, daß der Vater den Austritt seiner minderjährigen Kinder rechtsgültig erklären kann. Es genügt aber nicht, daß der Vater nur selbst austritt, er muß vielmehr die Austrittserklärung auch namens der Kinder erklären. Für jede der Austrittserklärungen wird eine Gebühr von 3 M. erhoben. — **W. 48.** Nein. — **Termin.** 1. Sie müssen sich vertreten lassen oder persönlich erscheinen, sonst ergeht ein Versäumnisurteil gegen Sie. 2. Nein, zumal es sich um einen Prozeß vor der Ehe handelt. 3. Ob der Gegner auf einen Vergleich eingeht, können wir nicht wissen. — **R. G. 50.** Für Schulden der Ehefrau braucht der Ehemann nur soweit aufzukommen, als die Schulden innerhalb des häuslichen Wirkungskreises der Ehefrau vorgenommen sind, er würde also beispielsweise für Schlächter- und Bäckerrechnungen, über Waren, die für den Haushalt geliefert sind, aufzukommen haben. Das Recht der Ehefrau, innerhalb dieses Wirkungskreises für den Mann Schulden zu machen, kann der Ehemann durch eine notarielle oder gerichtliche Erklärung, die in das Heiratsregister aufzunehmen wäre, beschränken oder ausschließen. Ob in Ihrem Falle eine Verpflichtung des Mannes besteht, ist nicht zu ersehen, weil Sie nicht angegeben haben, was eigentlich gekauft ist und ob Kauf oder Leihe vorliegt. Wiederholen Sie eventuell die Frage unter näherer Schilderung des Sachverhalts. — **K. H. 3.** Leider nein. — **R. M.** Gütergemeinschaft besteht auch ohne besonderen Vertrag zwischen den Eheleuten nicht. Zweckmäßig ist es aber, einen notariellen oder gerichtlichen Vertrag zu schließen, durch den das Verwaltungsrecht des Ehemannes aufgehoben wird und das Eigentum der Ehefrau ausdrücklich anerkannt wird. — **O. B. 13.** Wenden Sie sich an das Bureau des Transportarbeiterverbandes, Engelufer 15. — **Z. M.** Die von Ihnen genannte Kasse können wir keineswegs empfehlen. Ihre Frau sollte, sobald dies nach dem Statut zulässig ist, austreten. Zu empfehlen ist die Offenbacher Krankenkasse für Frauen und Mädchen, Prinzenstraße 66 bei Hnz. — **Kirchenmagen 1908.** In Berlin wird Kirchensteuer bei einem Einkommen von 1200 Mark aufwärts erhoben, an anderen Orten bei einem noch niedrigeren Einkommen. — **Sch. 3.** Richten Sie einen Antrag an den Magistrat Ihres Wohnsitzes. Derselbe ist berechtigt, aber nicht verpflichtet, die Rückzahlung zu verfügen. — **R. 17.** Nein. — **K. W., Tegel.** Der Lohn ist unpfändbar, soweit er 1500 M. jährlich nicht übersteigt. Diese Regel erleidet eine Ausnahme rücksichtlich der Steuern, die seit nicht länger als drei Monaten fällig sind, sowie rücksichtlich Alimentenforderungen. Alimente, die die Ehefrau oder eheliche Kinder zu beanspruchen haben, können in vollem Umfang vom Lohn beigetrieben werden. Bei Pfändungen wegen Alimentenforderungen außerehelicher Kinder muß dem Schuldner so viel bleiben, als er zu seinem notdürftigen eigenen Unterhalt und zum standesmäßigen Unterhalt seiner eigenen Familie (Ehefrau, Kinder) bedarf. Der Betrag ist von Fall zu Fall durch das Gericht festzusetzen. — **Bayerle, Tegel.** 1. Nur wenn dies vereinbart ist oder ein gesetzlicher Grund zur Entlassung vorlag. 2. War früher Ausschluß der Kündigungsfrist vereinbart, so würde sie in Ihrem Falle auch diesmal gelten. — **Recht 100.** 1. und 2. Nein. Wegen jeder dummen Redensart sollte man nicht zum Kadi laufen. — **W. M.** Das Statut gibt Aufschluß. — **G. W. 150.** 1. In 30 Jahren tritt Verjährung ein. 2. Ja: Sie müßten gegen diejenigen klagen, die die Erbmasse hinter sich haben. Zweckmäßig ist es, zunächst einen Antrag auf Erbteilung zu stellen. — **W. R. 77.** Die Klage hätte Aussicht auf Erfolg. Zunächst hätten Sie bei dem Amtsgericht, in dessen Bezirk Sie wohnen, Sühnetermin zu beantragen. Fällt der Sühnetermin fruchtlos aus, so lassen Sie sich ein Attest hierüber vom Gericht ausstellen, beantragen bei dem Armenkommissionsvorsteher oder dem Magistrat, Ihnen zu bescheinigen, daß Sie zur Tragung der Kosten außerstande sind. Sodann überreichen Sie das Attest über Fruchtlosigkeit des Sühneversuchs sowie die Bescheinigung dem Landgericht, in dessen Bezirk sie wohnen, legen den Sachverhalt dar, geben die Beweismittel für Ihre Behauptungen an und beantragen zwecks Ausstellung der Ehescheidungsklage Ihnen das Armenrecht zu bewilligen. — **R. M. 38.** Ueber die Höhe der Aussteuer besagt das Gesetz nichts. Nach § 1620 B. G.-B. ist der Vater event. die Mutter verpflichtet, einer Tochter im Falle ihrer Verheiratung zur Einrichtung des Haushalts eine angemessene Aussteuer zu gewähren, soweit er bei Berücksichtigung seiner sonstigen Verpflichtungen ohne Gefährdung seines standesmäßigen Unterhalts dazu imstande ist und nicht die Tochter ein zur Beschaffung der Aussteuer ausreichendes Vermögen hat. Der Anspruch auf Aussteuer verjährt aber in einem Jahre von der Eingehung der Ehe ab. — **E. Sch. 777.** Der Wirt ist nicht verpflichtet, wegen schlechten Geschäftsganges den Mieter vom Vertrage zu entbinden, kann vielmehr seine Rechte aus dem Mietsvertrage in vollem Umfange geltend machen. — **Z. W. 99.** Nein. — **Licht 334.** Der Inhaber eines möblierten Zimmers hat allein oder mit anderen das ausschließliche Verfügungsrecht über das Zimmer, nicht aber der Schlafstelleninhaber. Deshalb erachtet das Oberverwaltungsgericht den ersteren, nicht aber den letzteren für gemeindewahlberechtigt. Die anderen von Ihnen angeregten Fragen über die Rechte des Schlafstelleninhabers sind von Fall zu Fall auf Grund dessen, was vereinbart ist und nach den Grundsätzen von Treu und Glauben zu beurteilen. Eine Verpflichtung, sich ins Krankenhaus zu begeben, besteht, abgesehen von ansteckenden Krankheiten und behördlicher Anordnung, weder für den Chambregarnisten noch für den Schlafstelleninhaber. — **J. M. J. 83.** Das Geld würden Sie zu beanspruchen haben; richtig wäre es aber, es jetzt zu fordern und event. einzuklagen, weil Ihnen das Urteil des Gerichts nichts nützt, wenn keine genügende Masse vorhanden ist. — **J. Träger.** Nein. Der 1500 M. nicht erreichende Lohn ist nicht pfändbar. — **A. W., Marienburgerstraße.** Das können die Vereinsmitglieder halten wie sie wollen. — **H. H. 17.** Wenden Sie sich an Frl. Brenzke, Inspektrin für Handarbeitsunterricht, Müllerstraße 35. — **F. K. Sch. 1870.** 1. und 2. Ja. — **O. L. 120.** Eine Klage auf Aufhebung des Vertrages wegen des durch den Kinematographen verursachten Geräusches hätte nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn das Geräusch die Bewohnbarkeit in so beträchtlichem Umfange beeinträchtigt, daß nach Ermessen des Richters die Wohnung als solche unbewohnbar ist. In diesem Falle hätte der Wirt auch vollen Schadenersatz zu leisten, also auch die Umzugskosten zu ersetzen. Aussichtsvoller erscheint uns eine Klage, die darauf gerichtet ist, den Wirt zu verurteilen, Vorkehrungen zu treffen, durch welche das Geräusch auf ein erträgliches Maß herabgesetzt wird und eine Minderung des Mietspreises für die vergangene Zeit zu bewilligen. Sie können beide Klagen verbinden. Zuständig ist das Amtsgericht. Zweckmäßig ist es, daß Sie sich der Hilfe eines Anwalts bedienen. — **R. S. 10.** Gewerkschaftshaus, Engelufer 15. — **A. L. 39.** 1. Ein Jahr praktischer Arbeit ist vorgeschrieben. 2. Es heißt: es kostet mich, aber mir ist auch nicht falsch.

Amtlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. **Marktlage: Fleisch:** Zufuhr schwach, Geschäft ruhig, Preise unverändert. **Wild:** Zufuhr genügend, Geschäft lebhaft, Preise gut. **Geflügel:** Zufuhr reichlich, Geschäft schleppend, Preise nachgebend. **Fische:** Zufuhr mäßig, Geschäft matt, Preise wenig verändert. **Butter und Käse:** Geschäft ruhig, Preise unverändert. **Gemüse, Obst und Südfrüchte:** Zufuhr genügend, Geschäft schleppend, Preise ziemlich behauptet.

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 27.10. cm	seit 26.10. cm [1]	Wasserstand	am 27.10. cm	seit 26.10. cm [1]
Memel, Tilsit	114	+1	Saale, Grochlitz	68	0
Pregel, Insterburg	—23	+1	Havel, Spandau [2]	33	+1
Weichsel, Thorn	52	0	„ Rathenow [2]	23	—4
Oder, Ratibor	92	+4	Spree, Spremberg [2]	74	0
„ Krossen	67	+1	„ Beeskow	68	+1
„ Frankfurt	79	—1	Weser, Münden	—102	—4
Warthe, Schrimm	18	—3	„ Minden	—33	+3
„ Landsberg	2	+1	Rhein, Maximilianau	318	—6
Netze, Nordamm	—8	+1	„ Kaub	113	—2
Elbe, Leitmeritz	—73	0	„ Köln	89	—3
„ Dresden	—190	—2	Neckar, Heilbronn	35	—4
„ Barby	28	+3	Main, Wertheim	101	0
„ Magdeburg	50	—2	Mosel, Trier	16	0

[1] + bedeutet Wachs, — Fall, — [2] Unterpegel.

A. JANDORF & Co

Spittelmarkt | Belle Alliancestrasse | Grosse Frankfurterstrasse | Brunnenstrasse | Kottbuser Damm

Lebensmittel

Bis Sonnabend

Cervelatwurst Pfund 1.10, in Fettdarm Pfd. 1.25
Salamiwurst ..... Pfund 1.10
Teewurst ..... Pfund 1.20
Thür. Knoblauchswurst Pfund 1.10
Leberwurst ff. ..... Pfund 1.00
Landleberwurst ..... Pfund 90 Pf.
Zwiebelleberwurst ..... Pfund 48 Pf.
Mettwurst Braunschweiger Art ..... Pfund 95 Pf.
Rotwurst I ..... Pfund 80 Pf.
Rotwurst II ..... Pfund 48 Pf.
Schinkenspeck ..... Pfund 1.00
Nuss-Schinken ..... Pfund 1.15
Gänsebrust im Ganzen ..... Pfund 1.50

Tafel-Aepfel 5 Pfd. 40 Pf.

Gänse ..... Pfund 62 Pf.

Schweizer Käse Pfd. 70 Pf.
Tilsiter Käse Pfund 65 Pf.

Deutscher Kakao Pfd. 85 Pf.
Block-Schokolade ... Pfund 68 Pf.

Kognak ½ Flasche 1.00, 1.25
Rum Verschnitt, ... ½ Flasche 1.00, 1.50
Sort. Tafel-Liköre ..... ½ Flasche 68 Pf.
Halb u. Halb . Flasche 95 Pf.
Getreide-Kümmel ..... Flasche 95 Pf.
Alpenkräuter . Flasche 95 Pf.

Appetit-Silt Dose 25, 35 Pf.
Bismarkheringe Dose 45 Pf.
Bratheringe ..... Dose 45 Pf.
Russ. Sardinen od. Anchovis ..... Glas 24 Pf.
Delikateßheringe Dose 52, 82 Pf.
Sardinen in Oel, Dose 40, 65, 1.25
Hummern ½ Dose 1.45 ½ Dose 2.20

Kaffee ..... Mischung I 80, II 95, III 1.10, IV 1.30

Brech- u. Schneidebohnen ½ Dose 28 Pf.

Kassel. Rippespeer Pfund 74 Pf.

Verkaufsstelle für Abonnements-Marken der Grossen Berliner Strassenbahn und der Allgemeinen Berliner Omnibus-Aktien-Gesellschaft

Leiden Sie an Herzklopfen?

Dann trinken Sie Kathreiners Malzkaffee, der kein Koffein und auch keine anderen schädlichen Stoffe enthält.

Verantwortlicher Redakteur: Georg Davidsohn, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. Am Sonnabend, den 7. November cr., feiert der Charlottenburger Lotterieverein „Fortuna II“ in den Germania-Sälen, Charlottenburg, Spreestraße, sein diesjähriges Stiftungsfest. Da uns dieses Lokal zu Versammlungen nicht zur Verfügung steht, ersuchen wir alle etwa angebotenen Billetts zu dortigen Veranstaltungen entschieden zurückzuweisen.

Die Lokalkommission.

4. Wahlkreis. Die polnisch sprechenden Mitglieder möchten wir bitten, zum Zweck der Agitation ihre Adressen im Bureau des Wahlvereins, Stralauerplatz 1/2, abgeben zu wollen. —

Die nicht verkauften Urania-Billetts, die bis zum 2. November nicht zurückgegeben sind, werden als verkauft betrachtet und müssen unbedingt bezahlt werden.

Des weiteren ersuchen wir, die übrig gebliebenen Teilnehmerkarten vor Beginn der Vorträge im Bureau abzugeben.

Der Vorstand.

Adlershof. Heute, Donnerstag, den 29. Oktober, abends 8 Uhr, findet bei Kähne, Bismarckstr. 60, eine öffentliche Versammlung für Männer und Frauen statt. Tagesordnung: Religion — Kirche — Arbeiter. Referent: Genosse P. Göhre.

Hermsdorf-Glienicke. Am Freitag, den 30. Oktober, abends von 7 Uhr ab findet eine Handzettelverteilung statt. Treffpunkt für Hermsdorf im „Forsthaus“, für Glienicke bei Schulze. Sonntag, den 1. November: Oeffentliche Versammlung bei Heinrich Schulze in Glienicke, Hauptstraße. Vortrag: „Die Frauen und der Sozialismus“. Die Versammlung beginnt nachmittags 3 Uhr.

Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Der richtige Platz.

Stellt mich auf den richtigen Posten, und ich werde euch zeigen, was ich leisten kann! Wie ein greller Mißklang geht dieser Vorwurf durch die Lebenssinfonie derjenigen Erdenkinder, welche in der Wahl ihrer Eltern nicht vorsichtig genug waren. Das Lied vom Selfmademan, der aus sich selbst heraus es zu etwas bringt, ist heutzutage eine seltene Melodie geworden. Zum Reichwerden gehört mehr Glück als Verstand, eine große Portion Egoismus und die nötige Dosis Gewissenlosigkeit. Der eine liegt schon in der Wiege als Sechsdreierrentier oder gar als Millionär, die anderen Milliarden bringen es mit der ausgiebigsten Kraft ihrer Fäuste nicht zu Wohlstand. Und dabei schlummert gerade in der Volksseele, im Hirn der Arbeitermassen ein ungeheueres Quantum von Intelligenz, das nur geweckt und verwertet, nur an den richtigen Platz gestellt sein will. Ein Unding, vielleicht das schreiendste Unrecht der göttlichen Weltordnung ist es, daß fast nur die Kinder der Begüterten die mit den Geldmitteln der Eltern ererbte Gelegenheit haben, am Quell jener Wissenschaften zu trinken, die zu den höchsten und einträglichsten Stellen im Lande berechtigen. Freilich — nicht jeder Studierende nimmt die Weisheit mit Löffeln in sich auf, und nicht jedes Studium verbürgt eine fette Pfründe. Mancher lernts nie, nicht mal mit dem Nürnberger Trichter. Deshalb bekommt natürlich der leicht erworbene Doktortitel des reichen Jungen doch seine Sinekure. Man hat dem Volke, damit es nicht gar zu sehr belfert, ein paar Brocken hingeworfen, indem auch armer Leute Kinder den Eingang zur alma mater finden. Ein verschwindend geringer Prozentsatz der Volksschulkinder ist dazu auserwählt. Während das Kind wohlhabender Eltern, auch das dümmste, schon bei der Geburt bestimmt wird, einen Beruf zu ergreifen, der den Erzeugern keine Schande macht, wie es so hübsch arrogant heißt, müssen hunderttausende armer Kinder, die auf der Volksschule vorzügliches leisten, zu einem Erwerbsgebiet übergehen, das ihrer reichen Begabung nicht entspricht. Gute Schulleistungen machen allerdings keineswegs immer den tüchtigen Menschen. Hervorragendste Geister von Weltberühmtheit sind sehr mittelmäßige Schüler gewesen, und manches Talent in der Schule versagt im Strudel des praktischen Lebens.

In den im Verhältnis zum Ganzen überaus dünn gesäeten Fällen, wo auch der Unbemittelte auf der Stufenleiter des Wissens mit eigener zäher Kraft oder mit einem bißchen Staatshilfe zum freien Menschtum streben darf, stehen wir vor der ergreifenden Tatsache, daß der Weg zum Erfolg im Schneckentempo über tausend Entbehrungen und Demütigungen geht. Den Reichgeborenen mit dem vornehmen Namen und der Afterweisheit fallen die fettesten, machtgebietendsten Pöstchen fast mühelos in den Schoß. — dem ernsten, aber armen Wissenschaftler, der nicht gerade ein blendendes Genie ist, bleiben sie fast grundsätzlich versperrt.

Eine unendliche Fülle geistiger Fähigkeiten der unteren Volksklassen liegt brach, weil man trotz aller hochtönenden Erziehungsphrasen und Veredelungsleitsätze von oben herab das Volk in aufgepäppelter Dummheit erhalten will. Wir können wahrlich nicht alle die hohe Schule und die Universität besuchen. So hoch geht der Geistesflug der Arbeiterwelt nicht. Aber so gewiß Tausende studierter Leute mit dem wahren Werte ihres schmalen Wissens auf halbverlorenen Posten stehen, — so gewiß würden Tausende von Arbeitern, die heute den Hammer schwingen, der Welt unvergleichlich mehr leisten, hätte man sie vorurteilsfrei auf den richtigen Platz gestellt. Ob das wahre Licht der Macht des Wissens dem Proletarierleben noch mal leuchten wird? Vielleicht schon bald. Was man uns nicht gibt an wohlberechtigten Ansprüchen, sollen wir uns erkämpfen.

Für Darlehensucher bestehen bei der Berliner Gemeindeverwaltung ein paar Stiftungen, aus denen Darlehen unverzinslich hergegeben werden. Die wichtigsten sind die sogenannte „Friedrich Wilhelms-Anstalt für Arbeitsame“ (die aber keine „Anstalt“ im eigentlichen Sinne des Wortes, sondern ein Fonds ist) und die mit ihr verbundene „Biederseestiftung“. Aus der „Friedrich Wilhelms-Anstalt für Arbeitsame“ werden solchen Einwohnern Berlins, die durch Krankheit, durch Unglücksfälle oder durch Strafverbüßung arbeitslos geworden sind, zinsfreie Darlehen gewährt. Die „Biederseestiftung“ gibt gleichfalls zinsfreie Darlehen, und zwar solchen Einwohnern Berlins, die ohne ihr Verschulden in ihrem Erwerb zurückgekommen und vorübergehend beschäftigungslos geworden sind, im besonderen verheirateten Handwerkern, verheirateten Arbeitern, sowie selbständigen Arbeiterinnen. So stehts wenigstens in den Statuten, während in Wirklichkeit allerdings fast niemals Arbeiter und Arbeiterinnen, sondern aus beiden Stiftungen zumeist nur Handwerksmeister, kleine Beamte usw. ein Darlehen erhalten. Die Darlehen sollen innerhalb einer vorgeschriebenen Zeit in Raten zurückgezahlt werden.

Die „Friedrich Wilhelms-Anstalt für Arbeitsame“ wurde im Jahre 1840 gegründet mit einem Vermögen von 120 000 M., das sich durch weitere Zuwendungen und ersparte Zinsen bis zum Schluß des Etatsjahres 1907 auf 511 188 M. vermehrt hat, ungerechnet die noch ausstehenden Darlehenforderungen im Betrage von 48 377 M. und einem baren Kassenbestand von 7852 M. Das Vermögen der „Biederseestiftung“ betrug bei ihrer im Jahre 1869 erfolgten Gründung 24 000 M. und hatte beim Schluß des Etatsjahres 1907 dieselbe geringe Höhe, wozu aber noch ausstehende Darlehensforderungen im Betrage von 6539 M. und ein barer Kassenbestand von 3325 M. kam. Zur Gewährung von Darlehen dürfen nicht die Kapitalien verwendet werden, sondern höchstens die Zinsen, aus denen übrigens auch die Verwaltungskosten gedeckt werden müssen. Als Zinsen stehen aber zur Verfügung nicht nur die des laufenden Jahres, sondern jederzeit auch solche der vorhergehenden Jahre; denn die aus Zinsen der vorhergehenden Jahre gewährten Darlehensbeträge fließen ja durch Rückzahlung wieder den Stiftungskassen zu und werden immer wieder aufs neue als Darlehen ausgegeben. Würden von allen Darlehennehmern die Darlehen voll zurückgezahlt, so könnten die für die Darlehensgewährung verfügbaren Beträge Jahr für Jahr sich annähernd um den einkommenden Jahreszins (vermindert nur um die Verwaltungskosten) erhöhen, so daß Jahr für Jahr entweder die Zahl der Darlehen oder die Höhe der gewährten Beträge sich steigern könnte. In Wirklichkeit liegen aber bei beiden Stiftungen die Dinge viel weniger günstig. Nur zu oft fließen die gewährten Darlehen sehr viel langsamer in die Stiftungskassen zurück, als es mit den Darlehennehmern vereinbart wurde. Und nicht selten ergibt sich, daß das Darlehen, das ganze oder ein Teil davon, überhaupt nicht zurückgezahlt werden kann, weil der Schuldner inzwischen völlig verarmt ist.

So kommt es, daß der Segen dieser beiden Darlehenskassen (wenn man sie so nennen darf) bei weitem nicht einem so großen Kreis von Hilfsbedürftigen zuteil werden kann, wie es auf den ersten Blick scheint. Im Etatsjahr 1907 (1. April 1907 bis 31. März 1908) hat die „Friedrich Wilhelms-Anstalt für Arbeitsame“, wie wir ihrem jetzt vorliegenden Verwaltungsbericht entnehmen, nur 308 Darlehensucher berücksichtigt und im ganzen nur 29 615 M. Darlehen gewährt, so daß auf das Darlehen im Durchschnitt 96 M. kommen. In den letzten Jahren ist hier die Zahl der berücksichtigten Personen und die Höhe der dargeliehenen Beträge ganz auffällig zurückgegangen: in 1904, 1905, 1906, 1907 wurden an 506, 460, 394, 308 Personen im ganzen 52 555 M., 44 655 M., 38 320 M., 29 615 M. Darlehen gegeben, so daß im Durchschnitt auf das Darlehen rund 104 M., 97 M., 97 M., 96 M. kamen. Die „Biederseestiftung“ hat im Etatsjahr 1907 an nur 70 Personen nur 4445 M. gegeben, im Durchschnitt 63 M. pro Darlehen. Auch hier ist für die letzten Jahre eine starke Abwärtsbewegung zu konstatieren: in 1904, 1905, 1906, 1907 erhielten 108, 97, 80, 70 Personen im ganzen 6880 M., 6210 M., 5050 M., 4445 M., durchschnittlich 64 M., 64 M., 63 M., 63 M. pro Darlehen.

Mindestens die „Friedrich Wilhelms-Anstalt für Arbeitsame“ hätte es nicht nötig gehabt, ihre Wirksamkeit so bedeutend einzuschränken. Sie hat in den vier Jahren 1904 bis 1907 ihrem Kapitalvermögen 6400 M., 10 000 M., 20 150 M., 22 200 M. zugeführt, und zwar scheinen diese Beträge nicht aus neuen Zuwendungen, sondern (die Verwaltungsberichte lassen das im Unklaren) aus ersparten Zinsen herzurühren. Die gleichzeitig mit dieser Kapitalsvermehrung eingetretene Verminderung der Darlehenzahl und der dargeliehenen Beträge ist um so befremdlicher, als man annehmen muß, daß gerade in den letzten Jahren in demselben Maße, wie die Erwerbsgelegenheit sich verringert hat, die Gesuche um Darlehen aus diesen Stiftungen sich gehäuft haben werden. Wie groß übrigens die Zahl der überhaupt eingegangenen Gesuche war und um wieviel sie in den letzten Jahren sich erhöht hat, darüber sagen die Verwaltungsberichte leider nichts.

Die Markthallen-Deputation beschäftigte sich in ihrer Sitzung am Mittwoch mit einem Antrage des Stadtv. Hintze (Soz.) betreffend die Schließung einiger unrentabler Markthallen. Seit mehreren Jahren läßt der Verkehr sowie die Rentabilität unserer Markthallen viel zu wünschen übrig, und der seitens der Stadt erforderliche Zuschuß steigert sich fortgesetzt. Besonders sind es die Hallen III, IV, X, XI und XIII, in welchen sich von Jahr zu Jahr die Zahl der Standinhaber vermindert und die Einnahmen verringert haben. Während z. B. im Jahre 1888 in der Markthalle Mauerstraße von der gesamten zu besetzenden Fläche 63,8 % vermietet waren und die Einnahmen 142 744,55 M. betrugen, waren 1907 nur 20,5 % besetzt und eine Einnahme von 43 921,80 Mk. zu verzeichnen. Aehnlich liegt es in anderen Hallen. Der Aufwand für diese Markthallen ist ein ganz enormer und läßt daher die Forderung als gerechtfertigt erscheinen, diese ganz schwachbesetzten Hallen entweder zu schließen oder sie zu anderen Zwecken zu verwenden. Nach eingehender Diskussion und unter Hervorhebung des Faktums, daß von seiten der Deputation große Spezialhallen für Fleisch, Obst usw. in nächster Zeit errichtet werden sollen, wurde die endgültige Entscheidung über die Schließung dieser Hallen vertagt.

Auf einen sehr rückständigen Standpunkt stellte sich die Deputation bei der Beratung der Anträge des Arbeiterausschusses in bezug auf die Verkürzung der Arbeitszeit auf neun Stunden und die bescheidene Erhöhung des Tagelohnes von 3,75 M. auf 4 M., steigend von Jahr zu Jahr um 15 Pf. bis nach fünf Dienstjahren auf 4,75 M. Der Berichterstatter Stadtverordneter Sachs verlas die eingehend begründeten Forderungen der Markthallenarbeiter, ferner ein Rundschreiben des Berliner Magistrats an die Verwaltungen, in welchem mitgeteilt wird, daß derselbe empfiehlt, von einer generellen Erhöhung des Lohnes Abstand zu nehmen, die Wochenlöhne nicht zu genehmigen, die Verkürzung der Arbeitszeit abzulehnen und der geforderten Erhöhung der Ueberstundenentschädigung nicht zuzustimmen. Dieser vom reaktionären Geiste diktierte Standpunkt des Berliner Magistrats genügte dem Berichterstatter, um der Deputation die Ablehnung der Arbeiterforderungen unter Berufung auf die Stellungnahme des Magistrats zu empfehlen. Gleichwohl schien es, als ob er sich selbst dieser strikten Ablehnung schämte, indem er sich damit einverstanden erklärte, daß für die Reinigungsarbeiter und -Arbeiterinnen die Arbeitszeit von 9½ auf 9 Stunden herabgesetzt wird. In eindringlicher Weise bekämpften Schubert und Hintze diesen unverständlichen Standpunkt, indem sie darauf hinwiesen, daß die jetzigen Lebensbedingungen eine Erhöhung der bisher gezahlten Löhne rechtfertigen. Vergebliches Bemühen! Unter Berufung auf die gegenwärtige wirtschaftliche Depression, die eine Erhöhung der Löhne unmöglich mache, wurden alle Anträge unserer Genossen abgelehnt.

Viel vernünftiger und ja auch verständlicher war die Stellungnahme der Herren bei der Aufstellung von Skalen zwecks anderweiter Regelung der Beamtengehälter. Hier herrschte fast Einstimmigkeit in der Auffassung, daß bei der herrschenden Teuerung eine Aufbesserung erfolgen müßte. Und wie immer war man auch hier bestrebt, die Höhe der Zulage entsprechend der Höhe des Gehaltes zu bemessen. Gehaltsaufbesserungen in Höhe von 100 bis 1000 Mark war das Resultat der Beratungen. Wenngleich wir diesen Beamten eine Erhöhung ihres Gehaltes von Herzen gönnen, so müssen wir doch immer wieder auf die rückständige und ungleiche Behandlung den Arbeitern gegenüber hinweisen, die auch diesmal den Beweis erbringt, daß Berlins eigene Betriebe weit davon entfernt sind, als musterhaft bezeichnet zu werden.

Die Schädigung der Kinder durch den Schulbesuch tritt am augenfälligsten im ersten Schuljahr hervor. Die sechsjährigen Schulrekruten zeigen oft schon bald nach der Einschulung eine so erhebliche Veränderung ihres körperlichen Befindens und auch ihrer Stimmung, daß das keinem aufmerksamen Beobachter entgehen kann. Wie weit zu den Entwickelungsstörungen, die da auftreten, der Einfluß der Schule beteiligt ist, das wurde in der letzten Sitzung des „Berliner Vereins für Schulgesundheitspflege“ von dem Arzt Dr. Albu erörtert.

Gerade zu dem gegenwärtigen Zeitpunkt, wo der Beginn des Winterhalbjahres mit seinen Neueinschulungen erst wenige Wochen hinter uns liegt, muß für viele Eltern diese Frage von Interesse sein. Albu schilderte das Bild, das solche Kinder zu bieten pflegen. Sie verlieren ihre Munterkeit, beginnen zu kränkeln, klagen über Kopfweh, neigen zu Erbrechen, werden reizbar, zeigen geringen Appetit, aber großes Schlafbedürfnis. Aeußerlich verrät ihr Zustand sich durch Blässe der Haut, Schlaffheit der Muskulatur, schlechten Ernährungszustand, gesteigerte Herztätigkeit, Beschleunigung des Pulses usw. Man pflegt hier von einer „Schulanämie“ zu sprechen. Dr. Albu meint, daß dieser Zustand, der die Wurzel mancher erst in späterem Lebensalter auftretenden Neurasthenie bilde, mehr in den höheren Schulen als in den niederen, mehr bei den Kindern der Wohlhabenden als bei denen der Minderbemittelten zu finden sei. Er stützt sich dabei auf seine eigenen, wohl nicht ganz zufallsfreien Beobachtungen; seine Ansicht wird schwerlich von allen Beobachtern geteilt werden.

Unter den Ursachen der hier geschilderten Entwickelungsstörungen ist früher vornehmlich die schlechte Beschaffenheit der Schulluft angeführt worden, Albu aber möchte nicht sie an erster Stelle genannt wissen. Wichtiger scheint ihm der Umstand, daß das neu eingeschulte Kind plötzlich seiner Bewegungsfreiheit beraubt wird, in ein ihm fremdes Milieu hineingezwungen wird, sich vor eine ihm ungewohnte Aufgabe gestellt sieht, Körper und Geist in Fesseln schlagen lassen muß. Die körperliche Leistung wie die geistige Inanspruchnahme, die einem Schulrekruten zugemutet wird, werde von Erwachsenen zumeist sehr unterschätzt. Dazu kommen, daß durch falsche Erziehung und schlechte Gewöhnung die Last der Schule dem Kinde noch gesteigert werde. Spätes Zubettgehen, Teilnahme an aufregenden Festlichkeiten, Genuß von Kaffee oder gar Alkohol seien hier zu nennen, in ärmeren Familien auch noch Heranziehung der Kinder zur erwerbenden Mitarbeit.

Jeder weiß, daß bei weitem nicht alle Kinder den Schädlichkeiten des Schulbesuches in gleicher Weise unterliegen, obwohl sie ihnen alle ziemlich in gleicher Weise ausgesetzt sind. Albu sagt, bei manchen Kindern sei infolge einer allgemeinen konstitutionellen Minderwertigkeit von vornherein eine ungünstige Disposition gegeben, die ihre Widerstandsfähigkeit herabsetze. Er erklärt sich dagegen, daß man solchen Kindern durch Einrichtung besonderer Schulklassen zu helfen versuche. Mit der Vervollkommnung der schulhygienischen Einrichtungen müsse Hand in Hand gehen die Vermeidung häuslicher Erziehungsfehler. Man solle nicht in der Familie die Lebensgewohnheiten der Erwachsenen dem Kinde aufzwingen wollen, vielmehr müsse nach dem Kinde der ganze Zuschnitt des Hauswesens sich richten. Mit an erster Stelle nannte der Vortragende hier die Pflicht, dem Schlafbedürfnis des schulpflichtigen Kindes Rechnung zu tragen.

Dr. Albu gelangte zu dem Schluß: wenn den unter den Schädlichkeiten des Schulbesuches leidenden Kindern rechtzeitig ärztliche und erzieherische Hilfe zuteil werde, so könne den Störungen ihrer Entwickelung entgegengewirkt werden. Er unterließ es aber, darauf einzugehen, daß die Möglichkeit solcher Hilfe in unbemittelten Familien sehr viel weniger als in wohlhabender gegeben ist.

Der Verein Berliner Kinderheilstätte (E. V.), Vorsitzender Professor Dr. H. Neumann, welcher in seiner Anstalt schwächliche, pflegebedürftige und rekonvaleszente Kinder von 4 Jahren an verpflegt, ist am 1. Oktober 1908 von Dyrotz in ein eigenes Heim in Borgsdorf bei Birkenwerder übergesiedelt. Die Anstalt, welche Sommer und Winter geöffnet ist, befindet sich auf einem 12 Morgen großen Grundstück mit 6 Morgen Wald und ist mit allen modernen Einrichtungen versehen. Der Hausarzt wohnt in der Anstalt. Sie hat Raum für 80 Kinder. Im gleichen Hause befindet sich das Elisabeth-Kinderheim des Dr. Paul Croner, welches gleichen Zwecken dient, jedoch für Kinder von ¾—4 Jahren. Geschäftsstelle beider Anstalten: Berlin O., Blumenstr. 78, vorn part. l.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin. Sonntag, den 1. November, findet abends 7 Uhr im Schullokal, Grenadierstraße 37 die erste Mitgliederversammlung in diesem Winter statt. Ein Vortrag über: „Das Wesen und die historische Bedeutung der Religion und ihr Verhältnis zum Sozialismus“ wird den Abend einleiten, an den sich eine Diskussion schließen soll. Die Abende sollen dazu dienen, schwierigere Probleme der Arbeiterbewegung gründlicher zu behandeln, als es in öffentlichen Versammlungen möglich ist. Der Zutritt ist nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches gestattet.

Gegen die großen Zigarrengeschäfte mit ihren zahlreichen Filialen und deren Bestreben, den Achtuhr-Ladenschluß für sich durch Vorstelligwerden beim Oberpräsidenten abzuwenden, hat sich eine Versammlung selbständiger Zigarrenhändler gewendet, die gestern tagte. Sie beschloß, dem Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg sowohl wie dem Polizeipräsidenten von Berlin schriftlich Dank und Anerkennung für die Einführung des Achtuhr-Ladenschlusses auszusprechen. In dem Schreiben wird zugleich auf die unhaltbaren Verhältnisse hingewiesen, welche sich in der Zigarrenbranche herausgebildet haben. In vielen Filialgeschäften mußten die Angestellten von früh 7 Uhr bis abends 9 Uhr ununterbrochen tätig sein, ohne auch nur eine reguläre Mittagspause einhalten zu dürfen und angesichts des Ueberangebots von Arbeitskräften mußten sie zu dieser „Regelung der Arbeitszeit“ schweigen. Auch im Interesse dieser Leute, die ihr Mittagbrot neben der Bedienung der Kunden hinunterschlingen mußten, sei der Achtuhr-Ladenschluß nur mit Genugtuung zu begrüßen.

Aus dem Zuge gestürzt. Ein aufregender Unglücksfall hat sich gestern morgen am Bahnhof Gesundbrunnen zugetragen. Der 51 Jahre alte Maurer Wilhelm Grunde aus der Knobelsdorffstraße 55 hatte in einem Nordringzuge nach Weißensee fahren wollen. Am Bahnhof Gesundbrunnen glaubte er am Ziel zu sein und als sich der Zug wieder in Bewegung gesetzt hatte, sprang er aus dem Coupé heraus. Er stürzte auf die Schienen und blieb besinnungslos liegen. Bahnbeamte schafften den Verunglückten nach der Rettungswache, wo er die ersten Notverbände erhielt. G. hatte schwere Fleischwunden erlitten. Im Gesicht war dem Bedauernswerten ein Stück Fleisch förmlich herausgerissen worden. Auch erhebliche Abschürfungen hatte sich G. bei dem Unfall zugezogen. Er war mit dem Jackett am Wagen hängen geblieben und eine Strecke mitgeschleift worden.

Das Spielen mit einer Schußwaffe hat abermals ein junges Menschenleben gefordert. Der Buchhalter Artur Büchsler aus der Höchstädter Straße 17 war zu seinem Freunde, dem Graveur Artur Abeling, Buckower Straße 4, am Sonnabendabend zu Besuch gekommen, um von dort aus zu einem Vergnügen zu gehen. Während die beiden jungen Leute allein im Zimmer waren, trieben sie allerhand Allotria, und im Scherz zog Büchsler eine Browningpistole und schlug sie auf seinen Freund an. Im selben Augenblick krachte ein Schuß und Abeling brach tödlich getroffen zusammen. Im Urban-Krankenhause, wo der Verletzte Aufnahme fand, ist er kurz nach seiner Einlieferung gestorben. Büchsler erklärte bei seiner Vernehmung, er sei der festen Ueberzeugung gewesen, daß die Waffe nicht geladen war.

Abeling war im dritten Wahlkreise politisch organisiert und wird heute nachmittag 4½ Uhr von der Leichenhalle des Luisen-Kirchhofes in Rixdorf, Hermannstraße, aus statt.

Aus dem Polizeibericht. Vor dem Hause Ackerstr. 168 wurde Dienstag mittag ein unbekannter, etwa 40 Jahre alter, dem Arbeiterstande angehörender Mann von einem zweispännigen, mit Kies beladenen Arbeitswagen der Firma Otto Jenske überfahren und schwer verletzt. In einer Droschke brachte man ihn nach dem St. Hedwigskrankenhause, wo der Verunglückte den erlittenen Verletzungen — Rippenbrüchen und inneren Verletzungen — bald nach seiner Aufnahme erlegen ist. Die Leiche ist dem Schauhause zugeführt worden. — Als nachmittags die Frau Johanna Krause aus Reinickendorf-West mit einem Break die Brunnenstraße entlang fuhr, scheute plötzlich aus unbekannter Veranlassung das Pferd und raste davon. Vor dem Hause Nr. 174 schleuderte der Wagen dermaßen, daß Frau K. und ihr 15jähriger Sohn Willi vom Bock stürzten. Mit Quetschungen an Kopf und Beinen schaffte man Mutter und Sohn nach der Rettungswache in der Kastanien-Allee, wo man ihnen die erste Hilfe leistete. Dem Schutzmann Menze ist es gelungen, das Tier, nachdem er etwa 20 Meter mitgeschleift worden war, zum Stehen zu bringen.

Vom Erfindergeist im deutschen Kaiserhause. Kürzlich berichteten wir nach einer Korrespondenz, daß der Kaiser sich auch auf dem Gebiete der Technik betätige und zwar insofern, als ihm eine Erfindung einer Bremsvorrichtung zugeschrieben wurde. Jetzt kommt die Meldung, daß auch der Kronprinz etwas erfunden habe. Die letzte Ausgabe des „Reichsanzeigers" bringt unter den Patentanmeldungen folgende Nummer:

44a. W. 30 189. Manschettendoppelknopf mit zwei Oesenknöpfen. Wilhelm, Kronprinz des Deutschen Reiches und von Preußen, Kaiserliche Hoheit, Potsdam. 11. 7. 08.

In der Einleitung wird erklärend bemerkt: Für die angegebenen Gegenstände haben die Nachgenannten an dem bezeichneten Tage die Erteilung eines Patents nachgesucht. Hinter der Klassenziffer ist jedesmal das Aktenzeichen angegeben. Der Gegenstand der Anmeldung ist einstweilen gegen unbefugte Benutzung geschützt.

Die Zahl der Erfinder in der Manschettenknopfbranche ist ohnehin schon außerordentlich groß; bisher hatte noch kein einziges von den Hunderten von Manschettenknopfsystemen Bestand. Vielleicht ist jetzt durch den Kronprinzen der Stein der Weisen gefunden.

Zu dem Unglücksfall in der Fröbelstraße in der gestrigen Nummer unseres Blattes, bei dem ein alter Mann von einer Autodroschke überfahren wurde, teilt uns der Führer des betreffenden Kraftwagens mit, daß ihm an dem Unfall keine Schuld treffe, wie Zeugen bekunden könnten.

Ueber die Arbeitslosenversicherung mit besonderer Berücksichtigung der städtischen Arbeitslosenversicherung in Straßburg i. E. wird der Beigeordnete der Stadt Straßburg, Regierungsrat Dominicus am Montag, den 2. November d. J., abends 8¼ Uhr, in den Industriesälen, Berlin, Beuthstr. 19, der Gesellschaft für soziale Reform, einen Vortrag halten.

Feuerwehrbericht. Vorsätzlich in Brand gesteckt wurde in der letzten Nacht um 2 Uhr der linke Seitenflügel des Grundstückes Neue Königstr. 7, das von zahlreichen Parteien bewohnt wird. Zum Glück wurde von diesen die Gefahr frühzeitig bemerkt und schnell die Feuerwehr benachrichtigt. Als diese um 2 Uhr nachts an der Brandstelle erschien, brannten an mehreren Stellen in den Bodenkammern der Fußboden, die Balkenlagen u. a. Es gelang die Flammen so schnell zu löschen, daß die Brandstiftung festgestellt werden konnte. Von dem Täter fehlt bis jetzt jede Spur. Gleichzeitig hatte die Wehr in der Turmstr. 62 zu tun. Dort brannten in einem Keller Schalbecken, Balken u. a. Vorher hatte der 16. Zug in der Antonstr. 27 einen Kellerbrand zu löschen, Lumpen u. a. brannten hier. Der 1. Zug wurde nach der Dragonerstr. 19 alarmiert, wo im Erdgeschoß bei Kaiser das Zwischengebälk in Brand geraten war und aufgerissen werden mußte. Der 12. Zug rückte wegen Ausströmens von Gas nach der Lützowstr. 97 aus. Die Explosionsgefahr konnte bald beseitigt werden.

Auskunfts- und Formularausgabestellen für den Austritt aus der Kirche.

Die Freireligiöse Gemeinde hat, um Ratsuchenden sowohl in allen zum Kirchenaustritt gehörenden Fragen und unrechtmäßige Veranlagung zur Kirchensteuer sowie in anderen Kirchensteuer- und Schulreligionsunterrichtsangelegenheiten schnelle, bequeme und unentgeltliche Auskunft zu erteilen, folgende Auskunftsstellen in den verschiedensten Gegenden eingerichtet, woselbst auch Austrittsformulare (für Erwachsene und Kinder) unentgeltlich zu haben sind:

Berlin O.: Restaurant Brandes, Grüner Weg 2; Restaurant K. Kott, Strasmannstr. 29; Restaurant K. Voigt, Koppenstr. 84; Zigarrengeschäft W. Schrolle, Zorndorfer Straße 58. — Rummelsburg: Zigarrengeschäft R. Rieck, Kantstr. 22. — Berlin SO.: Zigarrengeschäft M. Mix, Skalitzer Straße 59; Seifengeschäft Fritz Kruse, Mariannenstr. 11. — Rixdorf: „Vorwärts"-Expedition, Neckarstr. 2. — Berlin S.: Zigarrengeschäft W. Boerner, Ritterstraße 15; Restaurant Georg Leu, Boeckhstr. 7. — Berlin W.: Restaurant K. Blaurock, Kurfürstendamm 187; Theatergarderobe B. Schröder, Passauer Straße. — Berlin NW.: Zigarrengeschäft G. Menz, Wilhelmshafener Straße 61. — Berlin N.: Restaurant Kowalczyk, Dalldorfer Straße 5; Zigarrengeschäft H. Vogel, Lortzingstraße 37; Zigarrengeschäft H. Ziehm, Bernauer Straße 48; Zigarrengeschäft M. Jsiema, Seelower Straße 25; Totengräber W. Krause, Pappel-Allee 15/17. — Berlin NO.: Friseur P. Schrolle, Landwehrstr. 3.; Zigarrengeschäft H. Kraft, Weberstr. 24a.

Außerdem: Für auswärts (brieflich, Rückporto beifügen) durch: O. Friederici, Südende bei Berlin, Mittelstr. 8. — Ad. Hoffmann, Berlin O., Blumenstr. 14. — Ad. Harndt, Berlin O., Rüdersdorfer Straße 48.

Wer bis zum 31. Dezember dieses Jahres seinen Austritt aus der Kirche bei Gericht vollzogen (also bis spätestens Ende November seinen Austritt beim Amtsgericht anmeldet), hat ein volles Jahr weniger Kirchensteuer zu zahlen.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf.

In recht flegelhafter Weise haben Individuen vor einigen Tagen ihrem Groll über die Einführung des Achtuhr-Ladenschlusses Luft gemacht. In der Nacht zum Montag wurde die Schaufensterscheibe einer Buchhandlung in der Hermannstraße dadurch beschädigt, daß um ein Plakat, welches auf den am 1. November in Kraft tretenden Achtuhr-Ladenschluß hinwies, mit einem scharfen Instrument tiefe Einschnitte gemacht wurden. In der darauf folgenden Nacht wurden in ähnlicher Weise die Schaufenster eines bekannten Parteigenossen, der im Nebenhause eine Buchdruckerei betreibt, beschädigt. Hier glaubten die Strolche noch ein übriges tun zu müssen: gleichfalls kräftig umrißt prangte hier ein Schildchen mit der Aufschrift „Sozialdemokratischer Lump".

Hoffentlich übt der Achtuhr-Ladenschluß auf die degenerierten Gemüter der Taugenichse eine heilsame Wirkung aus.

Die hiesige Zahlstelle des Deutschen Holzarbeiterverbandes hielt vor einigen Tagen ihre Generalversammlung ab. Zunächst behandelte Genosse Bruck das Thema: Die sozialpolitische Gesetzgebung. In der Diskussion hierüber betonte Heinrichs, daß die beste Gewähr für den Ausbau der sozialpolitischen Gesetzgebung ein fortwährendes Erstarken der politischen und gewerkschaftlichen Organisation sei. Die Abrechnung für das dritte Quartal 1908 ergab für die Hauptkasse eine Einnahme von 7582,60 Mark. In der Ausgabe steht die Arbeitslosenunterstützung mit 2081,90 Mark an erster Stelle. Auf die Krankenunterstützung entfallen 459,10 Mark, Streikunterstützung 150 Mark.

Die Einnahme der Lokalkasse betrug inklusive Bestand 13 422,17 Mark. Die Ausgabe für Arbeitslosenunterstützung betrug hier 1210,05 Mark, die Krankenunterstützung 936,50 Mark, die Streikunterstützung nur 89,40 Mark. Die Zahl der arbeitslosen Mitglieder ist von 89 im vorigen Monat auf gegenwärtig 121 gestiegen. Die Einnahme der 25 Pfennigbeiträge betrug insgesamt 1696 Mark. Ausgezahlt sind bis jetzt an die ausgesteuerten Mitglieder 1627 Mark. Die Mitgliederzahl beträgt 950. Am 7. November findet das diesjährige Stiftungsfest in Hoppes Festsälen, Hermannstraße 49 statt.

Wilmersdorf.

Arbeitslosenzählung. Wie man uns mitteilt, hat auch der hiesige Magistrat den Beschluß gefaßt, die Arbeitslosenzählung in derselben Weise wie Berlin am 17. November vornehmen zu lassen.

Friedenau.

Staat, Kirche, Schule lautete das Thema, über das Genosse Adolf Hoffmann in einer gut besuchten öffentlichen Versammlung unter lebhaftem Beifall referierte. Die Geistlichen des Ortes waren zu dieser Versammlung schriftlich eingeladen, doch hatte sich keiner der Herren eingefunden, um die Kirche gegen die Angriffe des Referenten in Schutz zu nehmen. Das Erscheinen des Herrn Pfarrers Görnandt hatte man ganz bestimmt erwartet, da man nach seinen dichterischen Leistungen gegen die Umstürzler annehmen konnte, daß er sich eine solche günstige Gelegenheit, die Sozialdemokratie vernichten zu helfen, nicht entgehen lassen würde. Doch auch er ist schön zuhause geblieben.

Friedrichsfelde-Karlshorst.

24 278 M. Ersparnisse sind, wie der Bürgermeister in der letzten Gemeindevertretung mitteilte, bei der Kreissteuer und beim Schuletat gemacht worden. Die Summe wird auf Beschluß der Versammlung dem Dispositionsfonds der Gemeindevertretung, dessen Höhe sich damit auf 27 178,20 M. beläuft, überwiesen. Uns scheint, daß diese Ersparnisse nur gemacht werden konnten, weil die wichtigsten Verbesserungen namentlich auf dem Gebiete des Schulwesens außer acht gelassen wurden.

Für die Einrichtung von Wasserspülaborten in der Mädchen- und Knabenschule zu Friedrichsfelde wurden die Kosten in Höhe von 5800 beziehungsweise 3600 M. bewilligt. Des weiteren nahm die Vertretung eine vom Gemeindevorstand in Gemeinschaft mit der Schuldeputation aufgestellte neue Besoldungsordnung für die Schuldiener der Gemeindeschulen an. Bisher betrug das Anfangsgehalt des Schuldieners an der Karlshorster Schule 900 M., an der Knabenschule in Friedrichsfelde 1000 M. und an der Mädchenschule in Friedrichsfelde 800 M. Nach der neuen Besoldungsordnung beträgt künftig das Grundgehalt der Schuldiener 1000 M., steigend von drei zu drei Jahren um je 100 M. bis 1400 M., neben freier Wohnung und Heizung. Bisher im Dienste der Gemeinde verbrachte Zeit wird bei Zahlung der Alterszulagen in Anrechnung gebracht. Für jedes fünfzehnte und weitere Klassenzimmer werden jährlich 25 M., für die Turnhalle 100 M., für die Aula 50 M. besonders vergütet. Alle übrigen Räume, also vierzehn Klassenzimmer (Normalschule), sämtliche Amts-, Lehrer- und sonstigen Räume, auch die Treppenaufgänge und Flure sind ohne besondere Entschädigung im vorschriftsmäßigen Zustande zu halten. Zeichensäle gelten als Klassenzimmer.

Eine längere Debatte entspann sich über den Antrag auf Einsetzung eines Sonderausschusses zur Prüfung der Einführung einer Wertzuwachssteuer, der Schaffung eines Grunderwerbsfonds und der unterschiedlichen Behandlung der bebauten und unbebauten Grundstücke bei der Heranziehung zur Grundwertsteuer. Begründet wurde der Antrag durch den Gemeindevertreter Schäfer, der auf die starke Entwickelung im Osten der Reichshauptstadt hinwies und dabei die starke Beteiligung der Gemeinde Friedrichsfelde-Karlshorst betonte. Diese Entwickelung stelle die Gemeinde vor große Aufgaben; es sei daher ein Gebot der Pflicht, an die Deckung derselben zu denken. In demselben Sinne äußerten sich Herr Bürgermeister Ungewitter, die Gemeindevertreter Pinseler und Hinze, während die Schöffen Bechardschek und Reschke die Frage für noch nicht spruchreif erachteten. Es wurde zur Prüfung der angeregten Fragen ein Ausschuß von 11 Mitgliedern gewählt.

Adlershof.

Der Wahlverein hielt vor einigen Tagen seine fällige Generalversammlung ab. Im Vorstandsberichte wurde hervorgehoben, daß es gelungen ist, in Alt-Schadow einen Wahlverein zu gründen. — Der Kassenbericht verzeichnet eine Einnahme von 552,99 M. und eine Ausgabe von 460,51 M. Die Zahl der männlichen Mitglieder beträgt 474, die der weiblichen 66. — Die Einnahmen der Spedition belaufen sich auf 2080,99 M., die Ausgaben auf 1965,94 M. Die Zahl der Abonnenten betrug am Anfang des Quartals 553, am Ende desselben 528. — Hierauf hielt Genosse Horlitz einen Vortrag über: „Arbeiterschaft und Bildungswesen". Redner behandelte in großen Zügen das Thema in bezug auf den Wert der proletarischen Bildung und wandte sich scharf gegen die Art, wie Genosse Maurenbrecher die Bildungsfrage behandelt. Da der vierte Punkt der Tagesordnung die Gründung eines lokalen Bildungsausschusses vorsah, so erörterte Horlitz die Aufgaben, die demselben zufallen. In den Ausschuß gewählt wurden die Genossen Horlitz, Liegner, Schwarzlose, Meil, Hau, Stroppe und Böttcher.

Oranienburg.

Entsetzlich verstümmelt in die königliche Klinik eingeliefert wurde vorgestern der Kutscher Kurheber von der hiesigen königlichen Oberförsterei. Er fuhr mit einem hochbeladenen Holzwagen die Oranienburger Chaussee entlang, als plötzlich die Ladung ins Kutschen geriet und K. von seinem Sitz herabstürzte. Er blieb mit den Füßen an der Leine hängen, wurde mitgeschleift und geriet dabei unter die Räder seines eigenen Fuhrwerks. Dem Unglücklichen wurde der Unterkiefer vollständig zerschmettert, das Fleisch an der rechten Gesichtsseite aufgerissen und außerdem die Schädeldecke verletzt. Nachdem ihm durch einen Oranienburger Arzt ein Notverband angelegt worden war, erfolgte die Ueberführung des K. nach Berlin.

Reinickendorf-West.

Ueber den Nürnberger Parteitag referierte in der letzten Mitgliederversammlung Genosse Denzer. Nach eingehender Diskussion nahm die Versammlung eine Resolution einstimmig an, in der erklärt wird, daß sowohl die einzelnen Parteigenossen wie auch die Landesorganisationen sich den Beschlüssen des Parteitages zu fügen haben. Im weiteren wird zum Ausdruck gebracht, daß die Versammlung in dem Parlamentarismus nicht das alleinige Universalmittel zur Befreiung des Proletariats erblickt, sondern die Anwendung aller zu Gebote stehenden Kampfmittel fordert. Es wurde alsdann darauf hingewiesen, daß bei den Genossen Paul Heinrich, Barbiergeschäft, Eichbornstr. 35, Gustav Grothe, Eichbornstr. 7 und Franz Bahr, Högelstr. 16, Formulare für den Austritt aus der Landeskirche zu haben sind.

Versammlungen.

Die Steuervorlagen der Regierung und die politische Lage lautete das Thema, über das Richard Fischer am Dienstag in einer öffentlichen Versammlung des zweiten Wahlkreises bei Zühlke in der Dennewitzstraße sprach. Er führte etwa Folgendes aus: Das deutsche Volk ist nach den letzten Reichstagswahlen in der Lage eines Mannes, der entgegen dem guten Rat seiner Freunde ein Geschäft gegründet hat und dabei pleite gegangen ist. Jetzt steht man ratlos da; vorher aber, als unsere Partei mit Nachdruck darauf hinwies, daß die Regierung wieder einen großen Raubzug auf die Taschen der Steuerzahler plane, da konnte man sich nicht genug entrüsten über die Reden der Sozialdemokraten, und in Regierungskreisen wollte man durchaus nichts von solchen Absichten wissen. Wie bescheiden waren die großen Forderungen 1906 noch im Verhältnis zu dem, was jetzt Herr Sydow für unerläßlich hält. Die letzten Wahlen hat Fürst Bülow gemacht, um der Regierung eine gefügige Mehrheit zu sichern. Mit welchen Mitteln aber konnte er diesen Wahlfeldzug führen? Mit dem Gelde der Börse und mit dem Gelde der Großindustriellen! Und der Kriegsgefangene dieser Leute ist Fürst Bülow, und selbstverständlich hat er ihre Politik zu treiben. Dazu holte er sich die liberale Hilfe. Der Redner besprach die Rolle des Liberalismus in der Blockmehrheit und zeigte, wie jämmerlich es damit bestellt ist. Die Erklärung Bülows im preußischen Landtage gegen die zeitgemäße Aenderung des Wahlrechts war der Beginn der Absagen an die liberalen Blockbrüder. Nirgends hat die liberal-konservative Paarung andere Früchte getragen, als daß die Liberalen mußten Haare lassen. Wenn sie nur einen Funken politischen Ehrgefühls noch besäßen, hätten sie dem Fürsten Bülow längst den Fehdehandschuh hingeworfen. Sie bilden sich ein, notwendig zu sein, damit die Regierung nicht noch schlechter werde. Welch ein jämmerlicher Trost! Das Börsengesetz soll der liberalen Einwirkung zu verdanken sein, und es ist doch nur die Quittung für die von der Börse geleisteten Wahlbeiträge. Auf das Vereinsgesetz weisen die Liberalen hin; aber die Regierung hat doch nur die Bestimmungen fallen lassen, die sie nicht mehr halten konnte. Von den Frauen wollen die Liberalen Dank haben, weil die Regierung einige beschränkende Maßnahmen aufhob, die durch die wirtschaftliche Entwickelung längst durchbrochen waren. Daß die Liberalen aber die Paragraphen gegen die Jugend und gegen die Polen zuließen, das zeigt deutlich, wie sehr der Liberalismus den Mut zum Kämpfen und den Glauben an sich verloren hat. Man darf vom Liberalismus in Deutschland nicht mehr reden. Sydow fragt mit seinen Steuerplänen übrigens gar nicht nach der Blockmehrheit; er nimmt auch vom Zentrum, was er bekommen kann und hat mit Zentrumsführern ebenfalls schon konferiert. Sydow braucht 2000 bis 2500 Millionen für die nächsten Jahre und versucht sie einzubringen. Durch die Konferenzen, die er gehalten hat, wird das Parlament korrumpiert, aber die Liberalen sehen das nicht ein und reden dem Volke noch vor, das sei gerade konstitutionelle Art. Für die Regierung handelt es sich nur darum, ihre Projekte durchzudrücken. Das Volk muß zahlen, und Deutschland ist ja so reich, wie der Kolonialdirektor Dernburg der ganzen Welt vorgerechnet hat. Unser Nationalreichtum hat um dreißig Tausend Millionen in den letzten 20 Jahren zugenommen! Fragt sich nur, in wessen Taschen sie stecken. Die Arbeiter wissen, daß diese ungeheure Vermehrung des Reichtums auf die besitzenden Klassen beschränkt geblieben ist. Diese aber wehren sich mit aller Macht gegen höhere Besteuerung, und die Regierung geht mit Vorliebe über zu dem System der indirekten Steuern. Man besteuert Branntwein, Bier und Tabak und erklärt, das seien freiwillige Steuern auf Genußmittel, die brauche niemand zu zahlen. Zugleich aber verspricht man sich viele Millionen als Ertrag davon. Welche verheerenden Wirkungen die Tabaksteuer aber auf die Tabakindustrie ausübt, das hat die Erfahrung schon öfter bewiesen. Besonderer Kritik unterzog der Redner die Gas- und Elektrizitätssteuer. Die Regierung muß mit Blindheit geschlagen sein, daß sie eine solche Steuer empfiehlt und doch so oft von der Rettung des Handwerks und vom Schutz der nationalen Arbeit spricht. — Interessant ist auch hier die Haltung der Freisinnigen. Den Gedanken, die Bewilligung von Steuern zum mindesten abhängig zu machen von der Gewährung ersehnter Volksrechte, weisen sie zurück als eine politische Unanständigkeit und sprechen von „Erpressungspolitik", auf die sie sich nicht einlassen. Ist die Politik der Fürsten nicht immer Erpressungspolitik gewesen? Galt sie nicht stets der Unterdrückung und Aussaugung der Volksmassen? Freilich, diese Einsicht und so viel Mut, als zu einem Kampfe um Volksrechte gehört, darf man nicht von den Freisinnigen erwarten. Aber sind denn die Zeiten jetzt geeignet, dem Volke neue Steuern aufzuerlegen? Man lese die Berichte der Fabrikinspektoren, man denke an die herrschende Krise. Ueberall verminderte Einnahmen, Arbeitslosigkeit und bitterer Kampf ums tägliche Brot. Und wo ist die Sozialreform geblieben? Trotz großer Versprechungen ist sie nicht vorwärts gekommen. Mit den Anträgen der Parteien im Reichstage geht es wie mit den frommen Bittgebeten; sie schaden nichts, aber sie nützen auch nichts. Die Regierung will nichts hören von einer Sozialreform. Dort haben die Gruppen der Großindustriellen das Wort, ihr Einfluß ist maßgebend in der Regierung. — Was können wir nun aber gegenüber diesem Stande der Dinge tun? Es bleibt uns nichts anderes übrig, als Aufklärung in die Massen der Arbeiter zu tragen, um ihr Interesse am politischen Leben, das Verständnis für ihre Klassenlage zu wecken. Die Regierung kann sich darauf berufen, daß die Massen ihr blindlings folgten und diesen Reichstag wählten, auf den sie sich jetzt stützt. Die Arbeiter sind noch zu schwach, nicht genug organisiert und zu wenig aufgeklärt, um selbständig denken zu können. Darum haben wir Sozialdemokraten noch zu wenig Einfluß. Wenn die Arbeiter Besserung der Verhältnisse hervorbringen wollen, dann müssen sie die Wege der politischen und gewerkschaftlichen Organisation beschreiten, dann müssen auch die Frauen kommen und mithelfen. Wir sind eine Partei, die nicht von heute auf morgen die Dinge ändern kann. Wir streuen heute den Samen und freuen uns, wenn wir unsere Pflicht und Schuldigkeit getan haben. Wir wissen, daß der Tag der Ernte kommen muß, an dem wir die Halme schneiden. (Starker Beifall.)

Eine Diskussion fand nicht statt. Nach einem Schlußwort des Vorsitzenden, in welchem er zum Eintritt in die Organisation aufforderte, wurde die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf unsere Bewegung geschlossen.

Zweiter Wahlkreis. Die Versammlung für die sechste Abteilung, welche am Dienstag in Habels Etablissement in der Bergmannstraße tagte, hörte einen Vortrag des Genossen Emil Dittmer über das sozialdemokratische Programm. Redner machte es sich vor allem zur Aufgabe, den grundsätzlichen ersten Teil des Programms eingehend zu erörtern. Dabei fand sich für ihn Gelegenheit, die Versammelten in die Gedankengebäude unserer Altmeister Marx und Engels hineinzuführen. Bei der Behandlung der Entwickelungsmomente, die den Weg vom Kapitalismus zum Sozialismus zeigen, betonte er die Notwendigkeit, in den Entwickelungsprozeß beschleunigend einzugreifen. Das geschehe ja auch fortwährend in den verschiedensten Formen seitens der klassen- und zielbewußten Arbeiterschaft. Die ganze Anspannung der einzelnen Persönlichkeit sei vonnöten. Er wolle mit dem Wunsche schließen, daß der Vortrag als eine Anregung genommen werden möge, sich recht eingehend mit dem Studium unseres Programms zu befassen, namentlich auch mit dem, was Kautsky dazu niedergelegt habe. (Lebhafter Beifall.) Genosse Rapp warf die Frage auf, wieso die Frage der Budgetbewilligung eine grundsätzliche Frage des Programms sei. In den Erläuterungen Schoenlank-Kautsky zur Forderung: „Jährliche Steuerbewilligung" (zweiter Programmteil) sei ausdrücklich gesagt, daß einer volkstümlichen Regierung Zug um Zug die Mittel zu bewilligen seien. Das stehe mit der Resolution des Parteitags in Widerspruch. — In der Diskussion wurde von mehreren Genossen darauf Bezug genommen. Genosse Werner verwies darauf, daß ein sozialdemokratischer Grundsatz durchaus nicht wörtlich im Programm stehen brauche. Die grundsätzliche Ablehnung des Budgets entspreche unserer grundsätzlichen Stellung gegenüber kapitalistischen Regierungen.

Nach dem Schlußwort des Referenten wurden noch einige Fragen der Agitation besprochen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, 29. Oktober.
Anfang 7½ Uhr.
Königl. Opernhaus. Bohème.
Königl. Schauspielhaus. Die Jungfrau von Orleans.
Deutsches. Ein Sommernachtstraum.
Kammerspiele. Hedda Gabler. (Anfang 8 Uhr.)
Anfang 8 Uhr.
Neues königl. Opern-Theater. 's Dorfgehoamnis.
Neues. Der deutsche Graf.
Neues Schauspielhaus. Faust. 1. Teil. (Anfang 7½ Uhr.)
Berliner. Der Clown.
Westen. Der fidele Bauer.
Lessing. Nora.
Kleines. Lady Frederik.
Komische Oper. Manon Lescaut.
Residenz. Kümmere dich um Amelie.
Hebbel. Der Liebhaber.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Die Zwillingsschwester.
Schiller Charlottenburg. Julius Cäsar.
Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Die zärtlichen Verwandten.
Thalia. Bruder Straubinger.
Luisen. Eine tolle Nacht.
Bernhard Rose. Herr Paragraph.
Bürgerl. Schauspielhaus. Der Militärstaat.
Trianon. Die Liebe macht.
Lustspielhaus. Die Tür ins Freie.
Neues Operetten. Die Dollarprinzessin.
Berliner Operetten-Theater SW. Havana.
Gebrüder Herrnfeld. Die beiden Bindelhands. Vorher: Intern. Künstler-Teil.
Apollo. Eine lustige Spreewaldfahrt. Spezialitäten.
Metropol. Donnerwetter — tadellos.
Wintergarten. Spezialitäten.
Passage. Spezialitäten.
Kasino. Familie August Knoche. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Walhalla. Spezialitäten.
Urania. Taubenstraße 48/49. 8 Uhr: Ueber den Brenner nach Venedig. Hörsaal 8 Uhr: Prof. Donath: Das magnetische Kraftfeld und die elektromagnetische Induktion.
Sternwarte. Invalidenstr. 57/62.

Neues Theater.

Abends 8 Uhr:
Der deutsche Graf.
Schauspiel in 5 Akten v. Vollmoeller.
Morgen und folgende Tage:
Der deutsche Graf.

Kleines Theater.

Abends 8 Uhr:
2 mal 2 = 5.
Freitag: 2 mal 2 = 5.
Sonnabend: 2 mal 2 = 5.
Sonntag: 2 mal 2 = 5.

Theater des Westens.

Alleabendlich 8 Uhr:
Der fidele Bauer.
Sonntag nachm. 3½ Uhr zu halben Preisen: Die lustige Witwe.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.

Donnerstag, 29. Okt., Anf. 8 Uhr:
Die zärtlichen Verwandten.
Freitag: Die zärtlichen Verwandten.
Sonnabend nachm. 4 Uhr: Dornröschen. Abends: Wilhelm Tell.

Berliner Theater.

Abends 8 Uhr: **Der Clown.**
Morgen: Der Traum ein Leben.

Lustspielhaus.

Abends 8 Uhr:
Die Tür ins Freie.

Residenz-Theater.

— Direktion: Richard Alexander. —
Abends 8 Uhr:
„Kümmere Dich um Amelie."
Schwank in drei Akten (vier Bildern) von Georges Feydeau.
Morgen u. folg. Tage: Kümmere Dich um Amelie.

Neues Operetten-Theater. Schiffbauerdamm 25, a. d. Luisenstr.
Abends 8 Uhr:
Die Dollarprinzessin.
Operette in 3 Akten von Leo Fall.

Hebbel-Theater

Königgrätzer Str. 57/58. Anf. 8 Uhr:
Der Liebhaber.

BERNHARD ROSE THEATER

Gr. Frankfurter Str. 132.
Abends 8 Uhr:
Herr Paragraph.
Schauspiel in 3 Akten von P. Albers.
Wochentagspreise.

Rixdorfer Theater

Bergstraße 147.
Sonntag, den 1. November 1908:
Alt-Heidelberg.
Schauspiel in 4 Akt. v. Meyer-Förster.
Anfang 7½ Uhr.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Ueber den Brenner nach Venedig.
Hörsaal 8 Uhr: Prof. Donath: Das magnetische Kraftfeld und d. elektromagnetische Induktion.

Luisen-Theater.

Abends 8 Uhr:
Eine tolle Nacht.
Freitag Premiere: Stolz der Stadt. Komödie in 5 Akten von Gustav Bied.
Sonnabend nachm. 4 Uhr: Die sieben Raben. Abends: Eine tolle Nacht.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Ausgewiesen. Abends: Stolz der Stadt.
Montag: Eine tolle Nacht.

Apollo Theater

9.30 Heute 9.30
unter persönlicher Leitung des
Komponisten!
Eine lustige Spreewaldfahrt.
Burleske von Alfred Schmasow.
Musik von **Paul Lincke.**
Vorher ab 8 Uhr: **Das Attraktions-Progr.**

Passage-Theater.

Abends 8 Uhr:
Lene Land
Paul Schneider-Duncker
und das großartige Oktober-Programm
14 neue Variété-Spezialitäten.

Passage-Panoptikum.

Der Mann mit dem eisernen Schlund!
Lahovary,
der Fürst der Fesselsprenger.
Ohne Extra-Entree.
Eintritt 50 Pf.
Kinder, Soldaten 25 Pf.

WINTER GARTEN

Letzte Vorstellungen.
Anne Dancrey
Schwestern Merkel, Kontorsionist. Tertola Valencia, spanische Tänzerin. De Onzo Brothers, Flaschenspringer. Die zwölf Tiller Girls, engl. Gesangs- und Tanzgruppe. Philliparts, Diabolospieler. Die drei Merrills, komische Radfahrer. Agoust Familie, Jongleure. Cliffe Berzac, komischer Dressurakt. Emma Francis, Exzentrik-Tänzerin mit ihren zwei Araberjungen. Fuller's Serpentintänzerin.
Biograph.

Gebrüder Herrnfeld-Theater.

Anfang 8 Uhr. Vorverk. 11-2 Uhr.
57 Kommandantenstr. 57.
Den Gipfel des Erfolges bildet der
größte Herrnfeld-Schlager
Die beiden Bindelhands!!
Komödie in 2 Akten mit Anton Herrnfeld als Verwandlungskünstler „Monsieur Ganivet" und Donat Herrnfeld als „Bondi Bindelhand".
Vorher: Künstlerteil. U. a. D'Ormays Balletteusen-Sextett. Reisers Original-Bauern-Ensemble Saratoff, Russentrio. Lona Nansen.

Sanssouci,

Kottbuser Straße 6.
Direktion Wilhelm Reimer.
Heute Donnerstag:
Gr. Elite-Soiree Tanz-Kränzch.
von
Hoffmanns Norddeutsch. Sänger
Durchschl. Erfolg **aller Nummern**
Beg. Sonnt. 5, wochent. 8 U.

Schiller-Theater.

O. (Wallner-Theater.)
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Zum erstenmal:
Die Zwillingsschwester.
Lustspiel in 4 Akten von Ludwig Fulda.
Freitag, abends 8 Uhr:
Der Familientag.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die Zwillingsschwester.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Julius Cäsar.
Trauerspiel in 5 Aufzügen von William Shakespeare.
Freitag, abends 8 Uhr:
Julius Cäsar.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der Graf von Charolais.

Zirkus Schumann.

Heute Donnerstag, 29. Oktober, abends präzise 7½ Uhr:
Elite-Abend — Gala-Programm.
Achtung! Sonnabend wiederum sensationelle neue Debüts!
U. a.: Zum erstenmal in Europa: **Der lebende Kreisel**
Mons. Menneret, direkt aus Amerika. Mons. Macarios Sabons. U. a. noch nie dagewesen! Affen als Kunstradfahrer, Chauffeure, Jongleure und Schellenspieler. Absolute Novität! Panamahüte- und Keulenjongleure The Mc. Bans. Sonntag in beiden Vorst. nachm. ein Kind frei.

XIV. Saison!
Zirkus Busch.

Donnerstag, den 29. Oktober 1908, abends präzise 7½ Uhr:
Gala-Vorstellung.
Sonnabend, 31. Oktober:
Letztes Auftreten
von
Mr. Houdini.
Die Uessems!
Gebr. Saxons
Herrn Ernst Schumanns Neudreff.
Um ca. 10 Uhr:
Barbarossa!!
Gr. Original-Ausstattungs-Pant des Zirkus Busch in 6 Bildern.

Ausstellungs-Hallen am Zoo.
24. Oktober bis 3. November,
Geöffnet 10-10 Uhr. 4-10 Uhr Konzert.

W. Noacks Theater

Direktion: Rob. Otto. Brunnenstr. 16.
Gr. Erfolg! Spannende Handlung!
Frau Zoes Rache.
Sensations-Schauspiel in 5 Akten.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Ehren- und Vorzugskarten gültig!
Sonnabend, 31. Oktober: **Von Stufe zu Stufe.**

Stadt-Theater Moabit.

Alt-Moabit 48.
Größter und vornehmster Theatersaal Moabits.
Donnerstag, den 29. Oktober 1908:
Auf Strafurlaub.
Lustspiel in 4 Akten v. G. v. Moser.
Anf. d. Vorst. 8, Kassenöffnung 7 Uhr.
Konzert 7½ Uhr.
Nach der Vorstellung: **Ball.**

Brunnen-Theater

Badstraße 58. Direktion: Willy Voigt.
Freitag, den 30. Oktober 1908:
Der Goldbauer.
Schauspiel in 4 Akten von Charlotte Birch-Pfeiffer.

Walhalla-Variete Theater

Weinbergsweg 19/20. Rosenth. Tor.
Abends 8 Uhr:
Das neue gr. Oktober-Progr.
Im Tunnel: Regimentskapelle 2c.
Theaterbesucher hab. freien Eintritt.

Metropol-Theater

Täglich 8 Uhr:
Donnerwetter—tadellos!
Revue in 10 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Paul Lincke. Regie Direktor Schultz.

Berliner Eis-Palast

Lutherstr. 22/24. Ständige Eisbahn. Von morgens 10 bis nachts 12 Uhr geöffnet. Großes Konzert. Abends 9 Uhr: Auftreten erster Kunstläufer und -Läuferinnen. Am 1. November: Meisterläuferpaar Alfred und Sigrid Naeß. — 3., 4. u. 5. November: Großes Internationales Eis-Wettlaufen d. besten Meister der Welt.

Palast-Theater

Burgstr. 24, 2 Min. v. Bhf. Börse
Größtes Spezialitäten-Theater Berlins
3000 Personen fassend! 3000!
Direktion: B. Milan u. E. Ritter.
Antonie Gates.
Ycotha & Kapt. Grade
Ling Ling Comp.
und **12 Attraktionen.**
Angenehmster und amüsanter Aufenthalt für Familienpublikum.
Entree 2, 1,50, 1 M., 75, 50 Pf.
Vorzugskarten, halbe Preise, überall gratis.

Theater Folies Caprice

Linienstr. 132.
Durchschlagender Erfolg!
Die lästige Witwe.
Die Brautschau.
Neu: Grüneckor als Verteidiger in Strafsachen. Vorverk. v. 10-2 a. d. Kasse, b. Wertheim u. Invalidendank.

Casino-Theater

Lothringer Str. 37. Täglich 8 Uhr.
Nur noch bis 5. November
Familie August Knoche.
Freitag, den 6. November Premiere:
Die Dianabäder.
Sonntag 4 Uhr: Hotel Klingebusch.

Bürgerliches Schauspielhaus

Kastanien-Allee 7—9.
Der Militärstaat.
Lustspiel in 4 Akten v. Moser-Trotha.
Anfang 8 Uhr.
Morgen z. erstenmal: Unsere Frauen.
Nächst. Mittwoch, den 4. November:
2. Opernabend: Der Troubadour.

Königstadt-Kasino.

Holzmarktstr. 72.
Täglich:
Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
Franz Sobanski,
Emmy Lyon, Mr. Ferry, Les Ferrés, Mr. Boston u. Stella, Nante Pohlmann, Eva Wagner, Anita u. Stefan Komaromy.
Der arme Casimir. Schwank mit Gesang von Schmidt Hawkins.
Nach der Vorstellung:
Mittw., Sonnab., Sonntag: Tanz-

Gustav **Behrens-Theater, Goltzstr. 9.**
Echte Spreeathener.
Volksstück mit Gesang und Tanz von Walther Gericke.
Franz Helbig, Hausdiener: Dir. Gustav Behrens, Wilhelm Henschel, Arbeiter: Regiss. Bernh. Lange.
Außerdem die übrigen erstklassigen **Spezialitäten.**
Duskes Vitograph.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.

Allen Parteigenossen, Freunden und Bekannten die ergebene Mitteilung daß ich im Hause **Schönleinstr. 34** ein **Zigarrengeschäft** eröffnet habe. Um gütigen Zuspruch bittet **Fritz Schwemke.**

Neue Freie Volksbühne

Heute, Donnerstag, den 29. Oktober, abends 8½ Uhr, in den **Musiker-Festsälen,** Kaiser-Wilhelmstrasse 18m:
= Ordentliche Generalversammlung. =
Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Bericht des Kassierers und der Revisoren. 3. Antrag der Verwaltung auf Statutenänderung. 4. Wahl des Kassierers, der Revisoren und der Ordnerschaft. 5. Verschiedenes.
:: Eintritt nur gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte. ::
150/12 Der Vorstand.

Sonnabend, den 31. Oktober, abends 8 Uhr, im grossen Saale der **Brauerei Friedrichshain:**
Herbst-Fest.
Orchester-Konzert: Berliner Sinfonie-Orchester (Dirigent Herr Maxim. Fischer).
Gesang: Herr Opernsänger Willi Frank — Fräulein Frida Schmidt — Der Volksbühnenchor (Dirigent: Herr Karl Nipkow).
Rezitation: Fräulein Franckenstein.
Nachdem: **BALL.**
Billetts à 50 Pf. sind in allen Zahlstellen zu haben.

Grand-Hotel-Festsäle

Am Alexanderplatz. B. Jehmlich.
Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag:
Wilh. Wolffs Hamburger Sänger.
Anfang Sonntags 7 Uhr, wochentags 8 Uhr.
Eintritt 30 Pfennig. 2161b*
Vorzugskarten haben wochentags Gültigkeit.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse d. Maler usw.

Filiale Berlin.
Freitag, den 30. Oktober, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelufer 15: 130/11
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom dritten Quartal 1908. 2. Bericht von der Generalversammlung. 3. Verschiedenes.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Berlin.
Am **Sonnabend, den 31. Oktober,** sind anläßlich des 25jährigen Stiftungsfestes sämtliche Zahlstellen sowie auch das Bureau nachmittags geschlossen. 24/17 Die Ortsverwaltung.

W. Kückelhahn

Heidestraße 59/73 — Fernsprecher II, 7024.
Kohlen-Großhandlung für
bestes, billigstes Heizmaterial

Salon-Briketts, 7" pro 1000 8,00 M., pro Ztr.	95	Pf.
Industrie-Briketts	90	„
do. do.	85	„

ab Platz. Steinkohlen, Koks, Holz billigst.
Frei Keller bei 5000 a M. 9,—, pro Zentner 10 Pf. mehr.

Herren-Stoff-Reste

zu Herrenanzügen spottbillig, feinste Fabrikate, Kammgarne, Cheviots, neueste Muster von 5 M. an per Meter, reine Wolle. 11/9
Ludwig Engel, Prenzlauerstraße 23, II. (Alexanderplatz.)

Wer — Stoff — hat

fertige Herrenanzug, 20 M. ohne Konkurrenz
2 Anpr., feinste Zut. Für gut. Sitz bekam **gold. Medaille.**
Ludwig Engel, Prenzlauerstraße 23, II. (Alexanderpl.) Gegr. 1893
Spezialität: Winterpaletot kompl. nach Maß **„Napoleon"** M. 36,00
Ein Versuch führt zur dauernden Kundschaft!

Heute früh 8 Uhr!

kannte noch niemand meine herabgesetzt billigen Preise. Ich empfehle einen Posten getragener Monatsgarderoben, in feinsten Werkstätten gearbeitet, von Herrschaften, Kavalieren, Reisenden nur Wochengebrauchte
Monats-Anzüge 8, 10, 14, 18 Mk.
Monats-Paletots 6, 8, 12, 16 Mk.
Monats-Hosen . . 2.50 – 5.00 Mk.
Auch mache ich auf meine grosse Abteilung neuer Garderoben aufmerksam.
J. Wand Hauptgeschäft: Grosse Frankfurterstr. 116
2. Gesch.: Chausseestr. 89 | 3. Gesch.: Chausseestr. 86
Gesellschafts-Anzüge werden billigst verliehen.

Ehe

Event. Teilzahlung

Sie **Möbel** kaufen, besichtigen Sie bitte ohne Kaufzwang
Paul Burows
Möbelfabrik
Lindenstraße 105 (Hall. Tor)
Großer Räumungs-Ausverkauf
wegen Umzuges zu Fabrikpreisen!!

Parodie-Theater

Dresdener Straße 97.
Heute:
Cavalleria-Rustikana und
die urkomische Burleske
„Berlin steht Kopp“.
Anfang Sonnt. 8, wochent. 8½ Uhr.

Reichshallen-Theater

Stettiner Sänger
Unter anderem:
Das
versiegelte Brautpaar.
Urkomische Burleske.
Anf. wochentags 8 Uhr,
Sonntags 7 Uhr.
Reichshallen-Restaurant:
Großes Militär-Konzert.

Elysium

Landsberger Allee 40/41.
Jeden Donnerstag:
Kinematograph
Konzert, Ball. [48389*
Anf. 7 Uhr. Dauervorstellung 20 Pf.

Sie sparen

⅔ ihrer Kohlenrechnung

mit Prof. Detsinyi's Radial-Asbest-Gasofen, Fabrikat der Allg. Elektriz.-Ges. — 14 Patente — Radial kostet 5 Mark, ist aus Asbest, nicht aus Blech, unbegrenzt haltbar und wird durch das Brennen noch dauerhafter. Radial heizt für 2 Pf. pro Stunde jeden Wohn- und Arbeitsraum, Büro, Salon, Diele, Korridor etc., 80-100 cbm, schneller und intensiver als jeder große, teuere Ofen, vor allem garantiert geruchlos, strahlt die Wärme nach abwärts, erwärmt zuerst den Fußboden!

Ueberall verwendbar, kann von jedem Laien in ½ Min. ohne besondere Gasleitung installiert werden. — In Holzkiste verpackt, portofrei M. 5,80. Nachn. 30 Pf. mehr.

Deutsche Radial-Gesellschaft.
Berlin 129, Leipziger Straße 26.
Auf der Ausstellung für Bureaubedarf am Zool. Garten, Stand 152a.

Soeben erschienen:

Im Strom der Zeit.

Gedichte
von
Ernst Preczang.
Preis kart. 1.50 M.,
gut gebunden 2,— M.

Volkswirtschaftliche Grundbegriffe.

Leitfaden für Unterrichtskurse
von Dr. Hermann Duncker.
Preis 40 Pf.

Der Ursprung des Christentums.

Eine historische Untersuchung
von
Karl Kautsky.
Preis brosch. 5 M., geb. 5.75 M.

Expedition des „Vorwärts“
Berlin SW. 68
Lindenstr. 69, Laden.

Niederlage von [11/6

Medizinal-Kraft-Blutweinen

empfiehlt zu Original-Preisen
W. Marbach,
Haushaltungs-Artikel und Weinhandlung,
Berlin, Frankfurter Allee 181.

Möbel Schulz

Reichenberger Str. 5.
Gediegene Arbeit.
Aeußerst billige Preise.
Auch 4501Q*
Ratenzahlung.

Charlottenburg, Cauerstraße 13.
Hygienische Milchwirtschaft
Rob. Ansorge.
Empfehle mich zur Lieferung von Milch frei Haus. Uebernehme Flaschenmilchlieferung f. Fabriken u. Kantinen.

Passage-Kaufhaus

Friedrich-Strasse 110 · 111 · 112 — BERLIN — Oranienburgerstr. 54 · 55 · 56 · 56a

Vereinigung erstklassiger Spezialgeschäfte.

Lebensmittel

Spezial-Angebote für Donnerstag, Freitag, Sonnabend

Telephonische Bestellungen auf sämtliche Lebensmittel werden durch die Zentrale — Amt III, No. 9000 bis 9039 — an jede Gruppe weitergegeben und promptest erledigt

Verkauf des gesamten Abschusses einer Fasanerie

Fasanen:	Ia junge Hähne	Stück 2.25 bis 2.50
	Hennen	„ 1.75
	Starke, ältere Hähne	„ 2.00 u. 2.25
Wild:	Kaninchen gestreift	Stück 95 Pf.
	Hasen „	„ 3.25
	Pa. starke Wald-Hasen gestreift	„ 3.75
Geflügel:	Pa. Bratgänse	Pfd. 56 Pf.
	„ Mastgänse	„ 62 „
	„ Oderbrucher Fettgänse	„ 63 „
	„ Suppenhühner	St. 1.60 1.80 2.00
	„ Brathühner	St. 75, 90 Pf. 1,25
	„ starke junge Hähne	2.00
Fische:	Leb. Spiegel- u. Schupp.-Karpfen 1-4 Pfd. schwer	Pfd. 75 Pf.
	„ Hechte 1—4 Pfund schwer	„ 85 „
	„ Schleie ca. ¾ „ „	„ 1.05

Besondere Kaufgelegenheit für Restaurateure:

Räucherlachs:	In ganzen und halben Seiten	Pfund 70 Pf.
Seemuscheln:	100 Stück	75 Pf.
Austern:	Pa. Holländer	10 Stück 1.60
Hummer:	Pa. lebende Hummer	Pfund 2.50

Besonderes Angebot für die Küche:

Fleisch:	Pa. Hammeldünnung	Pfund 55 Pf.
	„ Hammel dicke Rippe	„ 75 „
	„ Pökel-Schweinebauch	„ 70 „
	Fr. Schweineschinken	„ 75 „
	Pa. Roastbeef mit Knochen	„ 1.00
	„ Roastbeef ohne „	„ 1.40
	„ Rinder-Filet	„ 1.00
	„ „ „ ausgeschält	„ 1.80
Wurst:	Berliner Mettwurst	Pfund 60 Pf.
	Hallesche Leberwurst	„ 65 „
	Braunschweiger Rotwurst	„ 72 „
	„ Mettwurst	„ 93 „
	ff. Jagdwurst	„ 95 „
	Mortadellawurst mit Pistazien	„ 95 „
	ff. Kalbsleberwurst	„ 1.10

Jeden Sonnabend v. 1 Uhr nachm. ab: Frische Blut- und Leberwurst.

Butter:	Tafelbutter Marke „Immerfrisch“	Pfd. 1.40
Eier:	Trinkeier, deutsches Produkt	Mandel 1.80
Käse:	60 Sorten in allen Preislagen.	
Aepfel:	10 000 Pfund Tirol. Tafeläpfel Edelrot, Rosmarien u. Kaiserer-Böhmer	
	5 Pfund	75 Pf.
	10 „	1.45
	in Originalfäss. ca. 150 Pfd. Inh.	per 100 Pfd. 11.00
	Neue Ringäpfel	Pfund 50 Pf.
Citronen:	Mehrere 100 Kisten Messina-Citronen	
	1 Dutzend	30 Pf.
	5 „	1.40
	10 „	2.70
	Original-Kiste 360 Stück	7.80
Früchte:	Neue große Para-Nüsse	Pfund 60 Pf.
	Entsteinte Pflaumen	„ 43 „
	Italienische Prünellen	„ 60 „
Gemüse:	Prima Stettin. Knollen-Sellerie extra große Knolle	Stück 16 „
	Prima Eskarolles-Salat gr. Staude	„ 15 „

FAHR-VERBINDUNGEN:

Auto-Omnibusse: 4, 4a	Strassenbahnen:	Stadt- u. Vorortbahn:
Omnibusse: 2, 8, 10, 14, 18, 20, 44, 45	1, 4, 12, 16, 18, 19, 20, 25, 28, 29, 32, 34, 43, 52, 56 u. Städt. Strassenbahn.	Bahnhof Friedrichstrasse Lehrter Bahnhof Stettiner Bahnhof

Am 26. Oktober verstarb nach längerem Leiden unser lieber Kollege und Mitbegründer des Berliner Vereins, der Setzer-Invalide 2498b

Gustav Marquardt

im 73. Lebensjahre.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

Die Kollegen der „Voss. Zeitung“.

Beerdigung: Heute Donnerstag, nachmittags 5 Uhr, auf dem Luisen-Kirchhof, Rixdorf, Hermannstraße.

Danksagung.

Für die vielen Beweise der herzlichen Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau **Pauline Pazdzierzynski,** sage ich allen, insbesondere Herrn Professor Gehrke für die trostreichen Worte am Sarge der Entschlafenen sowie dem Berliner Konsum-Verein, Abteilung V, für die schönen Kranzspenden, meinen innigsten Dank. 2496b

Der trauernde Gatte
Paul Pazdzierzynski.

Husten, Heiserkeit beseitigen wunderbar leicht und schnell die berühmten

Hustentropfen

von Otto Reichel.
Nur echt mit Marke „Medico“.
Fl. 50 Pf. u. 1 M.

Vor Nachahmungen jeder Art sei jedoch dringend gewarnt.
In den meisten Drogerien u. bei Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.

Pelzwaren!!!

119 Eile zu Weile 119
Dresdener Straße
Eckhaus Oranienplatz.
Eigene Kürschnerei.

Echt Skunksstola von 25.— M. an
Ohne Konkurrenz
Echt Nerz-Stola von 45.— M. an
Neueste Moden!
Echt Nerzmarmel-Stola von 18.— M. an
Schlager d. Sais.
Echt Tibet-Stola von 12.— M. an
Riesenhafte Auswahl!
Prima Felle in all. Fellarten stets auf Lager.
Reparaturen und Umarbeitungen schnell, gut, billig
Prozente gewähre ich nicht. Meine Preise sind für das kaufende Publikum so vorteilhafte, daß jeder Käufer mich empfehlen muß.
Die Auswahl wird jedermann überraschen.

Sonntag 8—10 und 12—2.

„ASTE“ Schallplatten, an Tonfülle allen überlegen!
Doppelseitig 25½ cm 2,00 M. per Stück, 10 Stück franko 18,00 M.
Reichhaltiges Plattenverzeichnis mit den neuesten Aufnahmen kostenfrei.
August Stukenbrok, Einbeck, 24
Alleiniger Lieferant d. ASTE-Schallplatten.

Gardinen-Spezialhaus

Emil Lefèvre

Berlin, Oranienstr. 158
Riesen-Auswahl!
Abgepaßte Fenster = 2 Flügel a Fenster 2,50, 3,35, 4,85—150 M.
Ganze Stücke = 22 Meter Länge a Stück 8,50—11, 16—40 M.
Gardinen, Portieren, Stores, Vitragen, Tüllbettdecken usw.
Einzelne Fenster spottbillig!
Pracht-Katalog mit ca. 600 Abbildungen gratis und franko.

Dem Jubelpaar
Oskar Konitzka und Frau
zum silbernen Hochzeitsfest
die herzlichsten Glückwünsche.
Die Parteigenossen des 845. Bezirks.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Wagenbauer.
Bezirk 16.
Todes-Anzeige.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied

Max Balzer

am 26. d. M. gestorben ist.

Die Beerdigung findet heute, Donnerstag, den 29. Oktober, nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes aus statt. 253/9

Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser

Max Balzer

gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute, Donnerstag, den 29. Oktober, nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in Rixdorf aus statt.

Rege Beteiligung erwartet
t24/14 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Hiermit diene den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Arbeiter

Artur Ebeling

am 25. Oktober im Alter von 23 Jahren infolge Unfalles gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 29. Oktober, nachmittags 4½ Uhr, von der Leichenhalle des Luisenkirchhofes, Rixdorf, Hermannstraße, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
57/3 Die Verwaltung II.

Verband der Schneider, Schneiderinnen u. Wäschearbeiter Deutschlands.
Todes-Anzeige.

Den Mitgliedern geben wir hiermit bekannt, daß der Kollege

Heinr. Rehner

am 25. Oktober im Alter von 33 Jahren gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 29. Oktober, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Zionsfriedhofes, Nieder-Schönhausen-Nordend, aus statt.
164/4 Die Ortsverwaltung.

Zentralverein für alle in der Hutbranche beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen.
Filiale Berlin.

Am Montag, den 26. Oktober, verstarb unser Mitglied

Theodor Brehmer

(Invalide)
im Alter von 60 Jahren.

Er ruhe sanft!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 29. d. Mts., nachmittags 2½ Uhr, von der Leichenhalle des Andreas-Kirchhofes in Wilhelmsberg aus statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht
76/7 Die Ortsverwaltung.

Am Montagabend 7½ Uhr verstarb nach längerem Leiden unser lieber Kollege, der Schriftsetzer

William Heinemann

im kurz vollendeten 52. Lebensjahre.

Wir verlieren in ihm einen braven Kameraden und werden sein Andenken stets in Ehren halten. 25085

Berlin, 28. Oktober 1908.

Die Kollegen des „Berliner Tageblatt“.

Die Beerdigung findet Donnerstag, 29. d. M., mittags 1½ Uhr auf dem Friedhof der jüdischen Gemeinde, Weißensee, Lothringer Straße, statt.

Danksagung.

Für die herzliche Teilnahme und zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, Schwieger- und Großvaters, des Putzers

Adolf Kröbel

sagen allen Beteiligten, insbesondere dem Zentralverband und dem Gesangverein der Putzer unseren herzlichsten Dank. 2197b

Witwe Anna Kröbel nebst Kindern.

Verantwortlicher Redakteur: Georg Davidsohn, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Gerichts-Zeitung.

Vom § 153 der Gewerbeordnung.

Durch Zusammenlegung der verschiedenen Betriebe der Siemens-Schuckertwerke war eine neue einheitliche Arbeitsordnung notwendig geworden, die am 8. Oktober 1906 in Kraft trat. Die neue Ordnung war vorher zeitig den Arbeitern bekannt gemacht und auch in Arbeiterausschußsitzungen bekannt gemacht worden. Die Automobilabteilung, die bisher eine neunstündige Arbeitszeit hatte, erhielt durch die Neuregelung eine 8¼-stündige, wie die anderen Abteilungen. Kurz vor dem Inkrafttreten der neuen Fabrikordnung wurde jedoch bekannt gemacht, daß für die nächsten Wochen auch unter der Herrschaft der neuen Fabrikordnung in der Automobilabteilung durch Ueberstunden die Arbeitszeit noch neun Stunden betragen solle. Hierdurch fühlten sich die Metallarbeiter beschwert und sie erklärten durch eine Abordnung der Direktion des Werks, daß sie zum Ersatz für die Ueberstunden neue Arbeitskräfte beschaffen wollten, welche an den noch nicht besetzten Schraubstöcken usw. arbeiten könnten. Die Direktion lehnte dies ab. Ein großer Teil der Arbeiter ging dann nach Ablauf der jetzt vertraglichen 8¼-stündigen Arbeitszeit weg. Die Werkleitung gab darauf bekannt, daß sich als entlassen diejenigen Arbeiter anzusehen hätten, die nicht die einstweilen angeordnete Arbeitszeit von neun Stunden innehielten. (Sowohl in der alten als auch in der neuen Arbeitsordnung war die Verpflichtung zu Ueberstunden „in Notfällen“ vorbehalten.) Die so ausgesprochene Aussperrung führte dazu, daß die anderen Arbeiter sich solidarisch erklärten und in den Ausstand traten.

Während des Streiks hatten am 7 November 1906 die Arbeiter Griebert und Sternberg durch den Arbeitsnachweis der Metallindustriellen bei den Siemens-Schuckert-Werken Arbeit erhalten. Der Eisendreher Westland, der vor dem Nachweis stand, stellte das fest und machte sie auf den Streik aufmerksam. Sie sollten sich die Sache noch einmal überlegen. Als sie weitergingen, gebrauchte W. einige scharfe Ausdrücke. W. wurde wegen Uebertretung des § 153 der Gewerbeordnung angeklagt, weil er andere durch Ehrverletzung zu bestimmen versucht habe, an Verabredungen zur Erzielung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen teilzunehmen oder ihnen doch Folge zu leisten. **Das Landgericht verurteilte ihn zu einer Gefängnisstrafe von 5 Tagen.** Als Ehrverletzungen im gedachten Sinne erachtete es die Ausdrücke „Strolch, Streikbrecher, Laufejungen“ für festgestellt. Zur Begründung führte es unter anderem aus: Der Angeklagte wende ein, die Werkleitung habe entgegen der Arbeitsordnung die Ueberstunden (über 8¼ Stunden hinaus) nicht aus Notwendigkeit, sondern willkürlich angeordnet, da noch Arbeiter nach dem Wunsche der Beschäftigten hätten eingestellt werden können. Ferner sage der Angeklagte, ein Ausstand zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, wie ihn § 153 in Verbindung mit § 152 der Gewerbeordnung voraussetze, habe demnach überhaupt nicht vorgelegen, sondern lediglich ein Abwehrstreik, um eine unberechtigte Anordnung der Fabrikleitung abzuwenden und das zu erlangen, worauf die Arbeiter vertragsmäßigen Anspruch gehabt hätten. Diesen Ausführungen des Angeklagten habe sich aber das Landgericht nicht anzuschließen vermocht. Die ganze Berechnung der Arbeitseinteilung unter Berücksichtigung der zu leistenden Arbeiten sei in der Automobilfabrik einer neunstündigen Arbeitszeit zugrunde gelegt gewesen. Unter diesen Umständen wäre es aber unmöglich, plötzlich eine dreiviertelstündige Verkürzung der Arbeitszeit für sämtliche Arbeiter eintreten zu lassen und dafür nun neue Arbeiter einzustellen, ganz abgesehen davon, daß es sich nur um eine Uebergangszeit handelte. Die Bestimmung über die technische Betriebseinteilung könne und müsse nur der Betriebsleitung überlassen bleiben, könne aber nicht von den Arbeitern, auch nicht nur mitbestimmungsweise für sich verlangt werden, weil sie die hierzu erforderliche technische und organisatorische Ausbildung nicht besäßen. Ein solches Recht hätten aber im vorliegenden Streikfalle die Arbeiter für sich beanspruchen wollen, das aber gleichbedeutend sei mit der Erlangung günstigerer Arbeitsbedingungen.

Angeklagter legte Revision ein. R.-A. Dr. Heinemann, der ihn vertrat, machte unter anderem geltend: Es frage sich, ob die Erlangung günstigerer Arbeitsbedingungen oder die Innehaltung eines vertragsmäßigen Rechts erstrebt wurde. Bei seinen Ausführungen über die technische Betriebseinteilung usw. habe der Vorderrichter übersehen, daß die Arbeitsordnung, die gemäß den Bestimmungen der Gewerbeordnung erlassen werde und auch Bestimmung über die Arbeitszeit treffen müsse (§ 134b), nach § 134 c für Arbeitgeber und Arbeitnehmer rechtsgültig sei. Die neue Arbeitsordnung habe aber 8¼ Arbeitsstunden vorgeschrieben. Der Vorderrichter bringe nur allgemeine sozialpolitische Momente und meine, die Arbeiter hätten bei den technischen Betriebseinrichtungen nicht mitzureden. Statt dessen hätte er untersuchen müssen, wie die Arbeitsordnung auszulegen sei. — Die Arbeitsordnung sage nicht, daß es im Ermessen der Firma liege, Ueberstunden machen zu lassen, sondern es heiße: „Im Notfall“. — Nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch könne auch eine Arbeitsleistung nicht unentgeltlich verlangt werden. Das Landgericht hätte deshalb feststellen müssen, ob der Arbeitgeber denselben Preis für neun Stunden zahlen wollte, wie für 8¼ Stunden. Auch dann hätte die Firma etwas Unrechtmäßiges verlangt. Eine Bestrebung zur Erreichung günstiger Arbeitsbedingungen sei zu Unrecht angenommen worden. Aber auch mit Bezug auf das subjektive Verschulden erscheine die Feststellung nicht ausreichend. Es komme darauf an, ob der Angeklagte glaubte, die Arbeiter hätten nach der Arbeitsordnung ein Recht auf die 8¼stündige Arbeitszeit.

Der erste Strafsenat des Kammergerichts hob das Urteil am Montag auf und verwies die Sache zu nochmaliger Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht zurück. Es wurde ausgeführt: Die Vorinstanz lege die Arbeitsordnung so aus, daß die Verpflichtung zu Ueberstunden in ihr vorbehalten sei und daß folglich die Leitung des Werkes Ueberstunden festsetzen könne. An diese Auslegung sei die Revisionsinstanz gebunden. Es sei auch objektiv die Annahme nicht falsch, daß durch ihre Art der Arbeitsniederlegung die Arbeiter günstigere Arbeitsbedingungen erstrebt haben. Bei der sonst lückenlosen Feststellung des Landgerichts fehle jedoch etwas darüber, inwieweit der Angeklagte von dem Kenntnis hatte, was angestrebt wurde. Es sei davon auszugehen, daß auch bei Anwendung des § 153 der Gewerbeordnung der Angeklagte alle Tatbestandsmerkmale kennen müsse. Wenn er glaubte, es sollten gar keine günstigen Arbeitsbedingungen erlangt werden, wenn er annahm, das Recht der Mitbestimmung darüber, wann Ueberstunden zu machen seien, stehe den Arbeitern schon zu: dann falle seine sonstige Tätigkeit nicht unter § 153 der Gewerbeordnung. Selbstverständlich könnte der dolus eventualis in Frage kommen, wenn Angeklagter im Zweifel sei, ob das Recht den Arbeitern zustehe, und doch so vorging. — Die Vorentscheidung habe auch noch den Fehler, daß sie erst richtig von günstigen Arbeitsbedingungen, am Schluß aber von günstigen Lohnbedingungen spreche, was der Anwalt ebenfalls gerügt hatte.

Ein Revolverattentat auf die Ehefrau

lag einer Anklage wegen **versuchten Mordes** zugrunde, welche gestern unter Vorsitz des Landgerichtsrats Elsner vor dem Schwurgericht des Landgerichts I zur Verhandlung kam. Diese fand unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt. Aus der Untersuchungshaft wurde der 29jährige **Dachdecker Hermann Schulz aus Schöneberg** vorgeführt. Der Angeklagte heiratete im Alter von 23 Jahren. Die Ehe war anfänglich verhältnismäßig glücklich. Bald aber stellten sich Zwistigkeiten ein. Der Angeklagte vermutete, daß seine bessere Hälfte, während er tagsüber auf seiner Arbeitsstelle war, zu einem Hausverwalter H. in unerlaubte Beziehungen getreten sei. Schließlich hatte die Ehefrau die ewigen Beschimpfungen und Mißhandlungen, die sich Schulz in seiner Eifersucht zuschulden kommen ließ, satt. Sie leitete eine mit Mißhandlung begründete Ehescheidungsklage ein, in welcher am 14. Juli d. J. vor der Zivilkammer des Landgerichts II am Halleschen Ufer Termin anstand. Die Beweiserhebung verlief für den Angeklagten sehr ungünstig. Da Frau Sch. schon vorher die Befürchtung ausgesprochen hatte, ihr Ehemann würde ihr etwas antun, wenn sie mit ihm auf der Straße zusammentreffen würde, hatte sie zu ihrem Schutze einen Herrn Hartwig gebeten, sie zu dem Termin zu begleiten. Als Frau Sch. mit diesem nach der Verhandlung auf die Straße trat, bemerkte sie ihren Ehemann auf der anderen Seite wartend stehen. Kaum hatte der Angeklagte sie erblickt, **als er mit einem hochgehobenen Revolver auf sie zustürzte.** Nur durch den Umstand, daß Frau Sch. noch die Geistesgegenwart hatte, zur Seite zu springen, ging der von dem Angeklagten abgefeuerte Schuß fehl. Der Begleiter der Frau warf sich dem Revolverhelden sofort entgegen. Der Angeklagte **schlug mit dem Revolverkolben** auf ihn ein und brachte ihm eine blutende Wunde am Kopfe bei. Nunmehr warfen sich Umstehende auf den Angeklagten und **entwaffneten** ihn. Sodann wurde der Attentäter durch verschiedene Passanten einer „Lynchjustiz“ unterzogen. Erst nachdem man ihn windelweich geprügelt hatte, wurde er einem hinzugerufenen Schutzmann übergeben. — Da Schulz schon vor dem Termin verschiedene Drohungen gegen seine Ehefrau ausgestoßen hatte, wurde gegen ihn Anklage wegen **versuchten Mordes** erhoben. Vor Gericht behauptete der Angeklagte, er habe nicht die Absicht gehabt, seine Ehefrau zu verletzen oder gar zu töten, er wollte ihr vielmehr nur durch den Schuß einen gehörigen Schreck einjagen. — Die Beweisaufnahme zog sich bis in die Abendstunden hin. **Die Geschworenen** bejahten die Schuldfrage nach **versuchtem Mord.** Das Urteil des Gerichts lautete dem Antrage des Staatsanwalts gemäß **auf 4 Jahre Zuchthaus** und 5 Jahre Ehrverlust.

Können die Kreisärzte vom Fiskus Honorar verlangen?

Bis zur letzten Instanz durchgeführt wurde eine **Klage gegen den Fiskus** von dem **Medizinalrat Dr. K. in Schöneberg,** der für einen Bezirk der Stadt Berlin als nicht vollbesoldeter Kreisarzt angestellt ist. Wie in den anderen Fällen, hatte auch K. medizinalpolizeiliche Verrichtungen im ortspolizeilichen Interesse unternommen, von dem Staatsfiskus aber nur Entschädigung für die verausgabten Fuhrkosten erhalten. **Gebühren** für die Verrichtungen zu zahlen, **weigerte sich der Beklagte,** weil für die Berliner Kreisärzte der § 17 der vom Polizeipräsidenten erlassenen Instruktion für die Polizeiphysiker zu Berlin vom 20. August 1859 Geltung habe. Dieser Paragraph versage den Physikern für alle im Interesse der Medizinalpolizei und der öffentlichen Gesundheitspflege vorgenommenen Amtshandlungen Gebühren. Der Kläger berief sich demgegenüber darauf, daß der Beklagte nach dem Gesetz vom 20. April 1892 in den Städten mit königlicher Verwaltung der Ortspolizei die dadurch entstehenden Kosten auf Grund des von der Stadtgemeinde zu leistenden Beitrages zu bestreiten habe. Kläger verlangte deshalb Zahlung von 2112,05 M.

Das Landgericht Berlin erklärte den Anspruch dem Grunde nach für gerechtfertigt. In der vom Beklagten gegen das landgerichtliche Urteil eingelegten Berufung gibt dieser zu, daß die im Auftrage der Polizeibehörde ausgeführten Verrichtungen zu honorieren seien, bestreitet aber die Honorierung der im ortspolizeilichen Interesse ausgeführten Verrichtungen. Der Beklagte beruft sich zur Begründung seiner Ansicht noch auf eine Auskunft des Ministers der Medizinalangelegenheiten bezüglich einer zugunsten der Kläger lautenden Dienstanweisung vom 23. März 1901. Danach hatte der Minister bei dieser Dienstanweisung nicht die Absicht gehabt, an dem bestehenden Zustande etwas zu ändern, nach dem die Polizeiphysiker gemäß der Instruktion von 1859 für Dienstleistungen im ortspolizeilichen Interesse keine Gebühren zu beanspruchen haben. **Das Kammergericht zu Berlin erkannte jedoch ebenfalls zugunsten des Klägers.**

Gegen dieses Urteil hatte der beklagte Fiskus **Revision beim** Reichgericht eingelegt. Der III. Zivilsenat des **Reichsgerichts** erkannte auf **Zurückweisung der Revision.** Der erkennende Senat erklärt hierzu, daß er schon im Urteil vom 23. Mai 1905 (Entsch. d. R.-G. Bd. 61 S. 18) ausgedrückt habe, daß die Anwendung des § 17 Abs. 2 des Gesetzes vom 20. August 1859 auf die Kreisärzte durch die Dienstanweisung des Ministers vom 23. März 1901 ausgeschlossen sei. Diese Dienstanweisung ordne die vertrauensärztliche Tätigkeit für den ganzen Umfang des Staates gleichmäßig und ergebe insbesondere auch die Diensteinkommensverhältnisse der nicht vollbesoldeten Kreisärzte ohne Rücksicht auf deren Amtssitz. Nach der erneuten Prüfung dieses Punktes sei nun der Senat im Ergebnis wieder zu derselben Entscheidung gelangt, dahin, daß auch die Kreisärzte in Berlin berechtigt seien, für die im ortspolizeilichen Interesse ausgeführten Dienstverrichtungen Gebühren gemäß § 1 Abs. 8 des Gesetzes vom 9. März 1872 zu berechnen.

Versammlungen.

Der sechste Berliner Wahlkreis veranstaltete am Dienstag eine Versammlung, in der Genosse G. Schuhmann über: „Das Erfurter Programm“ sprach. Der Vortrag fand großen Beifall. — In der Diskussion führte Genosse Marx aus, zwischen Fordern und Erreichen sei ein großer Unterschied. Wenn wir uns vor die Frage stellten, unter welchen Verhältnissen die Arbeiter jemals den Klassenstaat beseitigen können, so sähen wir keine Möglichkeit. Bei all den Institutionen, die sich der Kapitalismus geschaffen hat, müssen wir bei unserem heutigen passiven Kampf uns alles gefallen lassen. Bei allem, was die Sozialdemokratie erreicht hat, werden wir doch wie Hunde behandelt. Auf papierene Resolutionen pfeifen die Herrschenden. Sie hätten nichts zu fürchten, so lange der „Vorwärts“ schreibe: „Der deutsche Arbeiter liebt die Gesetzlichkeit.“ Im Reichstage flickten noch unsere Genossen das Bollwerk Militarismus, selbst Bebel. (Stürmischer Widerspruch.) Er, Redner, sei nicht Anarchosozialist, doch befürworte er Friedebergs Methode! (Lachen.)

Der Vorsitzende Müller bemerkt, daß der Redner sonst keine anderen Mittel angegeben habe; seine Vorwürfe fielen in sich zusammen. Den beleidigenden Angriff gegen unseren alten verdienten Bebel weise er entschieden zurück. Marx scheine doch Anarcho zu sein. — Lucko: Den französischen Syndikalismus hätten wir uns schon längst an den Schuhsohlen abgelaufen. Die Anarchosozialisten sollten lieber mitarbeiten, statt zu verbittern. Wir lassen uns nicht vor die Gewehre treiben. In den anderen Ländern, die Marx anführte, hätten die Arbeiter mit ihrem blinden Draufgängertum nichts erreicht als Desorganisation. Das Parteiprogramm sollte in jeder Arbeiterfamilie Eingang finden, es sollte die Bibel des Arbeiters sein. — Gerth: Marx möge doch zu Friedeberg gehen. Andere Wege zeige er nicht; er denke, zerbrecht euch die Köpfe allein. Es wäre Wahnsinn, seinen Ideen zu folgen. — Schoch nimmt die Fraktion in Sachen der Militärfrage in Schutz, soweit es sich um die Gemeinen handelt. Für Unteroffiziere, die uns bei den Demonstrationen den Schädel einschlügen, hätte sie nichts bewilligen sollen. Marx unterbreche man, aber Calwer, Maurenbrecher und andere könnten sagen und schreiben, was sie wollen. Man solle doch einmal mit diesen Leuten tabula rasa machen. — Brinkmann: Der Zweck der heutigen Verhandlung sei durch Marx vollkommen vereitelt; es sollte zur Aufklärung und Erweiterung des Wissens dienen. Er kenne die Parteibewegung als Mitglied seit 30 Jahren. Marx scheine geschlafen zu haben. Querköpfe wie Maurenbrecher und Calwer solle man abschieben. Beim „Vorwärts“ müsse man aus gewissen Gründen manches zwischen den Zeilen lesen. Wir brauchen keine Friedebergschen Rezepte. Vielleicht ende Maurenbrecher auch noch beim Anarchosozialismus. — Nachdem noch der Referent die Vorwürfe der beiden Oppositionsredner entkräftet hatte, schloß Genosse Müller die Versammlung mit einem kräftigen Schlußwort und einem begeisternden Hoch.

Witterungsübersicht vom 28. Oktober 1908, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemünde	772	SSO	2	Dunst	5	Haparanda	772	Still		heiter	1
Hamburg	772	SO	2	Nebel	3	Petersburg	774	WNW	2	Nebel	4
Berlin	773	Still		Nebel	4	Scilly	761	SSW	4	wolkig	9
Frankf. a. M.	774	O	1	Nebel	1	Aberdeen	763	OSO	1	Regen	9
München	776	SO	2	heiter	3	Paris	770	SSO	2	bedeckt	10
Wien	774	Still		bedeckt	10						

Wetterprognose für Donnerstag, den 29. Oktober 1908.

Trocken und vielfach heiter, zeitweise nebelig, am Tage mild bei schwachen südlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Pianino, Hoflieferant, um jeden Preis sofort zu verkaufen. Französischestr. 15 I rechts.

Hygienische Bedarfsartikel. Neuest. Katalog m. Empfehl. viel. Aerzte u. Prof. grat. u. fr. H. Unger, Gummiwarenfabrik, Berlin NW., Friedrichstraße 91/92.

Solinger Stahlwaren empfehle in größter Auswahl. Tischbestecke, Löffel, Tranchier-, Hack- u. Wiegemesser, Scheren, Haarschneide-Maschinen, Taschen- und Rasiermesser. Nickel-Service, Aluminiumgeschirre, Wagen, Haushaltungsmaschinen, Tabletts, Kassetten, Revolver, Teschings, Luftbüchsen, Munition, Schlittschuhe usw. **Wilhelm Dietz.** Solinger Stahlwaren. Brunnenstraße 5, am Rosenthaler Tor.

Dr. Simmel Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz, 10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4.

Unsere Konfektion bietet durch Verarbeitung erstklassiger Stoffe und Zutaten vollständige Garantie höchster Reellität.

1500 Paletots, neueste Fassons, aus modernen englischen Diagonal- und Chevron-Stoffen, von 7 M. an.

Abendmäntel aus feinem Tuch in herrlichen Pastellfarben, auf Gloria und Seide gefüttert u. mit karierter Abseite von 10 M. an.

Plüschjackette, Plüschpaletots, Plüschmäntel, glatt und mit eleganter Litzen- und Bortengarnierung aus prima Velours du Nord und echt engl. Seal. 15, 20, 30, 40 M. bis 250 M.

Frauenmäntel aus prima Tuch und Eskimo, schwarz und farbig, von 12 M. an.

1000 Kostüme mit langen Paletots, Directoire, aus feinem Tuch, in den neuesten Farben und gediegenen englischen Tweed-Stoffen, von 12 M. an.

2 Häuser vom Dönhoffplatz, 12 Schaufenster.

Sielmann & Rosenberg,

Kommandantenstrasse, Ecke Lindenstrasse.

Sonntags von 8—10 und 12—2 geöffnet.

Jedes Wort 10 Pfennig. Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Steppdecken spottbillig. Fabrik Große Frankfurterstr. 50/51. 2963R*

Monatsgarderobenhaus Andreasstraße 54 Elegante Monatsanzüge, Winterpaletots, einzelne Beinkleider, wenig getragen, für jede Figur passend, sowie elegante neue Herren- und Knabengarderobe zu sehr billigen Preisen. Bitte beachten: nur Andreasstraße 54, zweites Haus von der Markthalle. 1212R*

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 264/11*

Spezialkarte von Eberswalde, 75 Pf. Expedition, Lindenstraße 69, Laden.

Gaskronen, Petroleumkronen ohne Anzahlung, Woche 1,00. Riesenlager. Louis Böttcher (selbst): Betriebsleitung Boxhagenerstraße 32 (Bahnverbindung Warschauerstraße), Potsdamerstraße 81, Schönhauser Allee 79, Badstraße 8a, Rixdorf, Kaiser Friedrichstraße 247.

Ohne Anzahlung, Woche 50 Pfennig, Bilder, Spiegel. Ferner: Möbel, Polsterwaren, Teppiche, Gardinen, Steppdecken, Tischdecken, Bettbezüge, Portieren, Uhren, Gaskronen, Herrengarderobe. Weber, Prenzlauerstr. 49. Besuch, eventuell Postkarte. 1387R*

Spezialkarte vom Buckow, 75 Pf. Expedition, Lindenstraße 69, Laden.

Teppiche, farbfehlerhaft, für halben Wert. Vorwärtslesern 5 Prozent Extrarabatt. Thomas, Oranienstraße 180, Oranienplatz. 1351R*

Federbetten. Stand 11,00, große 16,00. Einzelne Bettstücke, Wäsche, spottbillig. Pfandleihhaus, Küstrinerplatz 7. 1348R*

Winterpaletots, Anzüge, Decken, Uhren, verfallene Pfänder spottbillig Pfandleihhaus Küstrinerplatz 7.

Pfänderverkauf! Hermannplatz 6. Pfänderverkauf! Staunendbilligste Winterpaletots! Riesenauswahl! Jackettanzüge! Gehrockanzüge! Herrenhosen! Pelzstolas! Allerbilligster Bettenverkauf! Gardinenverkauf! Teppichverkauf! Wäscheverkauf! Brautgeschenke! Wanduhren! Taschenuhren! Riesenauswahl! Kettenauswahl! Plüschtischdecken! Steppdecken! Nähmaschinen! „Anerkannt: „Großberlins Einkaufsvorteil!" Hermannplatz 6. Sonntags geöffnet. †108*

Schreibmaschine, tadellos schreibend, 25,—, Linienstraße 115, I links.

Bronzegaskronen!!! Zuglampen 9,00 Salongaskronen 16,00. Gashängelicht spottbillig. Gasschnellheizer 3,00. Gasheizöfen 6,00. Zweilochgaskocher 3,00. Wohlauer, Wallnertheaterstraße 32. 1356R*

Klassiker-Ausgaben, Goethe, Heine, Reuter, Schiller, Shakespeare, je vier Bände 6,— Mark. Eichendorff, Hauff, je zwei Bände 3,50 Mark. Bürger, Kleist, Lenau, Uhland, Wieland und andere, je ein Band 1,75 Mark. Expedition, Lindenstraße 69, Laden.

Humboldtleihhaus nur Brunnenstraße 58, Eckhaus Stralsunderstraße. Großartige Pelzstolas, spottbillig, hochelegante Winterpaletots, Gehrockanzüge, Jackettanzüge, großer Pfänderverkauf, Bettenverkauf, Wäscheverkauf, Steppdecken, Plüschtischdecken, wunderbare Teppichauswahl. Enorm billiger Uhrenverkauf, Kettenverkauf, Schmucksachen. Geöffnet ganzen Tag, auch Sonntags. 1344R*

Märkische Wanderfahrten. Ein- bis dreitägige Ausflüge in die Mark. Mit 10 Karten. 1,50 Mark. Expedition, Lindenstraße 69, Laden.

Milchverkauf, neuester hygienischer; Kannen, Kübel, Flaschen, geeichte Maßgefäße. Otto Lindner, Gartenstraße 96. 1092R*

Teppiche mit Farbenfehlern, spottbillig, Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre, Mauerhoff. Vorwärtslesern 6 Prozent Rabatt. *

Anzüge, Paletots nach Maß. Aus In Stoffresten, Monats- und nicht abgeholte Sachen staunend billig. Maßschneiderei Boß, Brunnenstraße 3, eine Treppe, am Rosenthalertor. *

Bücher des deutschen Hauses. Eine Sammlung guter Erzählungen, Geschichten, Novellen usw. Gut ausgestattet, zirka 300 Seiten umfassend, zum Teil illustriert und gebunden. 25 Pfennige pro Band. Expedition, Lindenstraße 69, Laden.

Steppdecken. Wollatlas und Similiseide 3.25, 3.85, 4.35, 5.00, 5.75. *

Portieren. Velourstuch, 2 Shawls, 1 Lambrequin in allen Farben 3.25, 3.85, 4.75, 5.50, 6.75. Große Frankfurterstraße 125. 1366R*

Plüsch- und Tuchtischdecken mit kleinen Stickfehlern. Riesenauswahl. 1.65, 1.95, 2.50, 3.50, 4.85, 6.50, 7.25.

Tüllbettdecken in weiß und crème 1.65, 2.25, 2.75, 3.25, 4.50. 1368R*

Englische Tüllgardinen, Meter 35, 40, 45, 50, 60, 75 Pfennige. 1369R*

Abgepaßte Gardinen und Stores 1.65, 2.25, 2.85, 3.65, 4.35, 5.25. E. Weihenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 1370R*

Teppiche, Riesenauswahl, mit kleinen Webefehlern 3.15, 3.85, 4.65, 5.85, 6.00, 7.50. 1371R*

Extraangebot! Salon- und Wohnzimmer-Teppiche, Fabrikmuster, jetzt mit 20 Prozent Rabatt. 1372R*

Läuferreste in allen Breiten und Preislagen jetzt bedeutend unter Preis.

Möbelstoffe. Reste in Wolle und Plüsch in allen Farben. E. Weihenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 1374R*

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre, Mauerhoff. 2448b*

Gardinenreste, 2—4 Fenster, Große Frankfurterstraße 9, parterre, Mauerhoff. 2449b*

Drehrollen (Teilzahlung) Berlinea. Drehrollen-Fabrik, Wazmannstraße neunundzwanzig. 1267R*

Kinderwagen, Sportwagen, gebrauchte. Andreasstraße 53. 1234R*

Metallbetten, Kinder, Erwachsene 7,00. Andreasstraße 53. 1233R*

Steppdecken, volle Größe, Cretonne 3,00, Trikot 4,25, Similiseide 4,25, Wollatlas 5,50, Normalschlafdecken 1,85, Sonderangebot. Teppichhaus Emil Lefèvre, Oranienstraße 158.

Teppiche, wenig fehlerhafte, Ausverkauf für die Hälfte des Wertes. Richard Wolfs Teppichhaus, Dresdenerstraße 8 (Kottbusertor). Abonnenten Rabatt! 1303R*

Pfandleihhaus, Weidenweg 19. Spottbilligster verfallener Bettenverkauf, Gardinenverkauf, Steppdecken, Portieren, Taschenuhren, Schmucksachen, Aussteuerwäsche, Teppichverkauf, Bettinlette, Garderoben, Verschiedenes spottbillig. 1135R*

Brautwäsche. Teppiche, Gardinen, Tischdecken, Portieren, Diwandecken, Steppdecken, Läuferstoffe spottbillig wegen Auflösung. Fischer, Potsdamerstraße 100. 1133R*

Die Grundbegriffe der Wirtschaftslehre. Eine populäre Einführung von Julian Borchardt. Preis 40 Pf. Expedition Vorwärts, Lindenstraße 69.

Herrenanzüge, Herrenpaletots, zurückgesetzte, aus feinsten Maßstoffen 18 bis 38,00 täglich. Sonntagverkauf. Deutsches Versandhaus Jägerstr. 63, 1 Treppe. 1375R

Singermaschine 10,00, tadellos Oranienstraße 19, Konopka. 188/3

Seifertkanarien, tiefgehende Hohlroller, Hohlknorrvögel, spottbillig. Großzüchterei Dzierzon, Kaiser-Wilhelmstraße 18 N. 188/4

Pfandleihhaus, Prinzenstraße 86. Staunendbillige Jackettanzüge! Gehrockanzüge! Spottbilligster Bettenverkauf! Brautbetten! Großartige Aussteuerwäsche! Wunderbare Gardinen! Steppdecken! Plüschtischdecken! Teppichauswahl! Goldene Damenuhren! Herrenuhren! Freischwinger! Schmucksachen. Bis neun geöffnet. *

5.00 prachtvolle Betten, 9,00 Bauernbetten, nur Pfandleihe Andreasstraße achtunddreißig. 1297R*

Landbett, zwei Deckbetten, zwei Kissen, zweischläfrig 18,00, große Laken 1,00. Aussteuer, Damastbezüge, Plüschdecken, Gardinen, Portieren, Steppdecken. Pfandleihe Andreasstraße achtunddreißig. 1298R*

Bauerndeckbett, Unterbett, zwei Kissen 27,00, große Freischwinger, Regulatoren 9,00. Pfandleihe Andreasstraße achtunddreißig. Fahrgeld wird vergütet. 1299R*

Geschäftsverkäufe.

Schnell, diskret verkaufen Geschäfte, Grundstücke Gornikiewicz & Co., Oranienstraße 149. Telephon 4, 11611.

Kleines Restaurant verkäuflich Manteuffelstraße 117. †23

Möbel.

Auf Teilzahlung. Möbeleinrichtung, Stube und Küche. Anzahlung 15 Mark an. Einzelne Möbelstücke 3 Mark. Verliehen gewesene Möbel spottbillig. „Berolina", Kastanienallee 19. 2075b*

Lesen Sie folgende Inserate von Hasemanns Gelegenheits-Käufen in besseren Möbeln und Teppichen, Lothringerstraße 26, Schönhauser Tor. Fast keine Möbelfirma ist imstande, diesen Monat billiger zu verkaufen, als die obige! Sogar reellen Leuten, welche größere Anzahlungen leisten, gibt sie auch Zahlungs-Erleichterung! 2341b*

Speisezimmer, 6 Monate gebraucht, 530,— Lothringerstraße 26. *

Speisezimmer von Offizier, neun Monate gebraucht, 750,— Lothringerstraße 26. 2343b*

Salon, wunderbar, 3 Monate alt, 525,— Lothringerstraße 26. 2344b*

Herrenzimmer vom Ingenieur, 460,— Lothringerstraße 26. 2345b*

Schlafzimmer, eiche mit dreiteiligem Schrank, 450,— Lothringerstraße 26. 2346b*

Komplette Wohnungs-Einrichtung mit moderner Küche, 250,— Lothringerstraße 26. 2347b*

Herrenzimmer, als Musterzimmer gedient, 750,— Lothringerstraße 26.

Schlafzimmer, hochmoderne Ausführung, mit Frisiertoilette und Umbau, gekostet 2800,— jetzt 1650,— Lothringerstraße 26. 2349b*

Salon, fürstlich ausgeführt, wirklich sehenswert, komplett 1300. Lothringerstraße 26. 2350b*

Herrenzimmer, schwere Arbeit, kurze Zeit verliehen, 900. Lothringerstraße 26. 2351b*

Teppiche, von vorjähriger Saison, gute Muster, Tischdecken, Chaiselonguedecken, ganz billig. Lothringerstr. 26.

Ankleideschrank, Plüschsofas, Garnituren, Bettstellen, Vertikos, Kleiderschränke, Ausziehtische, Ledersofas, Klubsessel, Büfette, Schreibtische, Umbaus, Chaiselongues, Gaskronen, Standuhren, Lederstühle, Säulentrumeaus, billiger wie überall, Lothringerstraße 26. 2353b*

Moderne Wohnungs-Einrichtung in Nußbaum, große Auswahl, diesen Monat ganz billig. Lothringerstraße 26. 2354b*

Besichtigung in 6 Etagen mit 100 Musterzimmer, für arm und reich, mir ist jeder gleich! Hasemanns Gelegenheitskäufe in besseren Möbeln, Teppichen, Tischdecken, Steppdecken, Lothringerstraße 26, Schönhauser Tor. Nur diesen Monat solche Ausnahmepreise! 2355b*

Billige Möbel aus Versteigerungen Auflösungen, Schränke, Vertikos, Taschensofas 45,—, Büfette, Schreibtische 35,—, Bücherschränke 58,—, Vierzugtische 68,—, Lederstühle 12,—, Trumeaus 30,—, Bettstellen, Tische, Garnituren, bunte Küchen 55,—, enorm große Auswahl kompletter Wirtschaften jeder Stilart, billiger als überall. Alles Gelegenheitskäufe. Lennerts Möbelspeicher, Lothringerstraße 55. 1270R*

Möbel, neue, gebrauchte, auch Teilzahlung empfiehlt Höfer, Admiralstraße 25. 1346R*

Möbel, G. Grau, Gneisenaustraße 10, billigste und beste Bezugsquelle. Kassa und Teilzahlung. *

Mahagoni-Trumeau, englische Betten, Plüschgarnitur, Spiralmatratze dreiteilige Chaiselongue, bunte Küche, Herrenschreibtisch billig Frankfurter Allee 129, Lazarus. 1364R*

Möbelhalle „Norden", Thiele, Ackerstraße 120 (Gartenplatz). Filiale: Invalidenstraße 118 (Stettinerbahn), Speicher. — Riesenauswahl bürgerlicher Wohnungs-Einrichtungen von 200 bis 3000 Mark. — Gelegenheitskäufe gebrauchter wie neuer Möbel, spottbillig. Aufbewahrung und Lieferung frei. 214R

Möbeltischlerei liefert reelle Wohnungseinrichtungen, Schlafzimmer, bunte Küchen. Ratenzahlung. Kein Laden, nur Fabrikgebäude. Auch Sonntags. Darnack, Tischlermeister, Stallschreiberstraße 57, am Moritzplatz. Genossen 3 Prozent.

Teppiche — Möbel. 500 Prachtteppiche (Farbenfehler), jede Größe, zu Spottpreisen. Viele Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Salons, Küchen, Kronen, Oelgemälde, Uhren, tausende Gegenstände unter der Hand. Auktionsannahme. Rasch, Grünerweg 3. 1132R*

Möbelangebot. Im Anhalter Bahnspeicher Möckernstraße 25, Anhalter Innenbahnhof, direkt Hochbahnstation Möckernbrücke, stehen verschiedene Einrichtungen zum Verkauf. Darunter befinden sich hochmoderne Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, auch einzelne Salongarnituren, Paneelsofas, Bibliotheken, Ankleideschränke, Nußbaumbüfette, Bronzekronen, Oelgemälde, Schreibtische 28,00, Ruhebetten mit prachtvoller Diwandecke 22,50, wunderschöne Säulentrumeaus 30,00, hochelegante Salonteppiche, schon 14,00 bis zu allergrößten Saalteppichen, allerliebste Zimmerteppiche 8,00, reichgestickte Uebergardinen, Spachtelstores, Tüllgardinen, Steppdecken, Salonbilder, Standuhren, prachtvolle Plüschtischdecken 5,00. Verschiedene Gelegenheiten, Uebernahme vollständiger Warenlager, Wirtschaften, Konkursmassen, Nachlässe zum schnellen Verkauf und Versteigerung. Otto Lüdekes Auktions- und Möbelspeicher, Möckernstraße 25. Kostenloser Transport. Lagerung. 1140R*

Brautleuten bietet sich Gelegenheit, zu noch nie dagewesenen Preisen ganze Wohnungs-Einrichtungen zu kaufen. Darunter verliehen gewesene Einrichtungen zirka 40 Prozent unterm Wert. Einzelne Möbel enorm billig. Nußbaum-Sofaumbauten sowie Umbausofas fabelhaft billig. Taschensofas, früher 80 Mark, jetzt 45 Mark, Kleiderschrank, früher 50,—, jetzt 24,—; Vertiko 27,—, Tische 10,—, Säulentrumeau, geschliffen, früher 45,—, jetzt 28,—, Bettstellen mit Matratze 19,—, Waschtoilette 20,—, Spiegel-Ankleideschränke, früher 120, jetzt 75,—, englische Bettstellen 39,—, Büfette staunend billig, Herrenschreibtisch 28,—, Paneelsofa 60,—, moderne Küchen von 40 Mark an. Lagerung, Transport frei. Stargardts Möbelspeicher, Dresdenerstraße 107/108. Sonntags geöffnet. 186/2

Neue Möbel, Kleiderschrank, Bettstelle, Vertiko, Nachttisch, Sofa, Ruhebett, Waschtoilette, Schreibtisch zu jedem annehmbaren Preis. Oranienstraße 126, vorn 2 Treppen links.

Muschelspind, Muschelvertiko 35,00. Schreibtisch, Säulentrumeau 33,00. Muschelbetten 30,00. Ausziehsofa. Stand Federbetten. Küchensachen. Weidenweg 1, Reiter. †119

Fahrräder.

Fahrräder, Grammophons, Teilzahlungen, ohne Aufschlag, Lothringerstraße 40. 674R*

Herrenfahrrad, Damenfahrrad wie neu, 45,00. Holz, Blumenstraße 36b. 977R*

Verschiedenes.

Chorführerschule jeden Donnerstag abend 9 Uhr im Sängersaal, Sophienstraße 17/18. Aufnahme neuer Mitglieder. Gäste willkommen. Heute: Vorführung der neuerfundenen Notentreffmaschine und des Notendruckapparates. 2492b

Violinunterricht (neue, doppelt fördernde Methode bis zur Vollendung) gibt erfahrener Künstler wöchentlich, auf Wunsch auch nur eine Lektion à 1,25 M., bei zwei Schülern je 75 Pf. Offerten unter D. 2 Expedition des „Vorwärts". †*

Lernt die Muttersprache beherrschen! Erfolgreichen, leicht faßlichen Unterricht in Wort und Schrift der deutschen Sprache erteilt Damen und Herren (separat) auch abends ein tüchtiger und gewissenhafter Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unterrichtsstunde wöchentlich genügt. Gefällige Angebote sind unter G. 4 an Expedition des „Vorwärts" zu richten.

Patentanwalt Wenzel, Gitschinerstraße 94a. 2556R*

Kunststopferei von Frau Kolosky, Schlachtensee, Kurstraße 8, III.

Teilnehmer an einem englischen Zirkel (monatlich 4 Mark) werden gesucht. Privatstunden für Anfänger und Fortgeschrittene werden erteilt. G. Eisenitz, Schöneberg, Sedanstraße 57, III. 1063R*

Nähmaschinenreparaturen, fachgemäß, schnell, billig, in eigener Werkstatt, auch außer dem Hause. Bellmann, Gollnowstraße 26. 1300R*

Waschanstalt Heinrich Kobelt, Köpenick, Glienickerstraße 21. Bettwäsche, Leibwäsche, 3 Handtücher, 4 Taschentücher 0,10. Abholung, Lieferung Montags. 2490b*

Waschanstalt und Plättanstalt Karl Behrigk, Köpenick, Glienickerstraße 29, wäscht blendend weiße Wäsche, im Freien getrocknet, Bett-, Leibwäsche, 3 Handtücher 0,10. Abholung Sonnabend. 1377R

Wer Stoff hat? Fertige Herrenanzüge 15,00. Wagner, Schneidermeister, Lichtenbergerstraße 9. 11/8*

Elsholz, Komiker, Gesellschaft, Gropiusstraße 6. 2493b*

Vereinszimmer mit Pianino, 50 Personen, für Gewerkschaft und Partei zu vergeben. Otto Gerasch, Lausitzerplatz 12. †23

Ehrenerklärung. Nehme hierdurch die Beleidigung gegen den Uhrmacher Herrn Karl Lüdke, Fehrbellinerstraße 25 zurück und bedauere, dieselbe gebraucht zu haben. Frau Rosien, Fehrbellinerstraße 46. †65

Gesangverein, Neugründung, sucht Mitglieder, darunter redegewandten Herrn als Vorsitzenden. Rominternerstraße 30b, Schlosser. 2505b

Kleine Fuhren jeder Art werden gefahren. Winkler, Elbingerstraße 72.

Vermietungen.

Wohnungen.

Soldinerstraße 16 Wohnungen, 3, 2, 1 Zimmer, sofort, sämtliches Zubehör. 2054b*

Sonnenburgerstraße 27 Wohnungen, 2, 1 Zimmer, sofort. *

Stube, Küche, groß, 22,00, sofort Oderbergerstraße 42. 265/15*

Zimmer.

Teilnehmer an einem möblierten Zimmer sucht Frau Jacoby, Wiesenstraße 10, vorn II. 2214b*

Leere Stube, sehr groß, 18 Mark, sofort Oderbergerstraße 42. 265/16

Möbliertes Zimmer, Zentralheizung, Bad, inklusive 15,00. Weichselstraße-Rixdorf, Ideal-Passage 15, Wenzke. †107

Ungeniertes, möbliertes Balkonzimmer, 20,00, Badegelegenheit, Eisenbahnstraße 22, vorn II, Schwedler.

Leeres Flurzimmer Eisenbahnstraße 22, vorn II links. †23

Möbliertes, freundliches Zimmer, 1 oder 2 Herren, vermietet Elbing, Mazstraße 13a, vorn II. †131

Zimmer für Herrn Königgrätzerstraße 78, Lau. 2504b*

Kleines möbliertes Zimmer, billig, vermietet Klein, Tilsiterstraße 72, Gartenhaus. †34

Möbliertes Zimmer, vorn, 1 oder 2 Personen, Marquardt, Kottbuserstraße 12. 251/7

Leeres zweifenstriges Flurzimmer sofort zu vermieten, Schillingsbrücke 1 vorn IV, Eingang Holzmarktstraße.

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle, Vorderzimmer, separat, Herrn, Grünerweg 63, I. Mielitz. 2470b*

Bessere Schlafstelle finden junge Mädchen. Jendrzejek, Idealpassage 12, parterre. †107

Bessere Schlafstelle finden junge Herren. Drabe, Idealpassage 15 I.

Freundliche Schlafstelle. Seil, Muskauerstraße 50, vorn 2 Treppen.

Möblierte Schlafstelle, zwei Herren, Flureingang, vermietet Admiralstraße 9, vorn II links. †135

Möblierte Schlafstelle für Herrn. Czekalla, Huttenstraße 69 (40). †128

Bessere Schlafstellen, Herren (11,00). Friedrichsfelderstraße 3, vorn III rechts.

Möblierte Schlafstelle für zwei, 10,00. Skalitzerstraße 30, Quergebäude I. Schulz. 2495b*

Mietsgesuche.

Möbliertes Zimmer, 20 Mark, Nähe Moritzplatz — Kottbusertor gesucht. Offerten Briege, Holzmarktstraße 3. 2500b

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Nebenverdienst für jedermann, Auskunft kostenlos. H. Wolf, Zwickau, Nordstraße 30. 1212R

Tüchtigen Silberarbeiter auf Reparaturen. Herrmann Foth, Kurstraße 34/35. 2501b

Hausreiniger gesucht Seestr. 66. Zu erfragen beim Wirt, Seestraße 64 im Laden. 2491b

Polierer auf Naturleisten sucht D. Meier, Kastanienallee 79. 1378R

Unterrock-Garniererinnen verlangt Geduldig, Blumenstraße 76. 2503b

Lehrfräulein! gegen monatliche Vergütung sucht Conr. Tack u. Cie, Schuhwarenfabrik, Rixdorf, Bergstraße 30/1. 2508b

Putzfedern-Flügelkleberinnen finden in und außer dem Hause dauernde, lohnende Beschäftigung bei S. Rosbacher, Köpenickerstraße 109a, Lichtenberg, Wagnerstraße 3, Friedrichshagen, Kurzestraße 15. 2490b*

Lehrmädchen im Alter von 14 bis 16 Jahren aus achtbaren Familien bei monatlicher Vergütung für unsere sämtlichen Geschäfte per sofort, auch später gesucht. Meldungen nur in Begleitung der Eltern oder des Vormundes mittags 1—2 oder abends 8—9. A. Jandorf u. Co., Belle-Alliancestraße 1/2, Spittelmarkt 16/17, Kottbuserdamm 1/2, Gr. Frankfurterstraße 113, Brunnenstraße 19/21. *

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

4 tüchtige Hohlschleifer perfekt auf alte und neue Messer zu sofortigem Eintritt bei hohem Akkordlohn gesucht. 4812R*
G. W. Raff, 97 Charlotte Street, London W.

Die Stelle des **Arbeitersekretärs in Lübeck** ist besetzt. Den Bewerbern besten Dank. 292/3
Die Aufsichtskommission.

Wegen Streiks und Differenzen sind gesperrt:
für **Bodenleger** die Bauten der Firma **Vogel** in Charlottenburg und **Kamptmeyer** Zwischenmeister **Kuppig** in Moabit.
für Korbmacher Firma **Kanigs** in Lichtenberg; **Reichert** in Marzahn; **Schmidt,** Dresdenerstraße 82.
Deutscher Holzarbeiterverband Ortsverwaltung Berlin.

Zentral-Verband der Glasarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.
Achtung! Glasschleifer. Die Firma **O. Gregolet,** Berlin, Kochstr. 67, ist wegen Nichtanerkennung des Tarifes bis auf weiteres gesperrt. 73/11*
Die Ortsverwaltung.

Redakteurgesuch.

Für die „Tribüne" in Erfurt wird zum 1. Januar 1909 ein
leitender politischer Redakteur
gesucht. Bedingungen des Vereins Arbeiterpresse.
Bewerbungen mit Angabe der Gehaltsansprüche sind bis zum **15. November** zu richten an den Vorsitzenden der Preßkommission
292/2* **Herm. Rex, Erfurt, Johannesstr. 65.**

Verantwortlicher Redakteur: Georg Davidsohn, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.